

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



25. August 1984
Jg. 5 Nr. 17

G 7756 D Preis:
2,50



Die Minister Zimmermann und Engelhard erläutern ihre Vorstellungen zur Verschärfung des Demonstrationsrechts



Gesundheitssystemforschung: Beseitigung der kollektiven Sozialversicherung im Gesundheitswesen Seite 10



USA: Postbeschäftigte brüskiert Seite 16



VR Polen: Amnestie im Rahmen einer nationalen Sammlungsbewegung Seite 17

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Demonstrationsrecht: Schnellere Gesetzesänderung durch Provokationen und Gerichtsbeschlüsse	4
Schifffahrt: Weiterhin Billigflaggen	7
Südafrika/Azania: VW will Erfolge der NAAWU beseitigen	7
Stahlindustrie: "Nullrunde" und Auspressung wie noch nie: Stahlkapitalisten rüsten gegen Konkurrenz EG-Stahlmarkt: BRD festigt Vormacht	8
Gesundheitssystemforschung: Beseitigung der kollektiven Sozialversicherung im Gesundheitswesen	10
Philippinen: Marcos-Regime auch nach den Wahlen weiter in der Defensive	11
Dokumentiert: ZK der KP Philippinen – Die Wahlen: eine große Show, ein verzweifelter Manöver	12
Auslandsberichterstattung	
Italien: Länger arbeiten für weniger Rente und Zusatzgeschäfte fürs Versicherungskapital	14
Altersrente in EG-Ländern	15
Jugoslawien: EG verlangt Zugeständnisse	15
Österreich: Aushöhlung des Staatsvertrages	16
USA: Postbeschäftigte brüskiert .	16
Großbritannien: Propagandaaktion gegen Bergleute	17
VR Polen: Amnestie im Rahmen einer nationalen Sammlungsbewegung	17
Internationale Meldungen	18
Reportagen und Berichte regional	
Öffentlicher Dienst Bayern: Rationalisierungserfolge des staatlichen Dienstherrn sind beachtlich	20
Regionale Nachrichten	21
Sozialhilfe: "Problemgruppen"? – In die Sozialhilfe fallen die schlechtestbezahlten Arbeiter ...	22

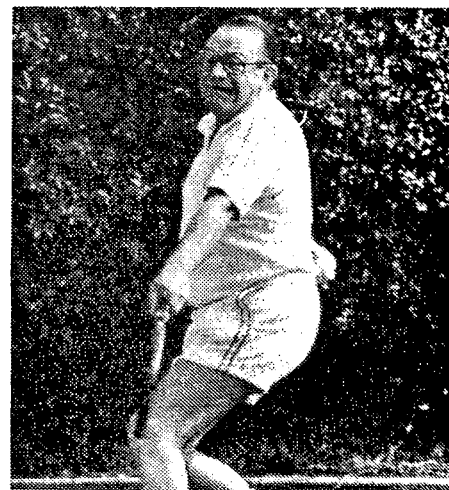
SIND DIE FRAUEN HOCHSCHULMÜDE ?

Der "Informationsdienst des Institutes der deutschen Wirtschaft (iwd)" hat in seiner Ausgabe vom 9.8.84 die "nachlassende Studierfreudigkeit" der Frauen beklagt. Seit 1982 nimmt der Frauenanteil an den Studierenden wieder ab, nachdem er seit Anfang der siebziger Jahre bis auf 38,1% im Jahre 1982 angestiegen war. 1983 ist der Anteil auf 37,8% gefallen. Tatsächlich verbirgt sich hinter diesen unscheinbar anmutenden 0,3 Prozentpunkten eine starke Tendenz sinkender Studentinnenzahlen. Der sinkende Gesamtanteil erklärt sich nämlich zu einem wesentlichen Anteil aus einem geringeren Prozentsatz von Frauen bei den Studienanfängern. Diese Entwicklung setzte schlagartig ein, nachdem die CDU/CSU/FDP-Regierung Ende 1982 die letzten Reste einer öffentlichen Ausbildungsvergütung abschaffte, als das ohnehin magere BA-FöG völlig auf Darlehen umgestellt wurde. Scheinheilig beklagt sich die Bundesregierung in ihrem Bericht über die "Zukunftschancen der Jugend" über mangelnde Gleichberechtigung im Bildungswesen, um vorzuschlagen: "Über ein stärkeres Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen ist auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familienbetreuung zu verbessern und sind Frauen vermehrt Wege aus einem starren entweder oder von Beruf und Familie zu öffnen." (BT- Drucksache 10/1716, S.60 ff.) Frauen hochschulmüde? – (tob)

"HARTE GANGART" BEI AUSLÄNDERGESETZEN

Bundesinnenminister Zimmermann kündigt für den Herbst eine "große Auseinandersetzung" um die bereits in der Koalition vereinbarte Änderung des Ausländergesetzes an. Er machte deutlich, daß er eine schnelle Änderung der Ausländergesetze mit einer "härteren Gangart" durchsetzen will. Zimmermann macht die FDP dafür verantwortlich, daß es immer noch nicht zu einer Gesetzesvorlage gekommen ist, die der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP entspricht. Parteibeschlüsse der FDP lehnen eine Einschränkung des Familiennachzugs in einem neu zu erarbeitenden Ausländergesetz ab. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Hirsch forderte in einem Zeitungsinterview, daß die Vorstellungen seiner Partei in einem gemeinsam auszuarbeitenden Gesetzentwurf berücksichtigt werden müssen. Diese Position wird die FDP aber nicht halten können. Bereits unmittelbar nach dem Antritt der Regierung Kohl/Genscher hatte die FDP der Regierungserklärung vom Oktober 1982 zugestimmt, in der es hieß: "Die Bundesregierung wird den Anwerbestopp beibehalten, den Familiennachzug begrenzen gerade auch im Inte-

resse der Kinder, die einen Anspruch auf eigene Familie haben." Zimmermann will eine Senkung des Nachzugsalters für ausländische Kinder von jetzt 16 Jahren auf sechs Jahre und eine weitere Beschränkung des Ehegatten-Nachzugs. Ein Treffen der Staatssekretäre der CDU/CSU-regierten Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg läßt vermuten, daß auch an eine Initiative zur Änderung der Ausländergesetze über den Bundesrat gedacht wird. Zimmermann drängt auch deshalb auf eine schnelle Änderung der Ausländergesetze, weil die



Innenminister Zimmermann

SPD-Landesregierung in Hessen das Nachzugsalter für ausländische Kinder auf 18 Jahre heraufgesetzt hatte und damit einer Zusicherung an die GRÜNEN nachgekommen war. Der hessische CDU-Landesvorsitzende Wallmann erklärte diese Ausländerbestimmung für "rechtswidrig" und läßt ein Gutachten erstellen, das einen Verstoß gegen die "bundeseinheitliche Verwaltungspraxis" nachweisen soll. Das hessische Innenministerium versicherte, daß es "nicht zu einer höheren Zahl von Ausländern kommen" werde. – (jöd)

ASYL: ZIMMERMANN LÄSST WEITER AUSLIEFERN

Am 19.6. hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe einem Mitglied des türkischen "Revolutionären Jugendvereins" (YDGD) Asyl zugesprochen. Salih Seker war vor seiner Flucht aus der Türkei nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts "in der YDGD aktiv und in hervorgehobener Position tätig ... Er hat ... an Versammlungen und politischen Aktivitäten wie der 1. Mai-Demonstration in Istanbul teilgenommen ... Diese früheren Aktivitäten sind ... nach türkischem Recht heute strafbar ... Die YDGD existierte vor dem Militärputsch in vielen Städten der Türkei." Das Gericht hob in seinem Urteil hervor, daß gegen Mitglieder der YDGD bzw. einer Organisation, die aus Vereinigung der YDGD mit anderen türkischen Organisationen hervorging, in der Türkei Verfahren "wegen kommunistischer

Aktivitäten" laufen. Ihm drohe daher nach seiner Rückkehr Verfolgung und "mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit" auch Folter, zumal Seker auch in der BRD politisch tätig gewesen sei, die Junta in der Türkei angegriffen habe. Der Asylantrag Sahil Sekers war u.a. von Amnesty International unterstützt worden, er selbst hatte auf einer Liste der GRÜNEN zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg kandidiert. Mit entsprechender Begründung hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe fünf weitere Klagen türkischer Asylbewerber auf Anerkennung als Asylberechtigte anerkannt. Dagegen hat nun der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten – er untersteht Innenminister Zimmermann – Berufung eingelegt. Salih Sekers Rechtsanwälte erklären dazu in einer Presseerklärung: "Seine Berufung zielt darauf ab, durch eine höchstrichterliche Entscheidung bestätigt zu erhalten, daß Salih Seker wie den anderen Klägern in der Türkei keine Folter droht und wenn dies doch der Fall wäre, dies nicht asylrelevant wäre." (Presseerklärung des Anwaltsbüros Moos, Schubert, Freiburg – rül)

APELS DREH: BRD ALS UNSCHULDSLAMM

Der frühere Kriegsminister Apel und jetzige SPD-Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin hat am 12.8. zur "deutschen Frage" erklärt: "Die Fakten sind die, daß es zwei deutsche Staaten gibt, die füreinander nicht Ausland sind. Aber die deutsche Frage ist insofern auch nicht mehr offen, sondern hier sind wichtige Fakten geschaffen worden ... Das Grundgesetz mit seinem Wiedervereinigungsgebot gilt und bleibt weiterhin gültig. Niemand will es ändern. Wir haben längst begriffen, daß es eine Zukunft für die deutsche Frage nur noch in einem europäischen

Verbund gibt."

Apel antwortete damit auf Kritik der Regierungen der UdSSR, Polens, der Tschechoslowakei und der DDR, die Bundesregierung halte die Ostverträge nicht ein und betreibe revanchistische Politik. Bei jenen, die sich mit dieser Kritik an die Kriegsvorbereitungen der Faschisten erinnert fühlen, will Apel mit der Feststellung, die deutsche Frage sei nicht mehr offen, den Eindruck erzeugen, daß in der BRD nur noch einige unverbesserliche Reaktionäre Revanchismus betreiben. Die Vorwürfe der osteuropäischen Staaten seien also völlig aus der Luft gegriffen. Indem er das Streben nach Wiedervereinigung so vom Makel der Kriegstreiberei zu befreien versuchte, eröffnete Apel eine erneute öffentliche Diskussion darüber, wie die "deutsche Teilung" überwunden werden kann. Staatsminister Mertes knüpfte daran an: "Die offene deutsche Frage ist in ihrem moralischen Kern keine Grenz- und Gebietsfrage, sondern eine Frage der persönlichen Menschenrechte." Wischniewski stimmte für die SPD dieser Formulierung sofort zu und stellte damit Einigkeit darüber her, daß die Russen auf jeden Fall moralisch im Unrecht seien und mit der Teilung Deutschlands die Menschenrechte verletzen.

Apel und die SPD tragen die revanchistische Ostpolitik der Bundesregierung mit. Das beweist schon seine Kandidatur für den Posten des Regierenden Bürgermeisters von Westberlin. Dem Rechtsstatus nach ist Westberlin für ihn Ausland. Die Kandidatur des ehemaligen westdeutschen Kriegsministers bringt deutlich zum Ausdruck, daß er die "besonderen Bindungen Berlins an die Bundesrepublik Deutschland" festigen will und daß ihm am Ausbau Westberlins als Festung mitten in der DDR gelegen ist. – (clm)

Hessen/Landtag: Neues Personalvertretungsgesetz 22

Evangelische Kirche: Spenden, um Jugendliche auszubeuten 23

Druckmaschinenbau: Ausbau der Schicht- und Samstagsarbeit .. 23

NATO-Herbstmanöver '84: Behinderungsaktionen im Raum Hildesheim/Hannover geplant 24

Roma/Sinti: Erfassung durch Polizei 25

Ausländer: HAW forciert Rückkehr in die Türkei 25

Münchner Kabelprojekt: Das Rundfunksystem wird nach den Forderungen der Wirtschaft gestaltet 26
Der Kampf um den privaten Medienmarkt 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

IG Chemie Baden-Württemberg: Meinungsumfrage ergibt klares Votum gegen Intensivierung 28

Sozialstatistik

Reproduktion: Kein Zeichen für Wohlstand: Autobesitz in Arbeiterhaushalten 30

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kino- und Fernsehfilme:

Indiana Jones 32
Westfront 1918 32
Verdammt in alle Ewigkeit 32
Kottan ermittelt 33

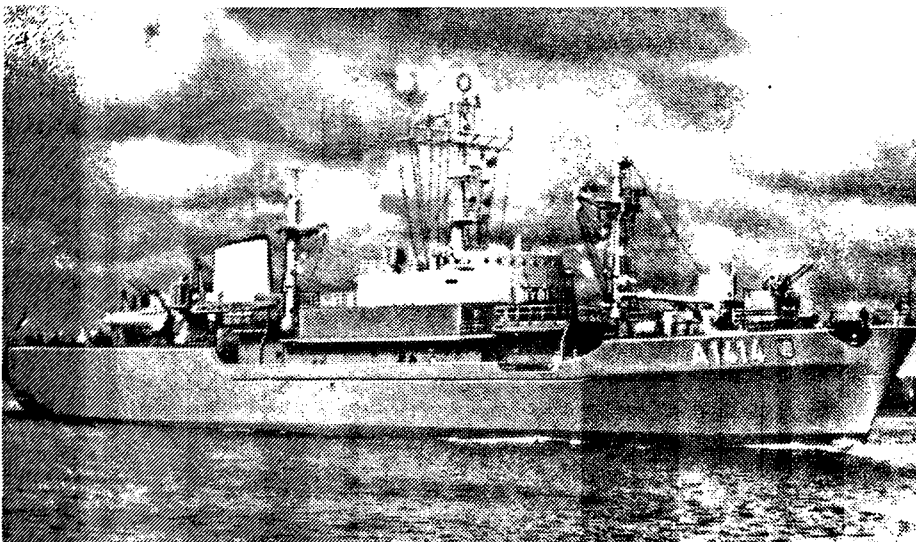
Alte Oper Frankfurt: Vorbeuge-Zensur – wie wird ein Prestigeobjekt finanziert 33

DDR: Das Volk der DDR hat mit den Nazis gründlich aufgeräumt .. 34

Spezialberichte

EG-Süderweiterung: Vom "Südgürtel" zur Eroberung kolonialer und neokolonialer Positionen in Afrika 36
Spanien und Portugal – zwei alte Kolonialmächte 37
CDU/CSU in Spanien: Ihr Mann ist Fraga 38
KP Portugal gegen EG-Beitritt ... 39

Titelbild: Karikatur güv, Köln



Mit 550 Mann sind am 15.8. die Fregatten "Niedersachsen", "Lübeck" und das Versorgungsschiff "Glücksburg" (Bild) zu einer viermonatigen "Ausbildungsfahrt" gestartet. Die Schiffe sollen u.a. in Pakistan, Singapur und Sri Lanka Station machen. Minenräumen im Roten Meer sei nicht geplant, erklärt die Regierung. Am 2.9. sollen die Schiffe vor Suez sein. Ob sie sinken? – (rül)

Verschärfung des Demonstrationsrechts

SCHNELLERE GESETZESÄNDERUNG DURCH PROVOKATIONEN UND RICHTSBSCHLÜSSE

Am 8. August wies der Bundesgerichtshof (BGH) zwei Revisionen des Generalbundesanwalts gegen zwei Freisprüche des Landgerichts Krefeld – bei über zwanzig Verfahren und zahlreichen Verurteilungen – gegen Teilnehmer der Anti-Bush-Demonstration zurück. Der Generalbundesanwalt, der unter Aufsicht und auf Weisung der Bundesregierung arbeitet, hatte in seiner Revision gefordert, Teilnehmer bei den sogenannten "Krefelder Krawallen" wegen Landfriedensbruch auch dann zu verurteilen, wenn ihnen keine Gewalttätigkeiten, sondern nur eine Teilnahme an Demonstrationen nachgewiesen werden konnte. Der Generalbundesanwalt meinte, daß eine "bloße Anwesenheit" für eine Verurteilung ausreichen müßte. Eine so weitreichende Interpretation des Strafparagrafen 125 (Landfriedensbruch) wollte das Gericht nicht durch ein Grundsatzurteil herbeiführen, zumal die Bundesregierung im letzten Jahr bereits eine Gesetzesinitiative eingeleitet hatte, die die gleichen Absichten verfolgt. Dieser Gesetzentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsrechts befindet sich im Bundestag in der ersten Lesung.

Durch das Urteil des BGH wird die Bundesregierung für die weitere Befassung des Gesetzentwurfs zumindestens einen propagandistischen Nutzen haben und behaupten, daß die bestehenden Gesetze eben nicht ausreichen, um wirklich alle "Gewalttäter" verurteilen zu können. Dies wird vor allem auf jene Gegner einer Verschärfung des Demonstrationsrechts

– die Sozialdemokraten, aber auch einige Sozialisten, Antifaschisten und GRÜNE – wirken, die immer großen Wert auf Abgrenzung von sogenannten "Gewalttätern" legen oder gar ihre Bestrafung fordern. Schon zu lange haben die Gegner einer Verschärfung des Demonstrationsrechts die Politik der Bundesregierung geduldet. Seit ihrem Regierungsantritt arbeitet die CDU/CSU/FDP-Regierung daran, eine politische Opposition gegen die Verschärfung des Demonstrationsrechts zu verhindern und eine baldige Neufassung des Landfriedensbruchpa-

ragraphen herbeizuführen.

Bereits am 5. Mai 1983 umriß Innenminister Zimmermann seine Absichten, ohne daß bereits ein Gesetzentwurf vorlag: "Wer wie die Bundesregierung das friedliche Demonstrationsrecht aller Bürger als einen Bestandteil dieser Demokratie ... begreift, muß es wirksam vor Mißbrauch schützen ... Das ist der Grund, warum sie (die Regierungsparteien, d. Verf.) sich entschlossen haben, durch eine Novellierung des Landfriedensbruchtatbestands diesem seine Wirkkraft zurückzugeben, die er 1970 durch das



§ 125 StGB vor 1970: "Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrotet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten begeht, so wird jeder ... bestraft." (Bild: Türkeidemonstration 1983)

FÜR BEAMTE KEIN ARBEITSLOSENGELD

Die Bundesregierung hat anlässlich einer Kleinen Anfrage der SPD-Fraktion bekräftigt (BTDr. 10/1806), daß sie sich weiterhin weigert, Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu versichern, und zwar wegen grundlegender beamtenrechtlicher Bedenken. Die Aussicht, nach dem Vorbereitungsdienst entweder eine Laufbahn beginnen zu können oder als Sozialhilfeempfänger schikaniert und gedemütigt zu werden, ohne Anspruch auf Arbeitslosengeld, soll die Dressur von Staatsbeamten fördern. Arbeitslosenversicherung für Beamte könnte ihre "Treue" zum Staat untergraben, deshalb sieht die Bundesregierung zu Recht die Unvereinbarkeit von Arbeitslosenversicherung für Beamte und einem Beamtenrecht, das lebenslange bedingungslose Gefolgschaft

fordert. Nicht Anspruch auf Arbeitslosengeld, sondern Hilfe bei Bedürftigkeit durch Arbeitslosenhilfe entspreche dem Status des Beamten. Die SPD erhofft sich über die Einbeziehung der Beamten auf Widerruf in die Arbeitslosenversicherung den Einstieg zur Beitragspflicht für alle Beamten. – (kar)

GDP GEGEN ZIMMERMANN'S ÜBERWACHUNGSPLÄNE

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, hat jetzt in einer Presseerklärung bestätigt, daß Innenminister Zimmermann mit der "Öffnung der Grenzen" der BRD keineswegs eine Einschränkung der Polizeiüberwachung beabsichtigt. Schröder erklärte am 16.8.: "Nach dem Protest der Sicherheitsexperten gegen eine zu großzügige Lockerung der Grenzkontrollen deuten Informationen aus dem Innenministerium darauf hin, daß jetzt die Mög-

lichkeit von Personenüberprüfungen im Binnenland verstärkt geprüft wird." Die Aussicht, daß künftig eine noch größere Zahl von Polizeibeamten schwerbewaffnet an überfallartigen Razzien teilnehmen muß, mag den GdP-Vorsitzenden veranlaßt haben, die "auffallend engagierte Bemühungen" der Bundesregierung für eine Lockerung der Grenzkontrollen als "trojanisches Pferd für eine schärfere Überwachung und Kontrolle der Bürger" zu charakterisieren. – (alk)

WÖRNER: VEREIDIGUNG IN STUKENBROCK

Am 6.9. will – nach Angaben der DKP-Zeitung UZ – die Bundeswehr-Panzerbrigade 21, stationiert in Augustdorf (Bielefeld), in Stukenbrock in einem Fußballstadion eine öffentliche Rekrutenvereidigung durchführen. Bei Stukenbrock befinden sich die Gräber von 65000 sowjetischen Kriegsgefangenen, die im Lager Stukenbrock von

Dritte Strafrechtsänderungsgesetz verloren hat." (1)

Die Bundesregierung will die Polizei ermuntern, in Zukunft jede Demonstration zu überfallen und zu zerschlagen, ohne Abwägung von irgendwelchen Opportunitätsgründen. Anders als das bestehende Demonstrationsrecht von 1970, das ausdrücklich eine unterschiedliche Behandlung zum Ziel hatte und zwischen "Kriminellen" und Beteiligten, die "integriert" werden können, unterscheidet, will sich die Bundesregierung die Verfolgung und Bestrafung aller Demonstrationsteilnehmer eröffnen.

Um den "Mißbrauch des Demonstrationsrechts" auch in aller Öffentlichkeit behandeln zu können, befaßte sich das Innenministerium seit Mai letzten Jahres u.a. mit den politischen Aktivitäten der "Autonomen" und den türkischen Arbeitervereinen und revolutionären Organisationen:

— Am 25. Juni 1983 kam es während der Anti-Bush-Demonstration in Krefeld zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Das Westberliner Innenministerium setzte wahrscheinlich auf Initiative von Innensenator Lummer (CDU) einen V-Mann bei der Demonstration ein. Vielleicht wäre auch die Bezeichnung Agent provocateur richtig. Wir unterstellen aber, daß der Einsatz selber den späteren Verhaftungen dienen sollte. Teilnehmer, die während der Aktionen festgenommen wurden, kamen sofort in Untersuchungshaft. Wenige Tage später überfiel die Polizei in Wuppertal eine Veranstaltung der Autonomen und nahm über 100 Teilnehmer fest. Seit dieser Zeit spricht die bürgerliche Presse von den "Krefelder Krawallen".

— Noch vor den Krefelder Auseinandersetzungen, gegen Ende Mai, Anfang Juni, stellte der CSU-Abgeordnete Regenspurger, der auch im In-

nenausschuß des Bundestages ist, folgende schriftliche Frage an den Bundesinnenminister: "Wie lange wird Türken hier noch erlaubt sein, für Umzüge und Aufmärsche unter Hammer, Sichel und Sowjetstern öffentliche Straßen und Plätze in Anspruch zu nehmen?" (2) Bei der wenige Wochen später durchgeführten Demonstration anläßlich des Jahrestages der Machtergreifung der Militärjunta in der Türkei am 10. September in Köln war der



Polizeiüberfall auf Demonstranten

ungewöhnlich große Einsatz von Polizeispitzeln sehr auffällig. Zu Provokationen durch die Polizei konnte es wegen des disziplinierten Demonstrationszugs nicht kommen.

Das Bundesinnenministerium hatte mit den Krefelder Polizeiprovokationen Tatsachen und Fakten geschaffen, die dazu führten, daß Zimmermanns Behauptung vom "Mißbrauch des Demonstrationsrechts" in zahlreichen bürgerlichen Medien aufgegriffen

wurden. Die politische Opposition war handlungsunfähig. Die GRÜNEN distanzieren sich von den Auseinandersetzungen mit der Polizei in Krefeld. Die Bundesregierung hatte die Vorwände für eine Gesetzesinitiative geschaffen. Am 13. Juli faßte die Bundesregierung einen Kabinettsbeschluß über die Neufassung des § 125 StGB. In der Regel war bisher eine Verurteilung nach dem Landfriedensbruchparagraphen nur dann möglich, wenn dem Täter Gewalttätigkeiten nachgewiesen werden konnten. Der Gesetzesentwurf sah vor, daß die Polizei bei Gewalttätigkeiten und Bedrohungen die Möglichkeit hat, eine Demonstration oder einen Teil der Demonstration aufzulösen und denjenigen, "der sich nicht aus der aufgeforderten Menschenmenge entfernt oder sich der Aufforderung Zuwiderhandelnden anschließt, mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe" zu bestrafen. (3) Mit dem Gesetzesentwurf sollte der Polizei die Möglichkeit gegeben werden, nicht nur Demonstrationen unter beständiger Verbotsdrohung zu halten, sondern sie auch sofort auflösen und alle Beteiligten festnehmen zu können. Von einer Bestrafung sind ausdrücklich V-Männer ausgenommen, die, wie es im Gesetz heißt, "ausschließlich dienstliche und berufliche Pflichten" ausüben.

Diesen Gesetzesentwurf stellte der Bundeskanzler dem Bundesrat am 22. Juli zu. Mit den Stimmen der CDU/CSU-regierten Bundesländer verabschiedete der Bundesrat den Gesetzesentwurf zur Änderung des Strafparagraphen 303, der vorsieht, daß eine Verfolgung von "Taten der Sachbeschädigung" auch ohne Antrag eines Betroffenen durch eine Strafverfolgungsbehörde möglich ist. Beide Gesetzesentwürfe wurden dem Bundestag übersandt.

den Nazis umgebracht worden sind. Jährlich findet am 1. September eine antifaschistische Gedenkfeier statt. Mit der Wahl von Stukenbrock stellt sich die Bundeswehrführung in die Tradition des "Rußlandfeldzuges". — (gba)

HINTERBLIEBENENRENTEN: BEDÜRFTIGKEITSPRINZIP

Nach dem von Blüm Mitte August präsentierten Entwurf zur Neuregelung der Hinterbliebenenrenten erhalten Männer in Zukunft die gleichen Anspruchsvoraussetzungen wie gegenwärtig Frauen. Vorhandenes "Erwerbs- bzw. Erwerbsersatzinkommen" des überlebenden Ehegatten soll die Hinterbliebenenrente jedoch mindern. Und zwar mit 40 % des den Freibetrag von ca. 900 DM netto übersteigenden Betrags. Damit würden die kleinen Renten nicht getroffen. Mit Hinweis auf diese Begründung Blüms hat der DGB im Grundsatz dem Ent-

wurf zugestimmt. Das anzurechnende "Erwerbs- bzw. Erwerbsersatzinkommen" soll sich erstrecken lediglich auf Leistungen aus "öffentlich-rechtlichen Systemen": d.h. nicht auf Einkünfte aus Kapitalvermögen, privaten Lebensversicherungen und dergl., ebenfalls nicht auf Zusatzsysteme wie betriebliche Altersversorgung und Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst. Da die Beamtenpensionen, so Blüm, auch Elemente von "Zusatzsystemen" enthalten, werden die Beamtenpensionen vor Anrechnung erst noch (auf dem Papier) verringert. Der Entwurf betont die niedrigen Sozialrenten und die Entwicklungsmöglichkeit der gesetzlichen Rentenversicherung. — (haj)

KRIEGSPANUNG DURCH ZIVILSCHUTZGESETZ

Innenminister Zimmermann hat den Entwurf für ein Zivilschutzgesetz vorgelegt, das im Herbst in den Bun-

destag soll. Die Zivilschutzbehörden können jeden nicht eingerückten Wehrpflichtigen zur Zwangsarbeit heranziehen, sobald der Bundestag den "Spannungs- oder Verteidigungsfall" feststellt. Mit dem Entwurf soll zugleich das von vielen im öffentlichen Dienst bekämpfte Gesundheitsversicherungsgesetz durchgesetzt werden: Krankenhäuser sind für die "Bewältigung einer plötzlich anfallenden großen Zahl von Verletzten" zu planen. Alle Angehörigen der Gesundheitsberufe, auch nicht mehr berufstätige, unterliegen der Meldepflicht. Beamte, dienstpflichtig bis zum 68. Lebensjahr, sind ohne Einwilligung "zur Dienstleistung bei einer zivilen Dienststelle der NATO verpflichtet". Der Dienstherr kann Wohnen in der "Gemeinschaftsunterkunft" erzwingen. Die Besatzung fremder Länder sieht Zimmermann ebenfalls vor: Beamte haben ihrer Dienststelle auch ins Ausland zu folgen. (UZ, 11.8. — alk)

Die Bundesregierung hatte so bei Demonstrationen Polizeiprovokationen veranlaßt und damit auch noch ihre Gesetzesinitiative begründet, ohne dabei auf nennenswerten Widerstand der politischen Opposition zu stoßen. Warum sollte sie ihrem Gegner nicht noch weiter zusetzen, wenn er sich nicht wehrt? Zahlreiche Gerichte setzten Ende 1983, Anfang 1984 nach und verurteilten in Demonstrationsstrafverfahren die Angeklagten hoch und legten den § 125 StGB weiter aus:

richt Krefeld im ersten Strafverfahren. Ein 23-jähriger Student wurde u.a. wegen Landfriedensbruch zu 21 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht mußte selbst feststellen, daß dem angeklagten Studenten nicht "mit Sicherheit" nachgewiesen werden konnte, daß er "mit eigener Hand Gewalttätigkeiten ausübte". Um dennoch zu einer Verurteilung zu kommen, unterstellte es ihm jedoch "Willen zur Tat" und erklärte dies für ausreichend. (4) In der Bundestagsdebatte über den

wurf, aber die Redner der SPD-Fraktion begrüßten in ihren Redebeiträgen die getroffenen Auslegungen des § 125 StGB. SPD-Innenminister Schnoor von NRW machte der Bundesregierung sogar ein Angebot:

"Das Problem ist, bei einem Massendelikt individuelle Schuld nachzuweisen ... Es darf erwartet werden, daß die Polizei in Nordrhein-Westfalen in Kürze die von gewalttätigen Störern begangenen Delikte besser beweisen kann als bisher. Ich sage nicht, daß es vollkommen sein wird." (5)

Mit dieser Erklärung wird Innenminister Zimmermann zufrieden sein. Die SPD wird sich weiter an der Verschärfung des Demonstrationsrechts beteiligen. Über die Pläne des NRW-Innenministeriums ist nichts genaueres zu erfahren. Vermutlich handelt es sich um eine neue Observationstechnik, die kleinste Bewegungen, Gesichtsausdrücke und vieles andere von Teilnehmern einer Demonstration genauestens nachverfolgen läßt. Zum Schluß der Bundestagsdebatte sprach sich der FDP-Abgeordnete Hirsch gegen den Gesetzentwurf der Bundesregierung aus und schlug eine sorgfältige Anhörung von Fachleuten vor.

Nur die GRÜNEN verbleiben im Bundestag alleine in der Opposition zur Verschärfung des Demonstrationsrechts. Da sie im Bundestag isoliert sind, wäre es interessant, von den GRÜNEN zu erfahren, was sie vor der zweiten und dritten Lesung unternehmen wollen, um eine Verabschiedung des Gesetzentwurfs zu verhindern.

(1) Innere Sicherheit Nr. 67 vom 3.6.83; (2) Innere Sicherheit Nr. 68 vom 12.8.83; (3) Bundestagsdrucksache 10/901, siehe auch Politische Berichte 3/84; (4) Politische Berichte 24/83; (5) Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht vom 24.2.84. — (jöd)



Demonstration gegen die Notstandsgesetze 1968

— Der BGH urteilte im sogenannten "Schubart-Verfahren" nicht wie das Oberlandesgericht Frankfurt auf Nötigung von Verfassungsorganen, sondern auf Landfriedensbruch: "Hintermänner gewalttätiger Ausschreitungen (seien) auch dann strafbar, wenn sie sich nicht selber am Ort des Geschehens aufgehalten hätten."

— Am 24. November '83, nur fünf Monate nach den Auseinandersetzungen in Krefeld, urteilte das Landge-

Gesetzentwurf zur Verschärfung des Demonstrationsrechts am 24. Februar dieses Jahres trat die politische Opposition im Bundestag der Reaktion weder mit einheitlichen Argumenten entgegen, noch wurden Vorstellungen vorgetragen, wie der Gesetzentwurf verhindert werden kann. Die GRÜNEN sprachen sich für die völlige Abschaffung des § 125 StGB aus. Die Fraktion der SPD übte zwar verbale Kritik an dem vorgelegten Gesetzent-

worfenen Bundesländer veröffentlichte die Bundesregierung nur, wieviel Prozent aller Asylbewerber in Lagern eingepfercht seien: Baden-Württemberg 29,4%, Westberlin 11,3%, Hamburg 27,9%, Hessen 27,3%, Schleswig-Holstein 68%. Irgendwelche Gründe, diese Zwangslager aufzulösen, sieht die Bundesregierung nicht. Die SPD hatte danach aber auch gar nicht gefragt. Schließlich hat sie die Lager mit eingerichtet. — (BT-Drucksache 10/1802, rül)

CORNELIA KOEPEL: HAFTENTLASSUNG AM 1.9

Die ehemalige Fachschaftsvertreterin Cornelia Koepsell, die seit September 1983 im Gefängnis Aichach eingesperrt ist, wurde jetzt von den zuständigen Stellen der baden-württembergischen Justiz begnadigt. Sie war wegen Aktivitäten als Studentenvertreterin an der Universität Heidelberg im Jahre 1976 zu 20 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. Zahlreiche Proteste und Gnadengesuche konnten nicht verhindern, daß die Strafe vollstreckt wurde. Bei Gewährung einer 2/3-Bewährung wäre Cornelia Koepsell Mitte Oktober freigelassen worden. Jetzt wird sie zum 1.9.84 freigelassen. Bereits vor zwei Monaten waren auch Hans Sautmann, der wegen derselben Aktionen verurteilt worden war, fünf Wochen Strafe zusätzlich zur normalerweise gewährten 2/3-Bewährung erlassen wor-

den. Wenn Cornelia Koepsell am 1.9.84 entlassen ist, haben alle zu vollstreckbaren Haftstrafen verurteilten Heidelberger Studentenvertreter ihre Strafen abgeessen. Viele Verurteilte müssen allerdings noch horrenden Strafen und Gerichtskosten abbezahlen. So stehen bei Hans Sautmann und Cornelia Koepsell noch Gerichtskosten in Höhe von je 30 000 DM aus. — (tob)

23 486 ASYLBEWERBER IN LAGER GESPERRT

Von den 93 349 Asylbewerbern, die sich Ende Dezember 1983 in der Bundesrepublik aufhielten, waren 23 486 in "Gemeinschaftsunterkünften" eingesperrt. Das hat die Bundesregierung Ende Juli auf eine Anfrage der SPD im Bundestag mitgeteilt. Allein in NRW sind 5 881 Asylbewerber in Lagern eingesperrt. In Bayern sind 2 681 Asylbewerber in diesen Zwangslagern, im Saarland 2050, in Niedersachsen 1 581 und in Rheinland-Pfalz 251. Über die

I.G. FARBEN: VERMÖGEN EINTREIBEN

Thema Nummer 1 war für die Aktionäre der "I.G. Farbenindustrie AG in Abwicklung" auf der Jahreshauptversammlung die Rückgewinnung von ehemaligem Vermögen im Ausland. Bereits Anfang dieses Jahres gelang es, die Zahlung eines Vergleichsgeldes von 700 000 DM für ehemaliges Vermögen in Österreich durchzusetzen,

Schifffahrt

WEITERHIN
BILLIGFLAGGEN

Am 8. August hat die Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) die Beratungen über "Grundsätze der Schiffsregistrierung" abgebrochen. Ziel der Beratung war es gewesen, ein Verbot der Billigflaggen in der Seeschifffahrt zu erreichen. 30% der Welthandelstonnage sind bereits in die offenen Register von Liberia, Panama, Zypern, Bermudas, Bahamas und Singapur eingetragen. Besitzer dieser Schiffe sind die Reeder der führenden westlichen Industriestaaten. Auch bundesdeutsche Reeder haben massiv ausgeflaggt. 305 ihrer insgesamt 724 Schiffe laufen unter einer Gefälligkeitsflagge. Damit werden die für die Seeleute ausgehandelten Tarife und die gesetzlichen Bestimmungen für die Besatzungen auf



Der Schornstein von BALSA I. Dieses Billigflaggenschiff wurde im Februar 1983 in Hamburg erfolgreich bestreikt.

Schiffen unter der deutschen Flagge unterlaufen.

Vor der Konferenz hatte der stellvertretende Vorsitzende der ÖTV, Karl Heinz Hoffmann, einen Brief an die Bundesregierung geschrieben und sie aufgefordert, ihre ablehnende Haltung gegenüber einer schrittweisen Umwandlung der offenen Register in normale Register aufzugeben. Dies jedenfalls hat bereits 1981 der Schifffahrtsausschuß der UNCTAD gegen die Stimmen der Industrieländer beschlossen. Karl Heinz Hoffmann wies nochmals darauf hin, daß auf den ausgeflaggten Schiffen meist unzumutbare Arbeitsbedingungen herrschen und sie außerhalb jeder Ordnung und Kontrolle fahren.

Auf der Konferenz haben sich die Staaten der Dritten Welt, die VR China und die COMECON-Staaten bereits insoweit auf einen Kompromiß eingelassen, daß sie nicht mehr auf einem Auslaufen der offenen Register bestanden haben, sondern auf einer strengeren Kontrolle und auf einer echten Bindung von Schiff und Flagge. Das heißt: Bürger des Registerlandes müssen einen Teil der Besatzungen stellen, am Kapital der Reedereien und am Management beteiligt sein.

Doch dieser Vorschlag wurde von den OECD-Staaten und dabei auch von dem Vertreter der Bundesregierung abgelehnt. Die Reeder sollen bei ihrer Ausbeutung von billigster rechtloser Arbeitskraft nicht eingeschränkt werden. Eike Eulen vom Hauptvorstand der ÖTV warf – nach Angaben in der Deutschen Verkehrszeitung – der Bundesregierung nach dem Scheitern der Verhandlungen in Genf vor, daß sie bewußt in Kauf nehme, daß die "Billigflotte auch der deutschen Seeschifffahrt lukrative Ladung abjage". Weiter hat er der Bundesregierung vorgeworfen, daß sie die Interessen ob-

skurer Briefkastenfirmen in Liberia, Panama, Singapur etc. wahrnehme. Warum aber soll es die Kohl-Generischer-Regierung beeindrucken, wenn man sie darauf hinweist, daß die Billigflaggen-Reeder (darunter alle führenden BRD-Reedereien) durch Lohn-drückerei lukrative Geschäfte machen, die diese unter der deutschen Flagge mit den ausgehandelten Tarifen und der vorgeschriebenen Mannschaftsstärke nicht machen könnten? Und wer mal hinter die "obsuren Briefkastenfirmen" schaut, wird viele ehrbare Kaufleute aus der BRD finden. Was sollte für die Bundesregierung daran anrühlich sein, die Interessen dieser Kapitalisten zu vertreten? – (obj)

Südafrika/Azania

VW WILL ERFOLGE DER
NAAWU BESEITIGEN

Die VW-Kapitalisten sperrten in ihrem südafrikanischen Werk am 8. und 9. August insgesamt 4000 schwarze Arbeiter, über die Hälfte der 7500 Leute starken Gesamtbelegschaft, aus. Vorausgegangen waren zahlreiche Warnstreiks der Arbeiter in einzelnen Abteilungen, die sich gegen die verstärkte Antreiberei und Schikanen durch die Kapitalisten richteten. Schließlich hatte ein weißer Vorarbeiter einen schwarzen Arbeiter beleidigt. Der schwarze Arbeiter sollte entlassen werden, als er die Beleidigungen zurückwies. Daraufhin streikten die schwarzen Arbeiter der Abteilung. Die VW-Kapitalisten nahmen die Aussperrung zurück, nachdem die Arbeiter sich durch ihre Unterschrift verpflichtet hatten, auf Grundlage der mit der unabhängigen Gewerk-

obwohl sämtliche Ansprüche nach den mit Österreich abgeschlossenen Verträgen hinfällig waren, in denen die BRD auf Entschädigungsansprüche verzichtete. Gegenwärtig läuft ein Prozeß gegen die Schweizerische Bankgesellschaft in Zürich auf Zahlung von 100 Mio. DM Ansprüche an der Interhandel AG. In dieser Holding hatte die I.G. Farben wesentliche Teile ihres Auslandsvermögens zusammengefaßt, weshalb die Aktionäre auch das hohe Prozeßrisiko von 11 Mio. DM nicht schreckt und gegen die Klageabweisung durch das Landgericht Frankfurt Berufung eingelegt wurde. Die I.G. Farben waren bei Kriegsende einer der größten Konzerne der Welt, das Aktienkapital beträgt 1,35 Mrd. DM (Aktienkurs 2.8.84 DM 9,-), der "Abwicklungsüberschuß" konnte bis Ende 1983 auf 21,6 Mio. DM erhöht und der Jahresüberschuß auf 4,1 Mio. DM fast verdoppelt werden. – (mio)



Am 13. August führte die Junge Union in Heilbronn eine "Mauerbau"-Aktion durch und verteilte ein Flugblatt mit der Forderung nach "Wiedervereinigung". Die großdeutsche Propagandaaktion der Jung-CDUler verlief nicht ungestört, rings um die Mauer standen bald Parolen, die die Wiederherstellung des Deutschen Reiches durch Einverleibung der DDR und Ostexpansion angriffen. BWK, KPD und Volksfront verteilten dabei gemeinsam ein Flugblatt gegen die revanchistische Politik der Bundesregierung. – (alk)

schaft NAAWU (Nationale Gewerkschaft der Automobilarbeiter) vereinbarten Arbeitsbedingungen weiterzuarbeiten. Die NAAWU, die dem Gewerkschaftsbund FOSATU angehört, setzte durch, daß der beleidigte schwarze Arbeiter nicht entlassen wird, sondern der Vorfall in der Schiedskommission beraten wird.

Die VW-Kapitalisten wollen die NAAWU, die stärkste unabhängige Gewerkschaft im Betrieb, unter Druck setzen mit dem Ziel, die Erfolge, die die NAAWU in mehr als zehnjährigem Kampf errungen hat, rückgängig zu machen und die gesamte unabhängige Gewerkschaftsbewegung zu schwächen.

Die NAAWU hat bei VW erreicht, daß der Mindeststundenlohn von 1979 bis heute auf 2,60 Rand (5,60 DM) mehr als verdoppelt wurde und nur noch gut 6% der schwarzen und farbigen Arbeiter in die unterste Lohngruppe eingestuft sind. 1979 zahlte VW an über 30% der Arbeiter einen Hungermindestlohn von 1,08 Rand (2,32 DM) pro Stunde. Die NAAWU kämpft jetzt dafür, daß der Mindestlohn auf 3,60 Rand (7,75 DM) angehoben wird. Diese Lohnhöhe erreichen zur Zeit ca. 40% der schwarzen Arbeiter bei VW, die in die dritte Lohngruppe von unten eingruppiert sind. Nach Berechnungen der NAAWU würde ein solcher Stundenlohn einen Monatsnettolohn von knapp 500 Rand (1075,- DM) ergeben. Dieser Betrag, so rechnete die NAAWU aus, kann gerade das Existenzminimum einer dreiköpfigen Familie decken.

Die VW-Kapitalisten hingegen haben angekündigt, daß sie in diesem Jahr verstärkt auf "Steigerung der Produktivität" achten wollen. Gegenüber einer Delegation des Internationalen Metallarbeiterbundes (IMB), die im März dieses Jahres das südafrikanische Werk besichtigte, vertrat die Geschäftsführung, das Verhältnis von "Lohn und Leistung" sei im Vergleich zum konkurrierenden Toyota-Werk in Südafrika zu schlecht. Der Vergleich zeigt, was die VW-Kapitalisten gegen die NAAWU durchsetzen wollen. Toyota hat bisher noch keine unabhängige Gewerkschaft anerkannt und zahlt einen Mindeststundenlohn von 1,20 Rand (2,60 DM). Die zahlreichen Warnstreiks der schwarzen Arbeiter in diesem Jahr bei VW belegen, daß die VW-Kapitalisten bei ihren Lohnsenkungsvorhaben auf Widerstand stoßen. Die NAAWU hatte bereits im Frühjahr angekündigt, daß sie gegen die Versuche der VW-Kapitalisten kämpfen würde, durch Umsetzungen, Änderungen von Akkorden, Entlassungen und Neueinstellungen die Löhne zu senken.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 9.8.84; Tel. Auskünfte des IMB; IMB, Die Metaller in Südafrika, Genf 1984; E. Loderer (Hrsg.), Metallgewerkschaften in Südafrika, Köln 1983 – (uld)

Stahlindustrie

"NULLRUNDE" UND AUSPRESSUNG WIE NOCH NIE: STAHLKAPITALISTEN RÜSTEN GEGEN KONKURRENZ

Am 17. Juli, kurz nach dem Metall-Abschluß, wurde der Tarifvertrag für die Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen, Bremen und Südwestfalen abgeschlossen. Wie bereits vermeldet werden die Tariflöhne in der Stahlindustrie 1984 überhaupt nicht erhöht, sondern erst am 1.1.1985 um 3,3%. Ab 1.7.1986 werden die Löhne und Gehälter noch einmal um 2% erhöht, am 31.8.1986 läuft der Tarifvertrag aus. Im Schnitt der 29 Monate, die der Tarif damit läuft, machen die Lohnerhöhungen ganze 2,4% aus.

Dieses Ergebnis wird durch die gleichzeitige Verkürzung der Arbeitszeit keineswegs besser. Zwar beträgt die wöchentliche Arbeitszeit ab 1.10.1984 38 Stunden pro Woche, ohne daß der Abschluß betriebliche Sonderregelungen zwischen 37 und 40 Stunden pro Woche vorsieht, wie in der Metallindustrie. Doch soll in den Conti-Schichtbetrieben die Maschinenlaufzeit von 42 Stunden ausdrücklich aufrecht erhalten werden, die Schichtzeiten werden nicht angetastet. Stattdessen werden die betroffenen Arbeiter 13 zusätzliche Freischichten im Jahr erhalten, wobei auch noch ein Teil der nach dem Stahlstreik 1979 ausgehandelten Freischichten angerechnet wird: Statt sechs Freischichten für Nachtarbeiter wird es nur noch vier geben; die Altersfreischicht von sechs Tagen entfällt ganz.

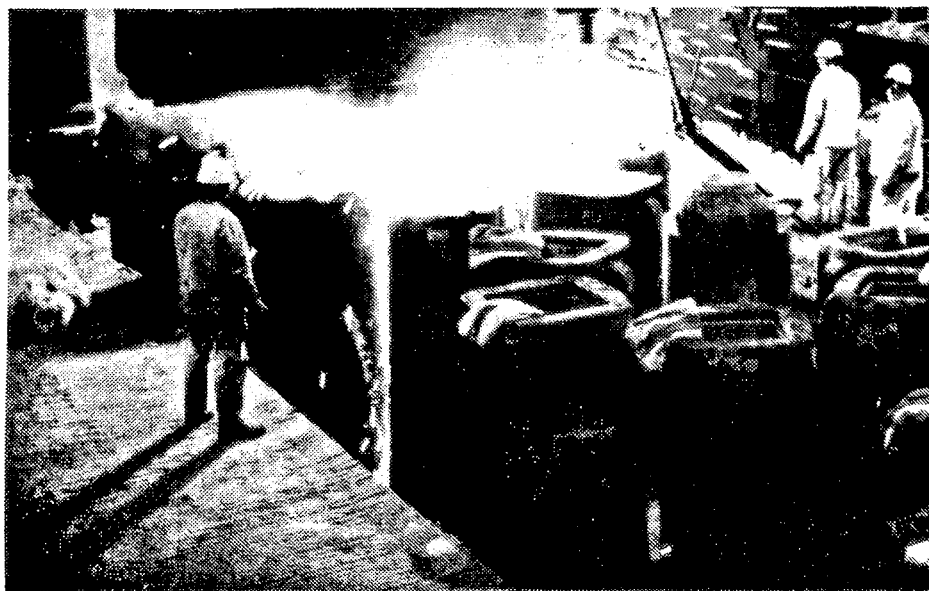
Gerade daran wird deutlich, wer am wenigsten von dem Tarifabschluß hat: Für die durch die Produktion in Conti- und Wechselschicht am schwersten belasteten Arbeiter fällt die Arbeitszeitverkürzung am geringsten aus.

Durch den niedrigen Lohnabschluß, der unausweichlich weitere Reallohnsenkung bedeutet, wird gerade der Lebensstandard der unteren Lohngruppen weiter gesenkt, was sich in vermehrtem Zwang zu Überstunden- und Schichtarbeit auswirken wird.

Die Stahlkapitalisten hingegen haben alles in allem nicht nur erneut einen schlechteren Tarifabschluß als in der Metallindustrie durchsetzen können. Sie haben sich auch freie Hand für die laufenden, umfangreichen Rationalisierungsmaßnahmen geschaffen, die im wesentlichen bis Ende 1985 abgeschlossen werden sollen. Die westdeutschen Stahlmonopole wollen ihre Vormachtstellung auf dem europäischen Stahlmarkt dann erheblich ausweiten – auf die dazu erforderliche Lohnsenkung hat die IG Metall sich durch den bis Mitte 1986 festgeschriebenen Tarifvertrag eingelassen.

Dabei wäre es wirklich dringlich, dem Wüten der Stahlkapitalisten in punkto Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit Schranken zu setzen. Im ersten Halbjahr 1984 haben die westdeutschen Stahlkapitalisten die Ausbeutung der Stahlarbeiter auf einen noch nie erreichten Umfang steigern können. Die Pro-Kopf-Produktion von aufs Jahr hochgerechnet 252,72 t Rohstahl liegt um annähernd 10% selbst über der Pro-Kopf-Produktion des Stahl-Boomjahres 1974 mit 230,44 t.

Gerade in den letzten beiden Jahren haben die westdeutschen Stahlkapitalisten die Stahlbelegschaften in großem Umfang abgebaut, seit 1980, dem Jahr des erneuten Einbruchs der



Gießbühne im Stahlwerk: Immer schärfere Arbeitshetze bei Hitze, Lärm, Staub und in Schichten rund um die Uhr, gerade in den unteren Lohngruppen

EG-STAHLMARKT: BRD FESTIGT VORMACHT

"Der Stahl-Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hat in Brüssel die Produktionsquoten für die europäische Stahlindustrie bis Ende 1985 verlängert. Damit ist eine integrationspolitisch wichtige Festigung eines Kernbereichs des Binnenmarktes gelungen", meldete im Februar die Bundesregierung. Das neue Abkommen sichert den BRD-Stahlkapitalisten einen Anteil von 33% an der EG-Stahlproduktion und damit die Vormachtstellung in der EG. Bei einzelnen Produkten ist die Stellung der BRD-Stahlkonzerne noch dominierender. Bei dem für die Rüstung wichtigen Edelstahl etwa vereinen die westdeutschen Stahlkonzerne 42% der Produktion in der EG.

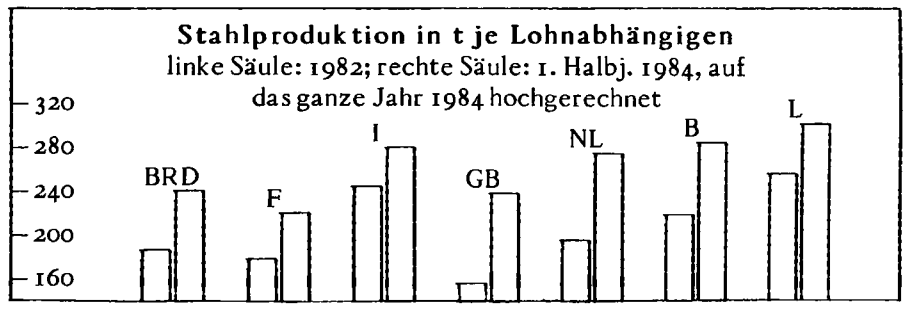
1985 soll für die Stahlkapitalisten ein entscheidendes Jahr werden. Erstens endet dann das neue Produktionsquotensystem. Zweitens sollen dann auch die "nationalen" Subventionsprogramme der EG-Staaten für ihre Stahlkapitalisten enden. So lautet ein Beschluß der EG-Kommission, den diese 1983 auf westdeutsches Drängen gefaßt hat.

Damit die BRD-Stahlkapitalisten diese Beseitigung von Schranken auch für den Ausbau ihrer Vorherrschaft in der EG nutzen können, hat die Bundesregierung ihnen bis 1985 3

Mrd. DM Subventionen zugesichert. "Davon werden etwa 1,8 Milliarden D-Mark als Umstrukturierungsbeihilfen...gezahlt. Mit diesen Beihilfen können Sozialplankosten und Teilwertabschreibungen bei Stilllegung von Betriebsstellen bezuschußt werden", heißt es im Bericht der Bundesregierung. Mit weiteren 1,2 Mrd. DM will die Bundesregierung die Investitionsprogramme der Stahlkapitalisten fördern, die bis 1985 7 Mrd. DM in die weitere Modernisierung ihrer Anlagen investieren wollen.

Welche Folgen diese Konkurrenzschlachten der Stahlkapitalisten in der EG für die Lohnabhängigen in der Stahlindustrie haben, zeigt das Schaubild. Noch nie in der Vergangenheit haben die Stahlkapitalisten die Lohnabhängigen zu solchen Produktionsmengen antreiben können. Die "Integration" des EG-Stahlmarktes bedeutet für die Lohnabhängigen brutalste Intensivierung der Arbeit, Lohnsenkung, Raubbau an ihrer Gesundheit. Und die Vorherrschaft der BRD-Stahlkapitalisten auf dem EG-Stahlmarkt kommt die westdeutschen Stahlarbeiter schon lange teuer.

Quellenhinweis: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Stand der Stahlpolitik, 7.2.1984; Eurostat, Eisen und Stahl, Monatsbericht 7/84



Stahlkonjunktur, um ca. 45000. Bei Hoesch ist der für 1985 angestrebte Abbau der Belegschaft auf 13000 jetzt schon erreicht. Gleichzeitig haben sie mit ihren umfangreichen Rationalisierungsprogrammen, mit der Stilllegung veralteter Anlagen und der

BRD-Stahlindustrie 1977-1984

Jahr	Lohnabhängige	Prod., t absolut	j. Lohnabhäng.
1977	208465	38985000	186,12
1979	204800	46040000	224,80
1981	192000	41610000	216,71
1983	169000	35729000	211,41
1. Hj. 84	156000	39450000	252,72

(1. Hj. 84 auf 1984 hochgerechnet)

Errichtung modernerer begonnen, um ihren Produktivitätsvorsprung vor allem gegenüber den anderen EG-Im-

perialisten zu halten und auszubauen. Jetzt, bei im ersten Halbjahr 1984 um über 10% gestiegener Rohstahlproduktion, steigern sie ihre Profite aus den Rationalisierungen.

1980 wurden in der BRD noch immerhin 6,7% der Rohstahlproduktion nach dem veralteten Siemens-Martin-Verfahren hergestellt. Im letzten Jahr wurden die letzten Siemens-Martin-Öfen stillgelegt. Bei Thyssen wurden im Geschäftsjahr 1979/80 45% des Rohstahls im modernen Stranggußverfahren vergossen, 1982/83 bereits 72%. Andere Hütten wie die Klöckner-Hütte in Bremen verfahren inzwischen zu 100% Strangguß. Gleichzeitig wurde die Intensität der Arbeit gesteigert. Daß bei Thyssen im letzten Jahr der Krankenstand mit 6,1% am niedrigsten seit 15 Jahren lag, zeigt, in welchem Umfang es den Stahlkapitalisten gelingt, die Belegschaften un-

ter Druck zu setzen.

Zunehmend gehen die Stahlkapitalisten dabei zu besonderen Formen der "Flexibilisierung" über. So hat bei jetzt ansteigender Produktion nach langen Perioden der Kurzarbeit in allen Stahlwerken nicht nur der Anteil der Mehrarbeit deutlich zugenommen. Mehr und mehr werden Fremdfirmen eingesetzt, bei Krupp-Rheinhausen beträgt der Fremdfirmeneinsatz jetzt schon zwischen 22% und 25%. Bei Einsatz vornehmlich in den Reparaturbereichen sollen so Produktionsspitzen aufgefangen werden, wobei gleichzeitig die Spaltung der Belegschaften in eine Stammebeleg-



Stahlproduktion bei Klöckner

schaft und andere vorangetrieben wird. Bei Thyssen wurden Neueinstellungen mit Zeitverträgen in größerem Umfang erwogen, die notwendig wurden, weil der Belegschaftsabbau mittels "Abfindung" mehrerer hundert türkischer Arbeiter schneller vonstatten ging als geplant.

Tatsächlich kann diesen Angriffen der Stahlkapitalisten weder mit Forderungen nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie, wie sie im letzten Jahr in Gremien der IG Metall und anderswo verbreitet wurden, noch mit der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung begegnet werden. Die Stahlkapitalisten haben sich dadurch nicht beeindrucken lassen. Der Vorstand von ARBED-Saarstahl weigert sich bis jetzt vielmehr sogar, den Tarifvertrag von NRW für ARBED zu übernehmen, und verweist die IG Metall auf die Auflage, die die Bundesregierung und die saarländische Landesregierung im letzten Jahr an den Finanzausschuß von 86 Mio. DM an ARBED geknüpft hatten: den Verzicht auf jegliche Lohnerhöhung bis 1985. Die IG Metall soll jetzt zur Einlösung dieser Auflage gepreßt werden.

Quellenhinweis: Statistisches Jahrbuch Eisen und Stahl 1983; Geschäftsbericht der Thyssen AG 1982/83; "Handelsblatt" 18.7.1984; "Revier" 6/84. - (wof, riil)

Gesundheitssystemforschung

BESEITIGUNG DER KOLLEKTIVEN SOZIAL-
VERSICHERUNG IM GESUNDHEITSWESEN

Die Kapitalisten sind dabei, durch Rationalisierungen die Arbeitskräfte, die schon jetzt schwer arbeiten müssen, noch mehr zu ruinieren. Daß diese dann mit den Mitteln der modernen Medizin, bei steigendem Gesundheitsbewußtsein der Bevölkerung und von einer steigenden Zahl von Ärzten behandelt werden, ist den Kapitalisten zu teuer. Was sollen sich die armen Leute denn jahrelang mit ihren Verschleißkrankheiten (= degenerative Krankheiten z.B. des Knochengerüsts, des Herz- und Kreislaufsystems und zumindest ein Teil der Krebserkrankungen) quälen, statt wie früher an den Infektionskrankheiten schnell zugrunde zu gehen.

Das Kieler Institut für Gesundheitssystemforschung, eine "gemeinnützige Stiftung", hat im Auftrag der Bundesregierung und der Kapitalisten einen marktwirtschaftlichen Plan vorgelegt, wie die Kapitalisten die Kosten, die sie verursachen, auf die einfachen Lohnabhängigen abwälzen bzw. liquidieren durch Entzug von Krankenversorgung und dafür auch noch Anhänger unter den Besserverdienenden gewinnen können. Vorschläge des Kieler Instituts kursieren bereits in der sog. gesundheitspolitischen Diskussion, in Zeitungen und auf Ärzteversammlungen, als "Überlegungen" der Bundesregierung.



Rollstühle, keine Versicherungsleistung mehr?

Die Lohnabhängigen haben die gegenwärtige Krankenversicherung mit sozial ausgleichender Wirkung erkämpft: Ausgleich zwischen verschiedenen hohen Einkommen, weil die Beiträge einkommensabhängig bezahlt werden, Ausgleich zwischen Familien, weil die Familienangehörigen mitversichert sind, Ausgleich zwischen verschiedenen hohen Krankheitsrisiken, weil die Leistungen der Kran-

kenkassen beitragsunabhängig gewährt werden und Altersausgleich, weil die Rentner mitversorgt werden. Die relativ hohe Zahl freiwilliger Mitglieder in der gesetzlichen Krankenversicherung, das sind Angestellte, deren Gehalt über der Pflichtversicherungsgrenze liegt, Beamte und Selbständige, zeigt das starke Bestreben der Lohnabhängigen nach einer einheitlichen Versicherung. Die Reaktion will diese relativ einheitliche Versicherung zerschlagen.

Die "Freiheit" des Individuums sei oberstes Ziel, seine "Selbstbestimmung und Eigenverantwortung und damit die Möglichkeit personaler Selbstgestaltung der Risikoabwehr" dürfe nicht durch gesellschaftlich organisierte Risikoübernahme verhindert werden. Dementsprechend sollen die Beiträge zur Krankenversicherung in ein direktes Verhältnis zum individuell versicherten Risiko gebracht werden (Leistung nach Gegenleistung, wie in den privaten Krankenversicherungen), wodurch "nicht versicherbare Leistungen" und "nicht versicherbare Personen" entstehen; höhere Selbstbeteiligung wird die "Freiheit" des Individuums vergrößern, selbst auf die "Grundversorgung" zu verzichten.

Die Beitragsgestaltung soll in folgender Richtung geändert werden:

- Die Versicherungspflichtgrenze soll herabgesetzt werden. Das belebt das Geschäft der privaten Krankenversicherungen. Das entlastet gleichzeitig die Besserverdienenden, weil ihre Beiträge nicht mehr einkommensabhängig festgesetzt werden, sondern nach Alter, Geschlecht, Vorerkrankungen und individuellen Risikofaktoren, die bei diesem Personal viel geringer sind als etwa bei einem Akkord- und Schichtarbeiter.

- Ein Mindestbeitrag soll eingeführt werden. Studenten, Schüler, geringfügig Beschäftigte usw., die bisher für einen geringen Beitrag volle medizinische Versorgung erhielten, sollen einen Beitrag zahlen, der dem eines Vollzeitbeschäftigten in der untersten Lohngruppe entspricht. Bei etwaigen sozialen Härten sei auf staatliche Zuschüsse verwiesen.

- Mitversicherte Familienangehörige, z.B. Frauen, die einer sog. geringfügigen Beschäftigung nachgehen, was bisher nicht versicherungspflichtig ist, sollen Beiträge zahlen.

- Die Beiträge der Rentner sollen so weit erhöht werden, daß die Leistungen für Rentner daraus gedeckt werden können.

- Die Schwerkranken, Behinderte und Schwerbehinderte, werden zu sog.

nichtversicherbaren Personengruppen, aus der Krankenversicherung ausgeschlossen und der Sozialfürsorge anheimgestellt.

– Sog. versicherungsfremde sozialpolitische Aufgaben sollen nicht aus den Beiträgen bezahlt werden, als das sind Schwangerschaftsabbruch, Sterilisation, sonstige Aufwendungen im Rahmen einer Schwangerschaft, Krankengeld beim Fernbleiben von der Arbeit wegen eines kranken Kindes u.a.



Hämodialyse. Statt schnell zu sterben, können die Patienten länger überleben. In Zukunft "nicht-versicherbare" Leistung?

– Der Versicherungsbeitrag soll "individuell risikoadäquat" gestaltet werden.

Dazu heißt es: "Arbeitsplatzbedingte erheblich höhere Erkrankungsgefahr sollte durch höhere Bemessung der Beitragsanteile des Arbeitgebers für einzelne Betriebe gemäß § 384 Abs. 1 RVO ausgeglichen werden." Man soll sich keinen Sand in die Augen streuen lassen. Nur ganz wenige der in Wirklichkeit berufsbedingten Krankheiten sind als solche anerkannt. Wenn ein Lackierer Zungenkrebs kriegt wegen der giftigen Farben, dann finden die Kapitalisten noch immer genug "Wissenschaftler", die gutachten, er hätte die Krankheit vom Rauchen oder wahrscheinlich geerbt, weil der Vater an Krebs gestorben ist. Vielmehr ist zu befürchten, daß für Raucher, Sportler o.a. persönlich höhere Beiträge festgesetzt werden, an welchen die Kapitalisten keinen Anteil zahlen.

Was die Bessergestellten an Beiträgen einsparen, müßten die Lohnabhängigen in den unteren Lohnstufen mehr zahlen. Die Kapitalisten hätten ihr Ziel verfehlt. Deshalb sollen die Leistungen der gesetzlichen Pflichtversicherung auf die "Grundsicherung" eingeschränkt und "mit einem Beitragsatz finanziert werden, der deutlich unter dem gegenwärtig durchschnittlichen Beitragssatz der gesetzlichen Krankenversicherung liegt." Offen ist nur noch, was verwaltungstechnisch

am besten durchzusetzen ist.

Auf jeden Fall soll der Leistungskatalog beschnitten, die Häufigkeit der Leistungsanspruchnahme gemindert und sollen die Kosten je Leistung gesenkt werden:

- Eigenbeteiligung bei ambulanter ärztlicher und zahnärztlicher Versorgung bis zu einem einkommensabhängigen Höchstbetrag, mindestens durch Bezahlung von 30 DM je Krankenschein.

- Eigenbeteiligung von 20% an den Kosten für Arzneimittel mit einem Mindestbetrag je Verordnung und einem einkommensabhängigen Höchstbetrag.

- Für physikalische Behandlung soll den Patienten ein höherer Festbetrag abgenommen werden.

- Sachliche Heil- und Hilfsmittel, das sind Brillen, Hörgeräte, Krücken, Rollstühle, Zahn- und andere Prothesen usw. sollen aus dem Leistungskatalog gestrichen und Zuschüsse in Form von Höchstbeträgen gewährt werden, die deutlich unter den derzeitigen Kosten für die einfachsten und billigsten Ausführungen liegen.

- Kuren zur Verhinderung der Verschlechterung eines Leidens oder zur Verhinderung einer Krankenhausbehandlung sowie Krebs-Nachsorgekuren (§ 184a, 187 RVO) entfallen.

- In den Krankenhäusern sollen nur Akut-Kranke behandelt werden. Für die Pflege von Patienten seien die Familien, Nachbarn und soziale Einrichtungen zuständig, aber nicht die Krankenkasse.

- Während bei den bisherigen Kürzungen Kinder und arme Leute ausgenommen sind, soll die Einschränkung auf Grundversorgung ausnahmslos gelten, um so den "finanzierbaren" gesellschaftlichen Standard festzusetzen, der die Armen von jeglicher medizinischen Versorgung ausschließt.

Was die Lohnfortzahlung betrifft, soll die Einführung von Karenztagen in Verbindung mit auf 80% vom Brutto gesenkten Bezügen und die Einführung der Teilarbeitsfähigkeit von Arztbesuchen abhalten. Gleichzeitig sollen die vertrauensärztlichen Überprüfungen gleich zu Beginn der Krankheit stattfinden und sollen die Kapitalisten von ihrem Zahlungsverweigerungsrecht mehr Gebrauch machen, etwa bei "selbstverschuldeter" Arbeitsunfähigkeit.

In freier Selbstverwaltung, ganz "demokratisch", sollen Ehrenamtliche die Durchführung der staatlich festgelegten Krankenkosten-, d.h. Krankenbeseitigung überwachen mit Spielraum für die Gestaltung von Zusatzversicherungen zu zusätzlichen Beiträgen.

Quellenhinweis: Institut für Gesundheits-System-Forschung, Gesetzliche Krankenversicherung, Systemerhaltung und Finanzierbarkeit, Kiel 84. – (sul)

Philippinen

MARCOS-REGIME AUCH NACH DEN WAHLEN WEITER IN DER DEFENSIVE

Bislang nahezu unbeachtet von den westdeutschen Medien hat sich die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) zu einer der stärksten kommunistischen Organisationen in kapitalistischen Ländern entwickelt und mit ihrem bewaffneten Arm, der Neuen Volksarmee (NPA), inzwischen fast alle Inseln der Philippinen mit dem Guerillakampf überzogen. Ziel der CPP ist der Sturz der "US-Marcos-Diktatur" und der "imperialistischen, feudalen und bürokratisch-kapitalistischen Herrschaft auf den Philippinen" und die Bildung einer Regierung "aller demokratischen Klassen und Kräfte". Nach Angaben des ZK der CPP konnten die philippinischen Kommunisten von 1980 bis Ende 1983 ihre Mitgliederzahl von 10000 auf 30000 vergrößern, fünf neue Regionalorganisationen aufbauen, 17 neue Guerillafronten eröffnen und die Zahl der NPA-Kämpfer von 8000 auf 20000 steigern.

Ihr Einfluß in den Landgebieten beruht auf ihrer Unterstützung der Interessen der armen Bauern und Landarbeiter. Die meisten Bauern sind Pächter, die den Großgrundbesitzern 50% – und falls diese Saatgut und Dünger stellen – 70 bis 80% der Ernte abliefern müssen. Ein öffentliches Gesundheitswesen gibt es auf dem Lande nicht, und jede Krankheit bringt die Bauern tiefer in die Schuldknechtschaft. Die Großgrundbesitzer kassieren von ihren Pächtern Zinssätze bis zu 20% je Woche; ein Bauer, der im Frühjahr 1 kg Reis leiht, muß nach der Ernte 25 kg Reis zurückzahlen. Die Kader der CPP fördern den Zusammenschluß der Pächter unter Forderungen nach Senkung der Pacht und

der Zinsen auf 6% jährlich. Außerdem gewähren die CPP-Kader und Kämpfer der Neuen Volksarmee den Bauern Schutz gegen die häufigen Übergriffe der Söldnerarmee des Marcos-Regimes und bestrafen besonders ausbeuterische Großgrundbesitzer und deren Agenten.

Die Guerillakämpfer der Neuen Volksarmee haben ihre stärksten Bastionen auf den Inseln Samar, Mindanao und Luzon. Auf Samar konnte die Neue Volksarmee z.B. in den Landgebieten verhindern, daß die Armee und örtliche Funktionäre der Marcos-Partei KBL die Wahlfarce vom 14. Mai überhaupt durchführen konnten. Auf Mindanao, das von US-Monopolen und philippinischen Agrarkonzernen mit Bananen-, Ananas-, Kokos- und Palmölplantagen überzogen ist und wo die Landarbeiter unter Elendsbedingungen vegetieren, haben die Kommunisten in den ersten fünf Monaten des Jahres nach einer Statistik der philippinischen Armee 39 Streiks, Demonstrationen und andere Massenaktionen organisiert; nach Aussagen der philippinischen Armee wächst der Einfluß der Revolutionäre gegenwärtig vor allem unter dem Kleinbürgertum. In Davao City, Millionenstadt auf Mindanao und der drittgrößte Hafen der Philippinen, führt die Neue Volksarmee täglich Angriffe auf Armee- und Polizeiposten durch. Auf Mindanao ist es der Neuen Volksarmee inzwischen auch gelungen, unter der islamischen Minderheit Fuß zu fassen und mit deren Befreiungsbewegung Moro National Liberation Front MNLF zusammenzuarbeiten.

Präsident Marcos hatte die Einfüh-



Demonstration für Wahlboykott

DIE WAHLEN: EINE GROSSE SHOW, EIN VERZWEIFELTES MANÖVER

Am 14. Mai war der Höhepunkt des scharfen politischen Kampfes, der sich auf die Frage der "Wahlen" konzentrierte, ein Kampf, der weitergehen und sich noch mehr verschärfen wird. Am Wahltag zeigten Millionen im ganzen Land ihre Gegnerschaft zur faschistischen Diktatur, nicht durch Beteiligung an der Wahlfarce, sondern durch militante Aktionen. Andererseits waren es weitaus mehr, die ihre Stimme abgaben bei dem größten Betrug, den die US-Marcos-Clique in der ganzen Geschichte ihrer faschistischen Herrschaft jemals inszeniert hat. Obwohl das Volk von Wahlfarce die Nase voll hat, gaben viele trotzdem ihre Stimme ab in dem Glauben, der Stimmzettel könne ihren Protest gegen das Regime ausdrücken; viele andere wurden durch faschistischen Terror zur Stimmabgabe gezwungen.

Wie erwartet, griff die US-Marcos-Clique massiv und im ganzen Land zum Mittel des Wahlbetrugs und des Terrors, um den "Sieg" der meisten Kandidaten der faschistischen Wahlpartei KBL gegen die das ganze Land erfassende Welle von Protesten gegen die Diktatur sicherzustellen. Das war nicht schwierig für das Regime wegen des im Lande herrschenden Kriegsrechts, besonders in den Landgebieten. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieser Artikel waren die Wahlbetrügereien immer noch im Gange; und mehr und mehr Menschen starben bei den Protestaktionen gegen die Betrügereien bei der Stimmzählung.

Aber in Gebieten, wo die Opposition stark war, besonders in den Großstädten, war es für das Regime unabdingbar, "saubere" Wahlen zuzulassen, um den mächtigen Fortschritt der Boykottbewegung zu stoppen — die nicht nur die Wahlfarce des Regimes bedrohte, sondern auch die Existenz der faschistischen Marionettendiktatur überhaupt in Frage stellte. Deshalb war die Marcos-Clique gezwungen, ihren imperialistischen Herren zu gehorchen und Wahlbetrug und Terror mit Zurückhaltung anzuwenden sowie einige politische Änderungen durchzuführen, die die Opposition bislang wirksam blockierten...

HINTERGRÜNDE DES 14. MAI

Die Wahlen fanden in einer Situation statt, in der die Marionettenrepublik durch die bisher größte politische Krise und einen beispiellosen Aufschwung der Massenbewegung erschüttert wurde. Im Kern war die Krise bestimmt durch die politische Defensive des Regimes und eine teil-

weise Paralisierung der philippinischen Wirtschaft. Die Krise nahm die zugespitzte Form eines militanten landesweiten Aufschwungs des Massenprotests an, der die hervorstechende massive Beteiligung von unorganisierten Kräften und Kräften der Mitte einschloß. Diese außergewöhnliche Situation bestimmte die außergewöhnliche Bedeutung der Wahlen. Die Kandidatur dieses oder jenes Politikers, die Plattform dieser oder jener Partei — das war nebensächlich. Die Hauptfrage war die Rolle dieser "Wahlen" in dem Kampf zum Sturz der Diktatur und zur Errichtung einer neuen Gesellschaftsordnung.

Formal ging der Kampf um Boykott oder Wahlbeteiligung. In der Sache war es ein Kampf um den Kurs der Front gegen die Diktatur. Halten die Kräfte gegen die Diktatur fest am militanten, entschlossenen demokratischen Kampf, der sich hauptsächlich auf Massenaktionen stützt, oder gehen sie zu parlamentarischen, schwankenden Formen des Kampfes über, die sich auf kompromißbereite Führer stützen? Gehen sie weiterhin über die von der herrschenden Clique aufgezwungenen Einschränkungen und Grenzen hinaus, oder lassen sie sich darauf ein? Klar, daß dieser Kampf die Frage der Existenz des ganzen halbkolonialen und halbfeudalen Systems aufwarf, dessen Hauptverteidiger heute das Marcos-Marionettenregime ist.

Wegen der entscheidenden Bedeutung der Wahl engagierte sich der US-Imperialismus aktiv bei der Durchführung der "Wahlshow", um seine eigenen taktischen und strategischen Interessen im Land zu sichern und zu garantieren, daß Marcos in seinem Kampf gegen die bürgerliche Opposition diese Interessen über seine eigenen stellte. Für die USA ist die Stabilität des ganzen Systems das wichtigste, ein System, das in der gegenwärtigen außergewöhnlichen politischen und wirtschaftlichen Krise rapide verfällt, das nicht nur den Schlägen des wachsenden bewaffneten Kampfes in den Landgebieten ausgesetzt ist, sondern auch der kombinierten Wirkung des wachsenden revolutionären Einflusses und der zunehmenden Militanz in der demokratischen Bewegung wie der wachsenden Widersprüche unter den lokalen Reaktionären.

Der Schlüssel zum Verständnis des Wahlergebnisses liegt in der entscheidenden Rolle des US-Imperialismus im politischen Leben auf den Philippinen und für jeden größeren Schritt der lokalen Elite. Die USA überwachten die "sauberen Wahlen". Tatsache ist, daß Oppositionspolitiker, die sich an den

Wahlen beteiligten, hauptsächlich deswegen die Nerven behielten, weil die USA ihnen 30% der Parlamentsitze zugesichert hatten... Mit dem Manöver, die Boykottbewegung durch eine "reelle Chance" für die Opposition in ausgesuchten städtischen Gebieten auszusteichen, erkannte das Regime die Stärke der militanten Kräfte in der Front gegen die Diktatur an. Es hätte leicht seine alten, bewährten Wahltaktiken wiederholen können, hätte es nicht die starke Boykottbewegung gegeben und wäre die politische Lage anders gewesen.

Offensichtlich erfüllte das Manöver nicht alle Wünsche der Marcos-Clique, offensichtlich setzte das Regime aber auch nicht sein Machtmopol auf den Philippinen damit vollständig aufs Spiel. Marcos kontrolliert nach wie vor das Parlament durch eine große Mehrheit von KBL-Abgeordneten. Und nicht wenige der anderen Kandidaten, die auch Sitze gewannen, sind bekannte Marcos-Leute, die sich als "Oppositionelle" gaben...

Die Verschiebung der entscheidenden politischen Schlacht, Raum für Manöver, um aus seiner Defensive herauszukommen — das konnte die US-Marcos-Clique mit ihrer Wahlfarce allenfalls erreichen gegen die Boykottbewegung und die Volksmassen. Aber die Atempause wird sehr kurz sein, solange das Regime die große militante Front gegen die Diktatur nicht zerschlagen kann. Diese Front ist durch die Boykottbewegung und durch die großen Erfolge des bewaffneten Kampfes gestärkt. Das Regime kann sich nicht mal der Folgen sicher sein, die die Öffnung des Parlaments für mehr Oppositionelle hat, solange die militante demokratische Massenbewegung — die im wesentlichen weiter in der Offensive ist — einig und entschlossen bleibt.

NACH DEN "WAHLEN"

Die jetzige Lage ist zugespitzter, aber möglicherweise komplizierter. Das Regime ist nach wie vor in der Defensive. Von zwei Seiten wird das Regime attackiert durch die Kräfte gegen die Diktatur — von denen, die die "Wahlen" boykottierten, und von denen, die sich beteiligten. Beide gewannen enorm durch die Wahlkampagne. Doch die Lage kann je nach den Schritten der bourgeois Reformisten kompliziert werden — je nachdem, ob sie ihre Einheit mit der Front gegen die Diktatur stärken oder ob sie sich mit der US-Marcos-Clique aussöhnen... Sie müssen nun zeigen, was sie mit "Sturz der Diktatur" meinen.

Aus: Ang Bayan, hrsg. vom ZK der KP der Philippinen, Ausgabe Mai 1984

rung des Kriegsrechts 1972, das im Januar 1981 nur teilweise aufgehoben wurde, die Beibehaltung seiner diktatorischen Vollmachten, die Verdoppelung der Zahl der Streitkräfte in den letzten zwölf Jahren und jede einzelne Terrormaßnahme mit der kommunistischen Bedrohung gerechtfertigt. Auf der anderen Seite war Marcos stets bemüht, den Einfluß der CPP und der Neuen Volksarmee herunterzuspielen – schon allein, um die imperialistischen Gläubiger, Investoren und Geschäftspartner der philippinischen Kompradorenbourgeoisie ruhig zu halten. Bis 1983 hatte das Regime die Lage in den großen Städten tatsächlich unter Kontrolle, während die Hauptstärke von CPP und Neuer Volksarmee in den Landgebieten lag. Mit der drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im letzten Jahr und mit der politischen Krise des Regimes im Gefolge der Ermordung des Oppositionsführers Aquino durch gedungene Killer des Regimes im letzten Herbst nahm der Kampf in den Städten aber einen enormen Aufschwung; die Front gegen das Marcos-Regime und den US-Imperialismus gewann Einfluß unter den Kleinbürgern und der nationalen Bourgeoisie, und die CPP hatte mit ihrer Einheitsfrontpolitik große Erfolge.

So demonstrierten im November 1983 15000 Geschäftsleute, Büro- und Bankangestellte im Finanzdistrikt Makati der Hauptstadt Manila gegen das Marcos-Regime; die Aktion war mitorganisiert von der Nationalen Demokratischen Front, einer von der illegalisierten CPP unterstützten Einheitsfrontorganisation.

Zahllose Streiks, von denen viele mehr als zwei Wochen dauerten, legten im ersten Halbjahr 1984 Fabriken, Büros und Banken in den Millionenstädten Manila und Davao City lahm; unter den bestreikten Betrieben waren Filialen japanischer, amerikanischer und auch westdeutscher Konzerne (Rubberworld-Adidas). Die Streiks gingen um höhere Löhne angesichts einer Preisteigerung von 50% im ersten Halbjahr 84 und gegen Betriebsstillegungen oder Massenentlassungen, die die Kapitalisten aufgrund der desolaten Wirtschaftslage vornahmen.

Die CPP hat den bewaffneten Kampf inzwischen auch auf die Hauptstadt ausgedehnt. Prominentestes Opfer: der Brigadegeneral und Kommandeur von Nord-Manila Karinal, der von Kämpfern der Neuen Volksarmee in einem Restaurant erschossen wurde, weil seine Truppen im April auf streikende Arbeiter in Manila geschossen und dabei zwei ermordet hatten.

Die Antwort des Marcos-Regimes auf die politische Krise der letzten zwölf Monate, die nicht nur die Marcos-Clique, sondern den Fortbestand des imperialistischen Ausbeutungsparadieses auf den Philippinen über-

haupt gefährdete, war die Anberaumung von Parlamentswahlen. Dieses Manöver, offensichtlich vom US-Imperialismus inspiriert, hat nach Einschätzung der CPP die Lage kompliziert. Die Front gegen das Marcos-Regime spaltete sich, weil ein Teil der bürgerlichen Kräfte in der Front sich auf eine Wahlbeteiligung einließ – trotz der offensichtlichen Ohnmacht des Parlaments angesichts der fortbestehenden diktatorischen Vollmachten für Marcos und trotz der offenkundigen Absicht der USA, mit der Wahlfarce die Legitimation des Re-

chert.

Es bleibt abzuwarten, welchen Kurs die parlamentarische Opposition gegen Marcos einschlägt. Vertritt sie die Forderungen der Volksmassen nach Zerschlagung der vom US-Imperialismus kontrollierten Marcos-Diktatur und nach Zerschlagung des ganzen halbkolonialen, bürokratisch-kapitalistischen Systems und nutzt sie das Parlament als Tribüne für diese Forderungen, oder läßt sie sich auf eine Zusammenarbeit mit dem Regime ein? Die CPP hat ihrerseits die Zusammenarbeit mit der parlamentari-



Kämpfer der neuen Volksarmee (NPA)

gimes zu stärken und gleichzeitig Nachfolger für Marcos aufzubauen.

Bezeichnend für Teile der bürgerlichen Opposition gegen Marcos ist das Verhalten der philippinischen Kapitalisten, die nicht mit der Marcos-Clique, aber dafür mit den imperialistischen Konzernen enge Geschäftsbeziehungen pflegen. Als Marcos die Wahlen ankündigte, nahmen die meisten von der Forderung nach dem Rücktritt von Marcos Abstand und propagierten die Wahlbeteiligung. Sie schrieben sich in die Listen der bürgerlichen Oppositionsparteien, zusammengeschlossen in der UNIDO, ein und gründeten die Bürgerbewegung für freie Wahlen (NAMFREL), die sich einen Namen machte, weil sie zumindest in den großen Städten die größten Wahlmanipulationen verhinderte. Präsident der NAMFREL war der frühere Chef der philippinischen Industrie- und Handelskammer, und gegründet wurde NAMFREL im Rotary-Club von Manila. Die Kapitalisten verlangten mehr Beteiligung an der Wirtschaftspolitik, Ruhe und Ordnung als Vorbedingung für mehr Investitionen im Land sowie die Privatisierung von Staatsmonopolen, an denen sich gegenwärtig die Marcos-Clique berei-

chen Opposition angekündigt, sofern sie nicht mit Marcos kollaboriert. Die Schwäche der Opposition ist sowohl das Fehlen eines Programms wie auch das Fehlen politischer Führer; in der bürgerlichen Presse werden die Oppositionsführer als zahnlose Figuren karikiert. Insofern haben die USA und ihre Marionette Marcos mit dem Wahlmanöver zwar vorläufig einen Erfolg errungen und die Revolutionäre teilweise isoliert, aber es ist sehr zweifelhaft, ob sie die Opposition gegen das Regime und die herrschende Gesellschaftsordnung dauerhaft auf das Parlament kanalisieren können.

Das Wahlmanöver hat jedenfalls die Massenaktionen gegen das Regime nicht brechen können. So marschierten Anfang Juli tausende Studenten zum Präsidentenpalais in Manila aus Protest gegen höhere Studiengebühren und gegen die Wirtschaftspolitik des Regimes. Und die andauernde Streikbewegung zwingt das Regime dazu, trotz gegenteiliger Erklärungen wieder Armee und Polizei einzusetzen, so beim Streik der Artex-Textilarbeiter in Manila am 9. Juni.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Time, 28.5.84 – (wom)

Rentenreform in Italien

LÄNGER ARBEITEN FÜR WENIGER RENTE UND ZUSATZGESCHÄFTE FÜRS VERSICHERUNGSKAPITAL

Mit seinem Rentenreform-Projekt hat der sozialistische Arbeitsminister De Michelis mitten im August, wo das politische Leben in Italien sonst weitgehend zum Stillstand kommt, einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die Gewerkschaften und die Linksoption wehren sich dagegen, daß die überschuldete Rentenversicherung auf Kosten der Lohnabhängigen und Rentner "saniert" werden soll. Auf der anderen Seite fürchten weite Kreise des Bürgertums und der Rechten, daß die von De Michelis geplante Vereinheitlichung der Rentenversicherung die privilegierte Position einzelner Berufsgruppen mit Sonderrentenkassen (z.B. Ärzte, Journalisten, leitende Angestellte) gefährden würde. So sind die Reformpläne von führenden Vertretern fast aller Koalitionsparteien heftig angegriffen worden, und ihr parlamentarischer Schicksal steht noch ziemlich in den Sternen.

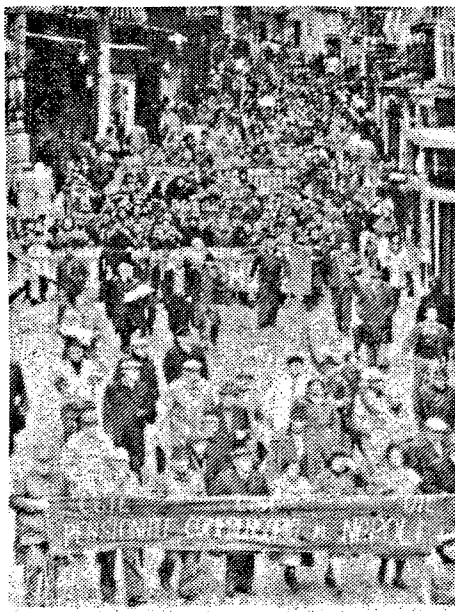
Seit sechs Jahren wird periodisch immer wieder über eine "grundlegende" Reform der Rentenversicherung debattiert. Herausgekommen sind dabei jedesmal einzelne gehässige Einschnitte und Kürzungen für die Lohnabhängigen, ohne daß auch nur die Finanzierung der Renten auf Dauer gesichert worden wäre. Jetzt soll alles ganz schnell gehen. De Michelis hat Ende Juli die "Grundzüge" seiner Reform im Kabinett absegnen lassen. Am 5. September will er mit den Gewerkschaften verhandeln. Aber schon am 19. September soll der Gesetzentwurf dem Parlament zugeleitet werden, so daß für ernsthafte Verhandlungen kaum Zeit bleibt.

Das jetzige – für die große Masse der Lohnabhängigen gültige – Rentensystem ist von den Gewerkschaften 1968/69 mit einer Serie von Streiks, die in einem Generalstreik im April 1969 gipfelte, durchgesetzt worden. Die Renten wurden damals erheblich erhöht. Ihre Berechnung wurde an das Einkommen der letzten Arbeitsjahre (und nicht mehr an die schwankenden Beiträge eines ganzen Arbeitslebens) angeknüpft (was in Italien wegen eines verbreiteten Systems der Lebenszeitbeschäftigung mit Alterszuschlägen auch in der Industrie günstig ist). Die Renten wurden künftig regelmäßig an die Lohn- und Preisentwicklung angepaßt. In den Leitungsgremien der staatlichen Sozialversicherung INPS erhielten die Gewerkschaften eine Mehrheit der Sitze.

Anspruch auf Rente besteht bei Arbeitsunfähigkeit oder nach 35 Beitragsjahren, spätestens aber bei Vollendung des 55. Lebensjahrs für Frauen und des 60. Lebensjahres für Männer.

Die Rente wird auf das Einkommen der letzten fünf (bis 1982 der letzten drei) Jahre berechnet, und zwar wird für jedes Beitragsjahr eine Rente von 2%, maximal (für 40 Beitragsjahre) 80% dieses Einkommens gezahlt. Eine Mindestrente von zur Zeit 328 950 Lire (535 DM) wird gezahlt, wenn sich nach der Rentenformel sonst eine niedrigere Rente ergeben würde. Die Versicherungsbeiträge müssen zu rund 70% von den Kapitalisten aufgebracht werden, der "Arbeitnehmeranteil" beträgt zur Zeit 7,5% des Bruttolohns.

Dieses System, das zweifellos einen

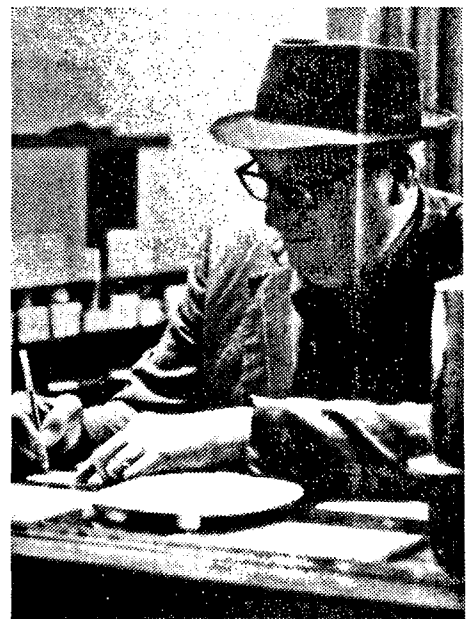


Demonstration der Rentnergewerkschaften (links); auf dem Rentenamt.

rer Verwandten angewiesen. Zugleich belastet das enorme Defizit der Altersversorgung der Landwirte (wo auf einen Beitragszahler mehr als zwei Rentner kommen) das ganze Sozialversicherungssystem.

Neben der allgemeinen Rentenversicherung der Lohnabhängigen mit ca. 57% aller Versicherten gibt es eine Vielzahl von Sonderkassen für einzelne Berufsgruppen, darunter auch den öffentlichen Dienst, Journalisten, Ärzte, leitende Angestellte, mit durchweg günstigeren Bedingungen. Zum Beispiel sind die Beiträge im öffentlichen Dienst niedriger, und ein Rentenanspruch besteht dort bereits nach 15 (für Frauen) bzw. 20 Dienstjahren.

Die Vereinheitlichung der Rentenbedingungen, -formeln, -beiträge und -verwaltungen ist der einzige Teil von



großen Fortschritt darstellte, erscheint freilich vorteilhafter, als es unter den italienischen Bedingungen tatsächlich ist. Ein in einem alten kapitalistischen Land wie Westdeutschland ganz "normales" Arbeitsleben von 40 oder 50 Jahren als Lohnabhängiger ist in Italien ganz selten. Die meisten älteren Arbeiter waren in ihrer Jugend noch Bauern. Bei Kriegsende war noch fast die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt, heute nicht einmal 15%.

Die Hälfte aller Altersrenter hat daher sowenig Beitragsjahre, daß sie nur die Mindestrente kriegt. Und die Hälfte aller Rentner kriegt eine Invalidenrente, in der Regel nur den Mindestbetrag. Das erklärt sich zum Teil daraus, daß viele – vor allem im Süden – nicht einmal die Mindestanwartszeiten für eine Altersrente erfüllen und daher auf Invalidenrente angewiesen sind. Die meisten Rentner leben in sehr ärmlichen Lebensumständen und sind oft genug auf finanzielle Hilfe ih-

De Michelis' Reformgesetz, der den Forderungen der Gewerkschaften einigermaßen entspricht. Aber auch hier hat der "Sozialist" noch eine Gemeinheit eingebaut: Die Bemessungsgrenze, bis zu der Beiträge gezahlt und Renten berechnet werden, soll nämlich auf ein Jahreseinkommen von nur 24 Mio. Lire (39 000 DM) festgelegt werden. Die Besserverdienenden wären damit auf private Zusatzversicherungen oder "freiwillige" Ergänzungskassen innerhalb der Sozialversicherung verwiesen.

Danach kommt's ganz dick. Das Rentenalter soll schrittweise bis zum Jahr 2003 auf 65 Jahre für Männer und Frauen erhöht werden. Frauen sollen sich bereits ab nächstes Jahr erst mit 56 (bisher 55) verrenten lassen können. Die Möglichkeit der früheren Verrentung im öffentlichen Dienst würde – ohne Übergangsregelung! – abgeschafft. Nebenbei wird damit für dauerhafte Überfüllung des Arbeitsmarkts gesorgt, nachdem in

den letzten Jahren Zehntausende vorzeitig auf Rente gesetzt worden waren (in der Stahlindustrie z.B. bereits mit 50 Jahren).

Zugleich sollen die Renten nicht mehr auf den Durchschnittslohn der letzten fünf (im öffentlichen Dienst nur des letzten), sondern jetzt der letzten zehn Arbeitsjahre berechnet werden. Zwar hat De Michelis inzwischen bekanntgegeben, dabei würden die Löhne der zurückliegenden Jahre um die Preissteigerungsrate "aufgewertet". Aber die Reallohnsteigerungen durch Tarifvertrag, Alterszuschläge oder Höhergruppierung gehen in diese "Aufwertung" nicht ein, so daß eine kräftige Rentenkürzung herauskommen wird. Schon in den letzten Jahren ist die "Rentendynamik" entsprechend der Lohnentwicklung Stück für Stück demontiert wor-

den, so daß die Renten jetzt nicht einmal mehr an die volle Preissteigerungsrate angepaßt werden.

Die Gewerkschaften haben die Pläne De Michelis' heftig angegriffen. Ihre Kritik richtet sich vor allem gegen die Erhöhung des Rentenalters auf 65, während sie sich mit einer Vereinheitlichung auf 60 für Frauen und Männer schon im Frühjahr – im Zeichen der "Gleichberechtigung" – einverstanden erklärt hatten. Eine Einigung aller Lohnabhängigen im Kampf für ausreichende Renten ist nicht einfach, da z.B. für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Mitgliedschaft in der allgemeinen Rentenversicherung erst einmal Verschlechterungen bringen würde und eine Verallgemeinerung der jeweils vorteilhaftesten Bedingungen kaum durchsetzbar ist.

Bei ihren für den Herbst angekündigten Aktionen können sich die Gewerkschaften auch auf ihre eigenen Rentnervverbände stützen. Der Rentnervverband des größten Gewerkschaftsbundes CGIL ist mit fast 1,5 Mio. Mitgliedern die größte Einzelgewerkschaft überhaupt. Die Existenz dieser Rentnergewerkschaften erleichtert eine enge Verbindung von beschäftigten und verrenteten Arbeitern.

Der Streit in der Regierungskoalition darf nicht täuschen. Zwar kommt das Reformpaket darüber vielleicht zu Fall, aber auf ein paar "kostensparende" Gemeinheiten würden sich die Regierungsparteien allemal einigen können. Im wesentlichen wird es an den Gewerkschaften hängen, ob das verhindert und stattdessen die längst überfälligen Forderungen für eine fortschrittliche Reform der Rentenversicherung durchgesetzt werden können.

Quellenhinweis: R. Stefanelli, Il sistema previdenziale: storia e prospettive di riforma. Rassegna Sindacale, l'Unità, versch. Ausgaben. – (ulg)

ALTERSRENTE IN EG-LÄNDERN

In allen EG-Ländern hat die Bourgeoisie die Renten niedrig halten und verhindern können, daß die Lohnabhängigen in ihrer Gesamtheit ein gesichertes menschenwürdiges Leben führen können. Seit Jahren arbeiten die EG-Imperialisten daran, den kollektiven Versicherungsschutz der Lohnabhängigen abzubauen. Die "Kommission der Europäischen Gemeinschaften" schreibt in ihrem "Sozialbericht 1982": "Um unmittelbare Ergebnisse zu erzielen", will die EG-Kommission Maßnahmen ergreifen sehen, "die auf die Kürzung der Leistung selbst, die Voraussetzung ihrer Gewährung oder die Verfahren für ihre Anpassung gerichtet sind".

Im Vergleich zu den Bedingungen in der BRD hat die Arbeiterbewegung in anderen EG-Ländern in wichtigen Punkten Regelungen durchsetzen können, von denen die Arbeiterbewegung in der BRD lernen kann. Das betrifft einmal die Finanzierung der Rentenkasse. In sechs der zehn EG-Staaten müssen die Kapitalisten einen höheren Beitragssatz als die Lohnabhängigen zahlen. Das ist auch nur richtig, denn die Kapitalisten vernutzen die Arbeitskraft und beuten sie aus. Der Lohn muß für das

ganze Leben der Lohnabhängigen reichen, auch für die Zeit, wenn die Kapitalisten die Arbeitskraft verschlissen haben.

Die Angaben in der Tabelle geben den Stand von 1982 wider.

In Dänemark müssen alle Steuerpflichtigen für die Nationale Altersrente 3,5% des steuerpflichtigen Einkommens zahlen, den Beitrag für die Zusatzrente bezahlen zu einem Drittel die Lohnabhängigen, zu zwei Drittel die Kapitalisten.

Als Voraussetzung für den Rentenbezug hat die westdeutsche Bourgeoisie eine Wartezeit von 180 Versicherungsmonaten durchgesetzt. Damit hat sie ein vielfältiges Mittel zur Schikane und Rentensenkung in der Hand. Keine Wartezeit als Zugangsbedingung für eine Rente ist in Belgien, Frankreich und den Niederlanden festgelegt. In mehreren EG-Ländern liegt die Wartezeit unter der in der BRD, z.B. in Dänemark ist ein Jahr Wohnsitz vorgeschrieben. Quellenhinweis: Vergleichende Darstellung der Systeme der Sozialen Sicherheit in den Mitgliedstaaten der EG, Stand 1.7.1982 – (gba)



Protest des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV gegen die Kürzung der Mindestbedingungen bei Lohn und Sozialversicherungen am 29.5.1984 in Den Haag

Altersrente-Beitragssatz in %

Land	Lohnabhängige	Kapitalisten
Belgien	7	8,86
BRD	9	9
Griechenl.	4,75	9,5
Frankreich	4,8	8,2
Irland	5,5	11,61
Italien	7,15	17,47
Luxemburg	8	8
Niederlande	11,1	
Großbrit.	8,75	10,2

Jugoslawien

EG VERLANGT ZUGESTÄNDNISSE

Seit 1962 existieren Beziehungen zwischen der EG und Jugoslawien. Derzeit laufen Verhandlungen über ein Abkommen, das die Handelsbeziehungen regeln soll. Jugoslawien ist daran interessiert, seinen Export in die EG zu vergrößern, um seine negative Handelsbilanz zu verbessern. Während 1980 nur ein Drittel dessen, was Jugoslawien aus der EG importierte, von Jugoslawien in die EG exportiert wurde, konnte durch große Anstrengungen dieses Verhältnis in den letzten Jahren verbessert werden. So stieg 1983 der Export in die EG um 18,7% gegenüber dem Vorjahr, der Import sank um 12%. Dennoch ist eine Exportsteigerung v.a. von Industriewaren in die EG schwierig. Das liegt an den strengen Zollbestimmungen, aber auch an den relativ hohen Produktionskosten in Jugoslawien, die v.a. durch veraltete Industrieanlagen bedingt sind. So ist der Export dieser "nicht weltmarktfähigen" Industriewaren in die EG-Länder rückläufig.

Die Verhandlungen zwischen der EG und Jugoslawien, bei denen es v.a. um Erleichterungen des Handels gehen soll, kommen nur schleppend voran. Die Mitgliedsstaaten der EG nutzen die hohe Verschuldung Jugoslawiens an die westlichen Imperialisten aus, um Zugeständnisse abzapfen. So wurde mit der im letzten Jahr vor allem auf Druck des Internationalen Währungsfonds, aber auch der EG eingeleiteten Wirtschaftsreform "die

Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Formen" verlangt. Darüber hinaus fordern die Imperialisten freien Zugang für ihr Kapital, das jetzt auch in den bereits bestehenden gemischten Betrieben ("joint venture") nicht frei investiert werden darf und wie die Gewinnabführung ins Ausland strengen Kontrollen unterliegt. Nach Vorschlägen der EG sollen die Befugnisse des ausländischen Investors in den Geschäftsausschüssen (= Leitung der Betriebe) erheblich vergrößert werden. Auch die bisher geltende zeitliche Begrenzung der Gewinnbeteiligung durch den ausländischen Investor soll abgeschafft werden. Zum Teil ist Jugoslawien diesen Wünschen durch eine Novellierung der Kooperationsgesetzgebung 1983 entgegengekommen, jedenfalls läßt das neue Gesetz alle möglichen Ausnahmeregelungen zu.

Auch mit der Einführung einer frei konvertierbaren Währung – der Dinar unterliegt jetzt dem freien Wechselkurs – kam Jugoslawien Forderungen der EG nach. Noch sind bestimmt nicht alle Wünsche der EG-Imperialisten erfüllt, man muß aber befürchten, daß die Schuldenlast und ihr dringender Abbau durch Exportsteigerung Jugoslawien zu weiteren Zugeständnissen zwingt. – (lsc)

Österreich

AUSHÖHLUNG DES STAATSVERTRAGES

Seit dem 21. August 1984, 0.00 Uhr, gelten im Autoreiseverkehr zwischen Österreich und der BRD die gleichen Bedingungen, die Anfang August zwischen den EG-Mitgliedsländern Frankreich und BRD in Kraft traten. Danach sollen Zoll- und Paßkontrollen bei Staatsangehörigen Österreichs und der BRD, die die "Grüne Europa-plakette" deutlich sichtbar am Fahrzeug befestigt haben, nur noch stichprobenartig erfolgen. An den großen Grenzübergängen werden eigene "E-Scheiben-Benutzer-Spuren" eingerichtet. Wer also ein Bekenntnis zu "Europa" abgibt, soll künftig bequemer die Grenzen passieren dürfen.

Österreich ist kein Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaft und darf es entsprechend den Bestimmungen des Staatsvertrages mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges von 1955 auch niemals sein, da jegliche Vereinigung mit (der Bundesrepublik, d. Verf.) Deutschland verboten ist. Faktisch wird dieser Vertrag seit Jahren unterlaufen, insbesondere durch Kontingentierungsabkommen im Bereich der Landwirtschaft und der Stahlindustrie. Vizkanzler Steger (FPÖ) sprach sich kürzlich dafür aus, diesen Fakten neue vertragliche Wege zu ebnen – indem Österreich Mitglied der EG würde. Seitens der SPÖ, die

nach 13 Jahren Alleinregierung seit 1983 mit der FPÖ eine Koalition eingegangen ist, regte sich gegen diesen Vorschlag kein Widerspruch. Es wurden wiederum mit der "EG-Plakette" nur Fakten geschaffen.

Die FPÖ wurde von der SPÖ – aufgrund eines Abkommens zwischen Altbundeskanzler Kreisky und dem ehemaligen Gruppenführer der Waffens-SS Peter aus dem Jahre 1970 – in die Regierungskoalition aufgenommen. Sie leugnet ihre deutschnationale Gesinnung nicht. FPÖ-Generalsekretär Wagher-Meyer erklärte in einem Interview: "Wer will leugnen, daß wir eng mit dem Deutschtum verhaftet sind?" Die Salzburger Stadträtin Hofer erklärte im Oktober 1983 anläßlich des Wahlkampfes: "Österreich gehört nun einmal zur deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft und ist ein Teil der gesamten deutschen Kulturgemeinschaft!" – Schließlich will die FPÖ sich ab Juni 1985 ein neues Programm geben. Kernpunkt: "Wir lehnen alle Versuche ab, die deutschen Wurzeln Österreichs abzuschneiden."

Bedenklich stimmen diese Aussagen. Umso mehr, als auch in dem SPÖ-Organ "Kärntner Tageszeitung" am 24.7. eine Anzeige des "Kärntner Heimatdienstes", der von der FPÖ gefördert wird, erschien, in der er sich für eine "Volksbefragung" zur Abschaffung des zweisprachigen deutsch/slowenischen Unterrichts aussprach. Ziel von FPÖ und KHD ist es, daß "deutsche Kinder" in "rein



1974: Entfernung von zweisprachigen Ortstafeln durch Mitglieder des KHD

deutschen Schulen" bzw. Klassen unterrichtet werden. Die Kärntner Jungsozialisten haben energisch gegen die Gratis-Anzeige des KHD im Parteiblatt der SPÖ protestiert. Ihre Stellungnahme wurde erst gegen Honorarzahung und gekürzt abgedruckt. Quellenhinweis: Salzburger Nachrichten, 17.8.84; Die Presse, 18.8.84; Profil, Wochenpresse, versch. Ausgaben – (rua)

USA

POSTBESCHÄFTIGTE BRÜSKIERT

Am 25. Juli informierte die Führung des US-Postdienstes die Postgewerkschaften, daß Neueinstellungen ab 4. August durchschnittlich 23% weniger Gehalt erhalten werden, bezahlte Krankheitstage und Urlaub würden um 50% gekürzt. Am 20. Juli war der alte Tarifvertrag ausgelaufen. Ebenfalls am 20. Juli hatten die vier Postgewerkschaften die seit 24. April laufenden Verhandlungen mit der Postleitung ergebnislos abgebrochen. Sie hatten die Zustimmung zu einer verlangten Lohnkürzung für Neueinstellende verweigert. Die Postleitung plant noch in diesem Jahr 35000 bis 40000 Neueinstellungen, was etwa 5% der jetzigen Belegschaft von 600000 ausmacht. In den unteren Lohngruppen soll bis zu 40% weniger gezahlt werden. Die Gewerkschaften haben gegen dieses Vorgehen Klage erhoben. Sie vertreten, daß die Bestimmungen des alten Tarifvertrages gelten, bis ein neuer Vertrag in Kraft tritt.

Mit dem Abbruch der Verhandlungen haben die vier Postgewerkschaften alle Kürzungen abgelehnt, u.a.:

- Einfrieren der Gehälter für die nächsten drei Jahre
- verschiedene Kürzungen des Angeleichs der Gehälter an die Inflationsrate
- Kürzung des Nachtarbeitszuschlags
- Streichung der ersten acht Stunden im Krankheitsfall, was bedeutet, daß Arztbesuche vom Lohn abgezogen werden sollen
- Festschreibung der Beiträge des Dienstherren zur Krankenversicherung auf das Niveau vom Januar 1984.

Die Gewerkschaften fordern u.a. für das erste Jahr des Dreijahresvertrages eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um etwa 10%, für die beiden folgenden Jahre jeweils 4%, Verbesserung der Angleichszahlungen an die Inflationsrate und Zuschläge auf den Grundlohn für gestiegene Produktivität. Alle Lohnforderungen sind Festgeldbeträge auf den Grundlohn.

Die Postbeschäftigten setzen sich derzeit mit der Frage eines Streiks auseinander. Über 100 Funktionäre der größten Postgewerkschaft in den Staaten Pennsylvania, New Jersey und Delaware haben sich für Unterstützung eines Streiks ausgesprochen. Vor verschiedenen Hauptpostämtern führten Beschäftigte Protestaktionen durch. Vom 20. bis 25. August führen die beiden größten Gewerkschaften im Postdienst (über 500000 Mitglieder) ihren Gewerkschaftstag in Las Vegas durch, auf dem auch die Streikfrage zur Abstimmung stehen wird.

Nach dem Gesetz über den US-Postdienst von 1971 haben die Postbeschäftigten kein Streikrecht, sondern

müssen sich nach Scheitern von Verhandlungen einer Schlichtung unterwerfen. Spätestens 90 Tage nach Ablauf des alten Tarifvertrages muß ein Vermittlungsergebnis vorliegen. Die Postleitung hat eine Rechtsanwaltsfirma angeheuert, die für ihre "Beratungen" gegen gewerkschaftliche Arbeitskämpfe und Zerschlagung von gewerkschaftlicher Organisation bekannt ist. Alle Postleiter wurden angewiesen, die Postbeschäftigten zu bespitzeln und bei Aktionen wie Dienst nach Vorschrift oder gehäuften Krankmeldungen sofort einzugreifen. Der Oberste Postmeister hat seine Drohung bekräftigt, streikende Postarbeiter sofort fristlos zu entlassen. Gleichzeitig hat er auf einer Konferenz leitender Postangestellter diesen versichert, ein Einfrieren der Gehälter würde für sie nicht gelten, sie könnten 8,1% mehr erwarten. Gewerkschaftsführer der beiden großen Postgewerkschaften haben auf einer Pressekonferenz Anfang August zur Streikfrage Stellung genommen: ob legal oder illegal, Arbeiter, die derart in die Enge getrieben werden, haben das Recht und die Pflicht, ihre Arbeitskraft zu verweigern.

Es ist nicht auszuschließen, daß Präsident Reagan dem Kapital zeigen will, wie hartgesotten er weiterhin gegen die US-Arbeiterbewegung vorgehen gedenkt. In den dafür maßgeblichen Kreisen wird damit gerechnet, daß das Beispiel der entlassenen Fluglotsen dämpfend auf die Kampfbereitschaft der Postbeschäftigten einwirkt. Die Gewerkschaften im Postdienst können sich ausrechnen, daß sie die Unterstützung der gesamten US-Arbeiterbewegung brauchen werden. Auch die Demokraten müssen dann Farbe bekennen. — (her)

Großbritannien

PROPAGANDA-AKTION GEGEN BERGLEUTE

In dieser Woche wird vor britischen Bergwerken eine gut finanzierte und publizistisch fachmännisch begleitete Propagandaaktion beginnen. In Bezirken, die solide streiken, sollen Bergleute, die "unbedingt arbeiten wollen", in Zusammenarbeit mit den Managern der Bergwerke per Bus durch die Streikposten geschickt werden. Da die Streikposten dies nicht zulassen werden, hat die Polizei reichlich Vorwände zum Eingreifen. Das britische Wirtschaftsmagazin "Economist" schreibt offen, daß "die Kampagne der Bergleute, die gegen den Streik sind, jetzt gut organisiert ist und Zugang zu Geldmitteln sympathisierender Geschäftsleute hat". Die Aktion soll Belege für die Behauptung liefern, die Bergleute unterstützten den Streik nicht, die in der Regel durch die Lüge

ergänzt wird, es habe keine Urabstimmung gegeben. Es hat in allen Bezirken Urabstimmungen gegeben.

Seit Monaten behauptet der Chef der staatlichen Kohlebehörde McGregor, es gebe einen "Drift zurück zur Arbeit". Selbst der "Economist" schreibt, das sei "höchstens ein Tröpfeln". Nach Angaben des "Economist" arbeiten 48000 der 180000 Bergleute, 8000 mehr als im April.

Seit Monaten behaupten "Sun" und "Daily Express", die Frauen der Bergleute seien gegen den Streik. In der letzten Woche demonstrierten mehr als 20000 von ihnen in London, für den Erfolg des Streiks.

Die Probleme der Gewerkschaft NUM bestehen zur Zeit nicht darin, daß ihre streikenden Mitglieder oder deren Familien aufgeben würden. Schwieriger ist die Lage z.B. in den Häfen. In mehreren großen Häfen haben sich die Docker auf Sonderabmachungen mit Häfen oder Stahlwerken eingelassen und entladen, trotz Boykotts, Kohle und Erz. Die Unterstützung durch die Hafenarbeiter war aber immer von entscheidender Bedeutung im Streik.

Die Vorkommnisse in den Häfen tragen nicht dazu bei, die Ankündigungen einiger Gewerkschaften auf einen großen "Solidaritätsschlag" im Herbst glaubhafter werden zu lassen. Bekannt ist bisher nur, daß die Londoner Eisenbahner am 12. September streiken wollen. Über weiteres wird auf dem Kongreß des Gewerkschaftsbundes TUC geredet, der am 3. September in Brighton beginnt.

Dem Kongreß liegen Anträge auf Unterstützung der Bergleute in jeder Hinsicht vor — finanziell, politisch, direkt durch Streik. Aber andere Gewerkschaften haben Opposition angemeldet. Die Stahlarbeitergewerkschaft will die Koksversorgung der Hütten gesichert wissen. Die Elektrikergewerkschaft wird einen Ergänzungsantrag vorbringen, der die "Gewalttaten streikender Bergleute" verurteilt. Gelingt es dem Kongreß nicht, sich auf eine solide, durchführbare Unterstützungspolitik zu einigen, verschlechtert sich die Lage der Bergleute drastisch.

Quellenhinweis: Economist, 18.8., Financial Times, Socialist Worker, versch. Ausgaben — (hef)

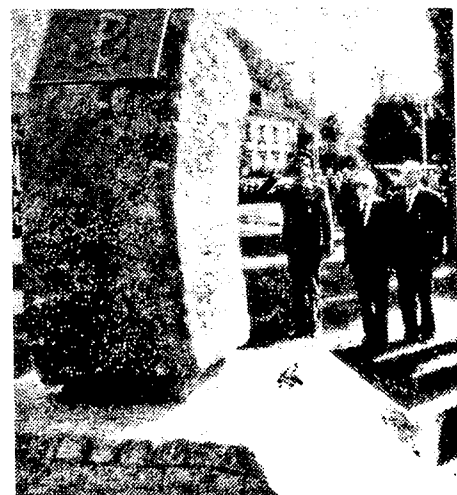
VR Polen

AMNESTIE IM RAHMEN EINER NATIONALEN SAMMLUNGSBEWEGUNG

Zum 40. Jahrestag der Gründung der VR Polen am 2. Juli 1984 verkündete der Sejm eine Amnestie. Sie ist die elfte und umfangreichste seit Bestehen der VR Polen, und sie wurde zügig in die Tat umgesetzt. Bis zum 5.8. 1984 wurden 35000 Straftäter, die wegen gewöhnlicher Delikte wie Diebstahl verurteilt worden waren, sowie 652 politische Häftlinge amnestiert. Eingeschlossen sind 25000 Fälle, in denen angestrenzte Verfahren niedergeschlagen wurden. Zugleich steht das Angebot an alle in den Untergrund gegangenen Mitglieder und Funktionäre der verbotenen Gewerkschaft "Solidarität", sich bis zum 31.12.1984 freiwillig zu stellen. Dann sollen sie straffrei ausgehen. Eingeschlossen sind diejenigen, die sich derzeit im Ausland aufhalten. Die Amnestie gilt auch für die vier Leitungsmitglieder des Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung (KOR), deren Prozesse bereits begonnen hatten. In der polnischen Presse wurde jedoch eine Kritikkampagne gegen die Ziele des KOR veranstaltet, die sie mit den Zersetzungsversuchen des westdeutschen Revanchismus in Verbindung bringt.

Die Amnestie, speziell die Entlassung der politischen Häftlinge, geschieht jedoch nicht bedingungslos. Vorgesehen ist, daß ihnen, wenn sie bis zum 31.12.1986 erneut straffällig

werden, ihre früheren Taten angerechnet werden. Die westdeutsche Presse ist wohl nicht berechtigt, sich moralisch zu entrüsten, denn knapp zweieinhalb Jahre Bewährungsfrist sind im Vergleich mit der Praxis westdeutscher Strafvollstreckung nicht besonders viel. Man muß aber feststellen, daß das geplante Verfahren bei dieser Bewährung unangenehm ist. Die Bedingungen sind nicht Teil des Gesetzes, sondern sind nur mündlich im Sejm mitgeteilt worden. Dadurch



Ministerpräsident Jaruzelski vor dem Denkmal zur Ehrung der Teilnehmer des Warschauer Aufstands



Vom 8. bis zum 12. August führte die Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe/Patriotische Front (ZANU/PF) ihren ersten Kongreß seit der Unabhängigkeit Zimbabwes durch. Der Kongreß faßte u.a. Beschlüsse zur Förderung der Landreform durch die ZANU/PF; zur Beschleunigung der Überführung ausländischen Kapitals in das Eigentum von Staat und Gemeinden; zum schnelleren Aufbau von Schulen. Der Kongreß beschloß, für die Änderung der bürgerlich-parlamentarischen Verfassung, die Abschaffung des Kammersystems, die Aufhebung der bürgerlichen Gewaltenteilung und die Beseitigung der Privilegierung der Weißen einzutreten und die Vereinigung mit allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften in der ZANU/PF anzustreben, um reaktionären Kräften im Inland und im Ausland besser standhalten zu können. — (uld)

URUGUAY: OPPOSITION SETZT WAHLEN DURCH

Am 25. November finden in Uruguay Präsidentschaftswahlen statt, 1985 wird eine verfassungsgebende Versammlung gewählt. Darauf haben sich am 3. August die seit 1973 regierenden Militärs mit den Oppositionsparteien, darunter der linken "Breiten Front", geeinigt. Die Militärdiktatur, vor der fast ein Fünftel der Bevölkerung ins Ausland geflohen ist, war in letzter Zeit durch Demonstrationen und Streiks unter Druck geraten. Jetzt mußten die Militärs den Wahlen und einer Teilamnestie für politische Gefangene zustimmen. Über einen "Nationalen Sicherheitsrat", der dem Präsidenten "zur Seite stehen" wird,

haben sie sich auch weiterhin maßgeblichen Einfluß gesichert. Von neun Mitgliedern des Rats werden drei Offiziere sein. — (ulg)

INDIEN: BUNDESREGIERUNG ABGESETZT

Im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh hat die indische Zentralregierung unter Ministerpräsidentin Gandhi den Chef-Minister Rama Rao abgesetzt. Die Maßnahme wurde damit begründet, daß Rama Rao das Vertrauen der Mehrheit verloren habe, weil mehrere Minister zurückgetreten waren. Als er im Parlament das Gegenteil beweisen wollte, war der Neue schon eingesetzt. Die Bevölkerung antwortete am 18.8. mit einem Generalstreik. — (cog)

KORSIKA: ERFOLG FÜR UN- ABHÄNGIGKEITSBEWEGUNG

Am 12.8. fanden auf Korsika die zweiten Wahlen zur Regionalversammlung statt. Das Ergebnis enthält drei bemerkenswerte Aspekte. Erstens: der von der BRD-Presse behauptete Wahlsieg der Rechten ist nicht eingetreten. Auf Konservative und Liberale (RPR/UDF) entfielen 37% (-6,1%) und 24 der 61 Sitze. Die PCF gewann 0,8% (jetzt 11,74%), Sozialisten und Linksliberale (PS/MRG) steigerten sich um 5,5%. Zusammen verfügen



35 Mitglieder der MCA in Haft

diese Parteien jetzt über 25 Sitze. Zweitens: die rechtsradikale Nationale Front (FN) erhielt 9,2% (sechs Sitze), v.a. von den 15000 auf der Insel angesiedelten ehemaligen Algerienfranzosen. Erste Aussagen deuten auf ein formelles Bündnis der Rechtsparteien hin. Drittens: die Bewegung für Selbstbestimmung (MCA) konnte über 7000 Stimmen (5,24%) auf sich vereinigen (drei Mandate), die Union des korsischen Volkes (UPC) kam auf das nahezu gleiche Ergebnis. Die MCA kann als politischer Arm der verbotenen Nationalen Befreiungsfront (FLNC) betrachtet werden. — (pel)

schaftt das Parlament einen Ermessensspielraum für Entscheidungen der Verwaltung. Die Amnestierten sind also nicht für unschuldig erklärt worden, sondern stehen unter öffentlicher Beobachtung. Dies hat hauptsächlich den Zweck, Bestrebungen, die Gewerkschaft "Solidarität" neu zu gründen oder in ihrem früheren Sinne tätig zu werden, zu unterdrücken. Ein kleiner Vorteil ist, daß die Amnestie auch mit diesen Bedingungen als Tat des Staates und nicht als Triumph der katholischen Kirche erscheint. Die Kirchenführung hatte sich angeboten, für die gute Führung der politischen Häftlinge zu bürgen und sie dadurch an sich zu binden. Dies war von elf Leitungsmitgliedern von "Solidarität" und KOR abgelehnt worden (s. Politische Berichte 13/84). Der polnische Staat scheint es auch vorgezogen zu haben, die Entlassenen für sich selber haften zu lassen.

Das Gebet, das das ehemalige Vor-

standsmitglied von "Solidarität", Anna Walentynowicz, anläßlich einer Feier zum Gedenken an den Warschauer Aufstand sprach, wirkte deplaziert: "Laßt uns für alle beten, die noch immer im Gefängnis sind. Laßt uns beten für die Jungens, die sich noch immer im Untergrund aufhalten, damit sie herauskommen und sich uns anschließen können." (Übersetzung FAZ) Erstens betete sie am 1. August, dem Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstands, der bis zum 2. Oktober 1944 dauerte und von den deutschen Faschisten niedergemacht wurde, ziemlich spät, denn die Amnestie war bereits wirksam. Zweitens muß man aus ihrem Gebet schließen, daß die Führer der "Solidarität", die nicht in den Untergrund gegangen waren, ein Interesse an dessen Auflösung haben. Dies muß als Anzeichen gelten, daß diese Form des illegalen Kampfes nichts für die Stärkung der Arbeiterbewegung genützt hat.

Die Amnestie ist keine isolierte Maßnahme der polnischen Regierung. Sie scheint Teil einer umfangreichen Befriedungsstrategie im Innern zur Sammlung aller erreichbaren Kräfte zu sein, um die Produktion merklich zu steigern. Nach den Feiern zum Gründungstag der VR Polen ließ die Regierung nicht nur Feiern zum Jahrestag des Warschauer Aufstands zu, sondern sie schritt noch nicht einmal gegen Kräfte ein, die die Feier zur speziell gegen die UdSSR gerichteten Kundgebung nutzten, indem sie die Lüge von den durch die Rote Armee bei Katyn gemordeten Polen aufwärmten und zugleich unter Hochrufen auf die "Solidarität" ein Holzkreuz aufrichteten. Offiziell wurde ein Stein zum Gedenken an die "Aufständischen" errichtet. Die Regierung hatte dieses Denkmal genehmigt, aber ein anderes geplantes, das an den "Aufstand" erinnern sollte, verboten und das Komitee, das es aufstellen

STUDENTENERHEBUNGEN IN AZANIA

Mehr als 20000 Schüler und Studenten in Azania (Südafrika) boykottieren den Unterricht. Sie fordern u.a. die Abschaffung der Prügelstrafen für schwarze Schüler und die Anerkennung von Schülervertretungen. 1000 Studenten der Universität Zululand bestreiken ihre Vorlesungen, die Uni wurde geschlossen. Am 16.8. erschöß die Polizei in der Nähe von Pretoria einen demonstrierenden Studenten mit einem Plastikgeschöß, das zweite Opfer in wenigen Tagen. — (hef)

RONALD REAGANS "BOMBEN" WITZ

"Präsident Reagan liebt derbe Witze", befand die Bild-Zeitung. Auch Reagan fand, er habe einen Witz gemacht, als er vor einer Rundfunksendung zum Besten gab, er habe soeben ein Gesetz unterzeichnet, das Rußland "für immer vogelfrei" erkläre. Reagan weiter: "Wir beginnen in fünf Minuten mit der Bombardierung." Der Mann ist ungefähr so witzig wie Kohl, wenn der öffentlich Judenwitze reißen würde, oder Zimmermann mit Türkenwitzen. Das muß auch Regierungssprecher Boenisch gedacht haben, als er erklärte, er werde diesen Witz "nicht weiter erzählen". Mit Kriegen und Kriegszielen spaßt man nicht, das stört bei der Anhanggewinnung, soll das heißen. Schließlich haben die westdeutschen Imperialisten die Bundeswehr auch nicht zum Possenreißen aufgebaut, sondern für einen Angriffs- und Eroberungskrieg gen Osten. Dem republikanischen Parteikonvent liegt derweil, von der bürgerlichen Presse fast unbeachtet, eine Wahlplattform vor, die aufruft, die USA müßten stark genug sein, um in einem Krieg gegen die UdSSR "eindeutig den Sieg davonzu-

tragen". Schon 1980 hat Reagan mit einem solchen Programm kandidiert. Seitdem haben die USA teuer gerüstet, die BRD ebenso. So ist an Reagans Witz viel Wahres: Er beschreibt ein gemeinsames Kriegsziel. — (rül)

USA: GERICHT VERBIETET PAN AM-STREIK

Als am Mittwoch letzter Woche die Transportarbeiter-Gewerkschaft und die Teamster-Gewerkschaft ihren Streik gegen die US-Fluggesellschaft Pan Am aufnahmen, verbot noch am selben Tag das US-Distriktsgericht

von New York den Streik der Transportarbeiter-Gewerkschaft. Die Gewerkschaften hatten ihren Streik begonnen, um die Kapitalisten zu zwingen, ihre Entscheidung, die Rentenauszahlungen einzufrieren, zurückzunehmen. Die US-Bundesaufsichtsbehörde für die Rentenkassen hatte zuvor der Fluggesellschaft zugestanden, die Einzahlungen in die Kasse für zwei Jahre einzustellen und die Auszahlungen auf dem gegebenen Stand einzufrieren. Nach dem Gerichtsverbot hoben die Gewerkschaften den Streik auf. — (gba)



Am 12. August erschossen Polizisten in Belfast aus kürzester Nähe mit Plastikgeschossen Sean Doves, Teilnehmer einer republikanischen Demonstration gegen die britische Besetzung Nordirlands. Die Demonstration fand am 14. Jahrestag der Einführung von Internierungen ohne Gerichtsverfahren statt, mit der die britischen Imperialisten vier Jahre lang, zwischen 1971 und 1974, "IRA-Verdächtige" monatelang festhielten. An der Demonstration nahm Martin Galvin teil, führendes Mitglied der Irland-Unterstützungsorganisation NORAID aus den USA. Die britische Regierung hatte Galvin die Einreise verboten, Sinn Fein antwortete, Galvin — der irischer Staatsbürger ist — habe mehr Recht, in Belfast zu sein, als Irlandminister Prior. Der brutale Polizeieinsatz galt Galvins Festnahme. Ein Mann wurde getötet, 20 weitere verletzt, vier davon schwer. Die Polizei konnte Galvin nicht festnehmen. Nordirland-Minister Prior kündigte inzwischen seinen baldigen Rücktritt an. — Die Plastikgeschosse sind von der gleichen Art, wie westdeutsche Länderpolizeien sie einführen wollen. Mehr als 15 Menschen sind damit bisher in Nordirland von britischen Polizei- und Armeeeinheiten umgebracht worden. — (hef)

wollte, aufgelöst. Vor dem Stein für die "Aufständischen" erschien Ministerpräsident Jaruzelski zur Ehrung.

Die westdeutsche Presse konnte mit ihren Spekulationen, die Amnestie sei ein Verzweiflungsakt der polnischen Regierung, um die politische und wirtschaftliche Isolierung, die die westlichen imperialistischen Staaten betrieben hatten, zu durchbrechen, nicht recht landen. Denn die in den polnischen Medien und von Regierungsorganen entfaltete Kampagne gegen den westdeutschen Revanchismus ertötete die Vorfreude, Polen um bessere Beziehungen bitten zu sehen. Zum erstenmal wurde von der polnischen Regierung die Entschließung des Bundestages zu den Verträgen von Moskau und Warschau vom 17.5.1972, durch die die Verträge zu einem Fetzen Papier erklärt werden, der bei der nächsten Gelegenheit dem Wiedervereinigungsziel und der Wiederherstellung des Deutschen Reiches dem

Grundgesetz entsprechend geopfert wird, direkt angegriffen: "In der Epoche der Regierungen von Brandt und Scheel wurde das juristische Gewebe des Revisionismus geschaffen. Damals, am 17. Mai 1972, und nicht heute hat der Bundestag auf seine Art und Weise den Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen mit Polen interpretiert und das in Frage gestellt, was von der Bundesrepublik Deutschland unterschrieben worden ist. Damals wurde nicht erwähnt, daß diese Resolution im krassen Widerspruch zur Wiener Konvention über das Vertragsrecht steht." Werner Marx (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, nahm in der FAZ am 1.8.1984 dagegen Stellung. Er bekräftigte, daß die mit der Entschließung geleistete Interpretation der Verträge alle Staatsorgane in der BRD binde. Sie sei der Wiener Konvention entsprechend ein "ergänzendes Auslegungsmittel", um die

"Bedeutung ... zu bestimmen, wenn die Auslegung nach Artikel 31 die Bedeutung mehrdeutig oder dunkel läßt oder zu einem offensichtlich sinnwidrigen oder unvernünftigen Ergebnis führt".

Genscher, der sich danach gedrängt hatte, als erster NATO-Minister nach Aufhebung des Kriegsrechts in die VR Polen zu reisen, muß jetzt nach dem Willen der polnischen Regierung Schlange stehen. Sie verwies ihn auf einen Platz hinter die Außenminister solcher neutraler Länder wie Österreich und Finnland und hinter die zur Visite angemeldeten Außenminister Italiens und Griechenlands. Die in der westdeutschen Presse verbreitete Hoffnung, Polen möge bald seine "Mittlerrolle zwischen Ost und West" wieder einnehmen, wurde herb enttäuscht.

Quellenhinweis: FAZ vom 20.7. bis 6. 8.1984; Herder-Korrespondenz 5/84, 6/84; Perspektywy 32/84 — (anl)

Öffentlicher Dienst Bayern

RATIONALISIERUNGSERFOLGE DER STAATLICHEN DIENSTHERREN SIND BEACHTLICH

München. Im Frühjahr 1984 hat die Gewerkschaft ÖTV eine bundesweite Aktion gestartet für ein "humaneres Gesundheitswesen". Im April wurden von der Kreisverwaltung Nürnberg der ÖTV Gesundheitstage veranstaltet. Bei einem Forum forderte B. Thiel, Pflegedirektor des städtischen Krankenhauses Nürnberg, des größten kommunalen Krankenhauses in Europa, "mehr Personal einzustellen. Die Pflegekräfte müßten normale Arbeitszeiten einhalten können. Die Stationen seien zu verkleinern, damit die Mitarbeiter nicht ständig das Gefühl haben, überfordert zu sein. Pflegekräfte und Ärzte sollten über die Schwierigkeiten der Patienten ausführlich diskutieren. Qualifizierte Fortbildung sei zu garantieren".

Demgegenüber bringen die staatlichen Dienstherren Erfolgsmeldungen. Zum Jahreswechsel äußerte sich der Personalreferent Dr. Frieling vor dem Stadtrat in München: "Vor einem Jahr konnte ich Ihnen berichten, daß für 1983 keine neuen Stellen angemeldet werden. Dabei wird es auch für 1984 bleiben." Das Motto des Haushaltsplans 1984 lautete wie im Vorjahr: "Sparen um zu investieren". Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben sinkt von bisher 32,25% auf 31,93%, diese 581 Mio. DM wurden dem Vermögens- bzw. Investitionshaushalt zugeführt. Material des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung beweist diese Sparpolitik. Rationalisierungen wurden durchgeführt vor allem für das vollzeitbeschäftigte Personal im Arbeiterbereich. Allein bei der Bundesbahn wurden seit 1973 rund 1900 Stellen abgebaut. Gleichzeitig wurde die Teilzeitbeschäftigung ausgeweitet, innerhalb von 1981 auf 1982 war eine Zunahme von 6500 Teilzeitkräften.

Die Post hat in diesem Zeitraum schon um über 900 Teilzeitstellen aufgestockt. Die Zahl mit weniger als der Hälfte der üblichen Arbeitswochenzeit wird in Bayern auf etwa 3700 geschätzt, wovon rund 90% bei der Post arbeiten und ausschließlich Frauen davon betroffen sind.

Im Krankenhaus macht sich diese Personalrationalisierungspolitik etwas anders bemerkbar. Das Bayerische Staatliche Rechnungsprüfungsamt hat in einem Schreiben an die Verwaltung des Klinikums Großhadern in München die Abgruppierung von 20 namentlich aufgeführten Arbeitern verlangt. Es handelt sich hierbei um Facharbeiter in MTL 8, 8a und 9, die teilweise schon zehn Jahre am Klinikum arbeiten. Begründet wird dies damit, daß die Arbeiter nicht die in dem Tätigkeitskatalog verlangten Arbeiten und auch Qualifikationen erfüllen würden. Schon heute steht fest, daß Neueinstellungen in diesem Bereich in

MTL 6 eingruppiert werden, mit Aufstieg nach acht Wochen in MTL 7.

Trotz längerem Urlaub und der Erweiterung des Mutterschutzes auf ein halbes Jahr wurde der Personalstand bei steigendem Arbeitsvolumen konstant gehalten. In der Kinderchirurgie im städtischen Krankenhaus Schwabing ist durch spezielle Operationen und Untersuchungsmethoden allein im Operationsbereich die Arbeit bis zu 30% angewachsen. Der Stellenplan hat sich dadurch nicht geändert, neue Dienstpläne mit geänderten Arbeitszeiten wurden eingeführt.

Es gibt jetzt eine Spätschicht für zwei Krankenschwestern, der Wochenenddienst wurde ausgeweitet, er geht von Freitagnachmittag bis einschließlich Montagnachmittag. Während der Nacht wird der Volldienst durch Bereitschaftsdienst unterbrochen. Der Nachtdienst unter der Woche soll ebenfalls mit der Zeit in einen Bereitschaftsdienst umgewandelt werden, damit die Krankenschwester auch tagsüber zur Verfügung steht.

Quellenhinweis: ÖTV-Magazin Nr. 6, Statistische Berichte: Der Personalstand im Öffentlichen Dienst in Bayern am 30. Juni 1982. — (elw, irf, rul)



Die Gewerkschaft ÖTV wirbt im Krankenhaus.

LAGERHAFT FÜR PUNKS

Hannover. Faschistische Schlägerbanden wollten am 4.8. das Punkertreffen in Hannover auseinandertreiben. Das scheiterte vollständig. Jedoch ermöglichten massive Prügeleinsätze der Polizei einen Umzug dieser faschistischen Banden. Im folgenden Auszüge aus einer "Gemeinsamen Erklärung des UJZ Glocksee, des Antifaschistischen Aktionsbündnisses und hannoverscher Punks" gegen die wilde Hetze in der Lokalpresse:

"... Das Auftreten von 150 rechtsradikalen Skinheads, Fußballfans und ANS-Mitgliedern und der Polizeieror gegen die Jugendbewegung der

Punks werden weitgehend verschwiegen. Tatsächlich

— drohte die Polizei in einem Flugblatt: "Ihre Absichten sind uns bekannt... Recht und Gesetz gelten für jeden. Wir werden das durchsetzen." Konkret sah das so aus, daß wahllos Punks festgenommen, ihnen u.a. Nieten Gürtel und Zierketten abgenommen wurden usw. Schon lange vor dem Samstag wurde so durch kleinliche Schikane und ständige Leibesvisitationen das Klima angeheizt. Allein bis Freitagabend gab es 90 Festnahmen...

— ließ die Polizei die ca. 150 Faschisten mit Hitler-Grüßen durch die Stadt laufen. Wenn Antifaschisten und Punks versuchten, dies zu verhindern,

griff die Polizei ein — gegen die Punks und andere Antifaschisten.

— wurde ab ca. 1 Uhr die Glocksee (Jugendzentrum) zum Internierungslager. Niemand durfte das Zentrum verlassen, in der Nähe aufgegriffene Punks wurden in die Glocksee gebracht und dort festgesetzt. Ca. 500 Jugendliche, darunter 14- und 15-Jährige, wurden so bis ca. 8 Uhr festgehalten. Bis heute kann die Polizei keine Rechtsgrundlage für diese Maßnahmen nennen... Zusammenfassend stellen wir fest: Das Vorgehen der Polizei muß als Notstandsübung gegen die Punks und andere Antifaschisten gewertet werden." Gegen die Internierung werden rechtliche Schritte eingeleitet. — (mak)

FRANKFURTER APPELL KÖLNER VORBEREITUNGEN

In Köln wird die Ankunft des "Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik" vorbereitet. Der Marsch soll mit einer Demonstration empfangen werden, zu der auch die GEW aufruft. Verschiedene Initiativen, Kulturgruppen und Aktionseinheiten werden jeweils mit eigenen Beiträgen mobilisieren und auch die Demonstration gestalten. Am 1. September wird im Rahmen der DGB-Aktion Friedensdorf ein Ausländeramt aufgebaut, das auf die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter hinweisen soll. Auf der nächsten Plenumsitzung wird der Aufruf der türkischen und kurdischen Organisationen zur Demonstration zum Jahrestag des Militärputsches in der Türkei am 8.9. in Köln besprochen. — (eve)

FRANKFURTER APPELL: AKTIONEN IN HAMBURG

Hamburg. Am 1.10. werden Aktionen (Aufruf des Frankfurter Appells) in Hamburg stattfinden. Das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis plant die Durchführung. Im DAAB sind revolutionäre Organisationen (u.a. KB), die GAL, die Volksfront, DKP, verschiedene Initiativen und mehrere ausländische Organisationen tätig. Eine Arbeitsgruppe erstellt eine Dokumentation über die Anwendung der Ausländergesetze. Für den 1.10. sind eine Kundgebung vor der Ausländerbehörde und ev. Demonstration geplant. — (güt)

AKTIONSEINHEIT FRANKFURTER APPELL

München. Am 8.8.1984 fand in München eine Beratung über die örtlichen Aktivitäten gegen den Zimmermann-Gesetzentwurf statt. Vertreten waren: ATIF, DIDEF, Komitee fortschrittlicher Iraner, Organisation der iranischen Demokraten im Ausland, Mitglieder des Anti-Strauß-Komitee, Bund Deutscher Pfadfinder, Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD, Demokratische Sozialisten, DKP, FAU/Anarchosyndikalisten, Theatergruppe "Die Vaterlandslosen" sowie die Volksfront. Beschlossen wurde, daß am 29. September, dem Beginn des Süd-Marsches gegen Rassismus und ausländerfeindliche Politik, ein Aktionstag stattfindet. Die Schandtaten der örtlichen Reaktion in Sachen Ausländerpolitik sollen dokumentiert werden, der Gesetzentwurf der Grünen zum Niederlassungsrecht soll diskutiert werden. Am 12. September wird eine Aktion zum Faschismus in der Türkei und den Interessen der BRD durchgeführt. Die Grünen wollen am 28. September eine Veranstaltung zum Niederlassungsrecht machen, und im Stadtrat wird das Thema Ausländerpolitik ebenfalls verhandelt. — (dil)

DEMONSTRATION ZUM JAHRESTAG DER MACHT- ERGREIFUNG DER JUNTA IN DER TÜRKEI

Samstag, 8. September, Köln, 10 Uhr, Ebertplatz

Am 8. September wird in Köln eine bundesweite Demonstration anlässlich des Jahrestages der Machtergreifung der Junta in der Türkei stattfinden. Darauf haben sich zahlreiche türkische Organisationen geeinigt und rufen mit zwei Aktionseinheits-Aufrufen zu der Demonstration auf. Mehrere westdeutsche Organisationen haben ihre Unterstützung angekündigt. Eine aktive Beteiligung möglichst vieler westdeutscher Teilnehmer würde zum Erfolg beitragen. Bereits im April haben BWK, KPD und FAU/R in einem Brief an den Volksfront-Bundeskongreß erklärt, die bundesweiten Aktivitäten wieder unterstützen zu wollen. Die Volksfront ruft auf, sich an der Demonstration zu beteiligen.

Auszüge aus den Aktionseinheits-Aufrufen

Am 11. September 1980 begann in der Türkei, unter dem Kommando der NATO-Südoststreitkräfte, das Manöver "Anvil Express". 3000 Soldaten der NATO-Alliierten, u.a. die BRD, haben an diesem Manöver teilgenommen. Ein Tag danach, am 12. September 1980, ergriff die faschistische Militärjunta in der Türkei die Macht ... Die politischen Parteien, DISK (Gewerkschaftsbund) mit 500000 Mitgliedern, Töb-Der (Lehrerverband) mit 150000 Mitgliedern, der Friedensverein und alle anderen demokratischen Organisationen sind immer noch verboten ... Die 12 Millionen Kurden in der Türkei sind ihrer elementarsten Rechte beraubt. ... Die Vorbereitungen für die Stationierung der US-Raketen mit nuklearen Sprengköpfen in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan sind im Gange. Damit ist unser Land zum Waffenarsenal und Sprungbrett der USA gegen die sozialistischen und anderen Nachbarländer in dieser Region geworden. Der Einmarsch der türkischen Truppen während des NATO-Manövers "Adventure Express 83" in Irakisch-Kurdistan und die Ausrufung der sogenannten türkischen Republik im nördlichen von der Türkei besetzten Teil Zyperns zeigen den aggressiven Charakter der faschistischen Diktatur in der Türkei ... Die Bundesregierung, die die Türkei finanziell, politisch und militärisch unterstützt, trägt andererseits durch ihre Äußerungen und Praxis entscheidend und immer stärker zu einem ausländerfeindlich geprägten Klima bei. Durch das geplante Ausländergesetz beabsichtigt die Bundesregierung, die Rechte der Ausländer weiter einzuschränken, die Ausweisungspolitik und Auslieferungspraxis zu verschärfen.

- Gemeinsam gegen die faschistische Diktatur in der Türkei
 - Schluß mit der rassistisch-chauvinistischen Unterdrückung des kurdischen Volkes
 - Freiheit für die politischen Gefangenen, Generalamnestie
 - Nein zur Stationierung der US-Atomraketen
 - Stoppt die Türkei-Hilfe der Bundesrepublik
 - Nein zu den neuen Ausländergesetzen
- Organisationen: Ala Rızgari; Birlik Yolu; KKDK; KOMKAR; Kürdistanlı Devrimciler; Kurdkom (KKDK-KHE); Symp. von Tekosin.

Am 12. September 1980 übernahm wieder einmal die Armee die Macht, um im Namen des Imperialismus und der herrschenden Klassen die Zukunft zu sichern ... Die faschistische Diktatur versucht, zusammen mit den legalen Parteien, die nach dem von ihr selber erlassenen Grundgesetz zugelassen sind, im Namen der "Demokratie" einen offiziellen Staatsterror zu legalisieren. Indem sie in jeden Bereich der türkischen Gesellschaft eingreift, möchte sie die gesamte Gesellschaft faschisieren (...)

5.) wir wenden uns gegen jede Art von Unterstützung und Aufrechterhaltung der faschistischen Diktatur durch die Angriffsorganisation NATO, die durch die USA und die BRD geführt wird, sowie durch den Gesamtimperialismus ... 7.) In der BRD verteidigen wir die Einheit der einheimischen und ausländischen Arbeiter und ihren gemeinsamen Kampf gegen die steigende Arbeitslosigkeit, gegen die durch die staatliche Politik fortwährende Beschneidung sozialer und demokratischer Rechte, gegen die in einem gefährlichen Ausmaß anwachsende Ausländerfeindlichkeit, gegen das sich in Vorbereitung befindliche neue Ausländergesetz, gegen die Einschränkung des Asylrechtes und gegen die Aggressionen der Neo-Nazis und reaktionären Kräfte (...)

5.) Für uneingeschränktes Streikrecht, das Recht auf Tarifverträge und uneingeschränkte gewerkschaftliche Organisation!

6.) Keinerlei politische, militärische und ökonomische Unterstützung für die faschistische Diktatur!

7.) Nein zum neuen Ausländergesetz! Aktives und passives Wahlrecht für Ausländer! ...

Es lebe der revolutionär-demokratische Kampf unserer Völker!

Die die Demonstration vorbereitenden Organisationen: Av. Dev-Genc, ATIF, Devrimci Isci, DIDEF, Devrimci Kurtulus, Iscinin Sesi, Partizan, Proleter Dayanisma, Roja Welat

Teilnehmende Organisationen: Kurtulus, Denge Komal

Sozialhilfe

"PROBLEMGRUPPEN"? – IN DIE SOZIALHILFE FALLEN DIE SCHLECHTESTBEZAHLTEN ARBEITER

Freiburg. Zwischen 1980 und '82 – den beiden letzten Totalerhebungen der Sozialhilfe – ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger in Baden-Württemberg um 15000 auf 232000 oder 2,5 % der Bevölkerung gestiegen. Dies bedeutet eine Steigerung um 7 % in zwei Jahren, gegenüber 1970 sogar um über 60 %. In den gleichen zwei Jahren sind die Kosten der Sozialhilfe sehr viel stärker gestiegen, um 21,6 % auf 1,7 Mrd. DM allein in Baden-Württemberg.

Vor allem dies ist der Bourgeoisie ein Dorn im Auge. Daher werden unter dem Titel "Entlastung der Sozialhilfeträger" verschiedene Vorschläge zur Kostensenkung in Umlauf gesetzt. So sorgen sich alle Bundestagsparteien

auf einmal um die pflegebedürftigen Rentner, deren Anteil an der Sozialhilfe allein 45 % ausmacht: Die CDU weint Krokodilstränen über die "unerträgliche Demütigung", die es für die alten Leute bedeutet, wenn sie "nach einem arbeitsreichen Leben" der Sozialhilfe zur Last fallen. Im Klartext: mehr Pflege zu Haus durch die Angehörigen. Dafür ist auch die SPD, zusätzlich aber noch für eine Pflegeversicherung, die von Lohnabhängigen und Kapitalisten zu finanzieren wäre. Die GRÜNEN sind für eine vollkommene Abwälzung der Kosten auf die Massen mittels einer Wertschöpfungssteuer.

Im Verfolg dieser und ähnlicher Anliegen hat das Statistische Landesamt im April eine Untersuchung angestellt, "welche Maschen des sozialen Netzes besonders strapaziert werden". Auf dieser Suche nach "Problemgruppen" stellt es z.B. fest, daß "die Gruppe der Arbeitslosen" unter den Empfängern zunimmt; daß "die älteren Frauen" häufiger vertreten sind als die alten Männer (weil die früher sterben); daß "die Ausländer" mit 11,2 % der Empfänger über ihrem Bevölkerungsanteil von 10 % liegen – kurz, es lotet aus, welche "Gruppe" als nächste der kostensenkenden Fürsorge des Staates bedarf.

Dabei hat das Statistische Amt selbst eine Karte veröffentlicht, die dieser Betrachtungsweise völlig widerspricht (s. Bild unten). Die Karte zeigt deutlich, wo die Sozialhilfeempfänger konzentriert sind: in den Industriezentren. Den Statistikern im Beamtenstand gibt die Karte nur Rätsel auf: Ist es die Anonymität der

Großstadt, die die Menschen ins Elend treibt? Ist es vielleicht nicht gerade umgekehrt ihre besondere Attraktivität, die die Sozialhilfeempfänger anzieht?

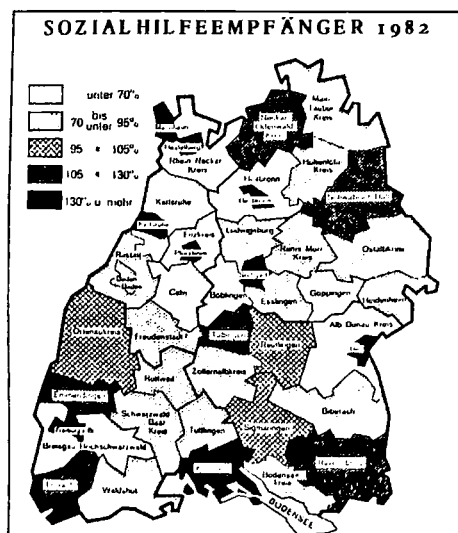
Die Schwierigkeit des Landesamts rührt daher, daß die Konzentration der Armut in den großen Städten nicht auf das Überwiegen einer bestimmten "Problemgruppe" reduziert werden kann. Die Tabelle zeigt dies beispielhaft für die beiden Städte mit dem höchsten Anteil an Sozialhilfeempfängern. Keine der aufgeführten Ursachen kann allein für die hohe Zahl von Sozialhilfeempfängern in Mannheim oder Freiburg verantwortlich gemacht werden. Vielmehr liegen beide Städte bzgl. aller Gründe um rd. 100 % über dem Landesdurchschnitt.

Das rechte Schaubild gibt einen ersten Hinweis darauf, was die wirkliche Ursache für das Elend in den großen Städten ist: In den Stadtkreisen besonders häufig vertreten sind die Einkommensgruppen zwischen 6000 und 12000 DM Jahreseinkommen (also die Gruppen mit unstetiger oder Teilzeitbeschäftigung und die untersten Frauenlöhne). Es ist die weit unter Wert gekaufte, mit überdurchschnittlicher Intensität vernutzte Arbeitskraft, die – frühzeitig verschlissen – in allen Sparten des "Sozialen Netzes" den Bodensatz bildet. Ihre Entsprechung findet die Konzentration der Armut bei den oberen Mittelklassen und "freien Berufen": Die Einkommen über 50000 DM im Jahr sind in den Städten um 46 % häufiger vertreten als in den Landkreisen. – (wos)

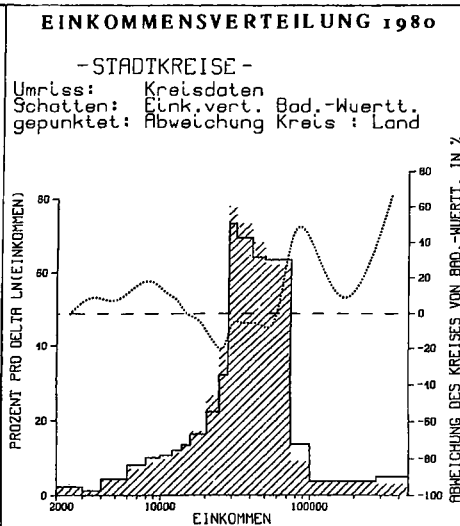
Sozialhilfeempfangende
Haushalte auf 1000 Ein-
wohner nach Ursachen

Ursache	Ba-Wü	Mann- heim	Frei- burg
Arbeitslosigkeit	2,2	4,8	6,0
geringe Rente	2,1	5,6	4,0
Krankheit	1,0	2,1	1,9
Ausfall oder Tod des Ernährers	0,9	1,3	1,0
geringer Lohn	0,6	1,0	1,2
sonst. Gründe *)	3,0	10,0	7,0
zusammen	9,9	25,0	21,1

*) z.B. arbeitslose Jugendliche, Rentenantragsteller, Asylanten; die Tabelle umfaßt nicht die Pflegefälle und Behinderten.



Links: Sozialhilfeempfänger in den 44 Kreisen Baden-Württembergs in Prozent des Landesdurchschnitts (= 25 Empfänger auf 1000 Einwohner). Schwarz gezeichnet sind die Kreise, die mehr als 30 % über dem Landesdurchschnitt liegen: alle Stadtkreise außer Baden-Baden und der Landkreis Konstanz. – Rechts: Einkommensverteilung in den 9 Stadtkreisen lt. Einkommensteuerstatistik 1980.



Hessen/Landtag

NEUES PERSONAL- VERTRETUNGSGESETZ

Wiesbaden. Am 6. Juli hat der Hessische Landtag das Gesetz zur Änderung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes gegen die Stimmen von CDU und FDP beschlossen. In vielen Punkten ist den Forderungen des DGB Rechnung getragen worden. Die GRÜNEN hatten die DGB-Forderungen vollständig übernommen.

Im wesentlichen geht es um Erweiterung von Mitbestimmungsrechten bei Rationalisierung und Personalinformationssystemen. Allein bei der Stadt Frankfurt wurden in den Haushaltsplänen 1982 und 83 ca. 100 Arbeitsplätze gestrichen und eine sechsmonatige, dann eine neunmonatige Wiederbesetzungssperre eingeführt.

Mitbestimmungsrechte sind erweitert worden bei:

– "Verwaltungsanordnungen für die innerdienstlichen sozialen und persönlichen Angelegenheiten"; (§ 57a)

– "Bestellung und Abberufung von Datenschutzbeauftragten, Fachkräften für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragten..."; (§61,1)

– "Einführung, Anwendung, Änderung oder Erweiterung von automatisierter Verarbeitung personenbezogener Daten der Beschäftigten, von sonstigen technischen Einrichtungen, soweit diese dazu geeignet sind, das Verhalten oder die Leistung der Beschäftigten zu überwachen" (vorher nur: "Einführung und Anwendung technischer Einrichtungen, die dazu bestimmt sind..."); (§61,1)

– "Festlegung von Verfahren und Methoden von Wirtschaftlichkeits- und Organisationsprüfungen, Einführung von technischen Rationalisierungsmaßnahmen, die den Wegfall von Planstellen oder Stellen zur Folge haben, sowie Vergabe oder Privatisierung von Arbeiten oder Aufgaben, die bisher durch die Beschäftigten der Dienststelle wahrgenommen werden. Bei der Einführung technischer Rationalisierungsmaßnahmen sind dem Personalrat zugleich die personellen, gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen umfassend darzulegen. Dies gilt auch bei probe- und versuchsweiser Einführung neuer Techniken und Verfahren." (§66,1) Hier wurde von der DGB-Forderung abgewichen, da nur von technischen Rationalisierungsmaßnahmen die Rede ist. Des weiteren hatte der DGB Mitbestimmung gefordert bei: "allgemeinen Maßnahmen der Personalplanung und -lenkung, Erstellung und Veränderung von Organisationsplänen, Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung, Installation betrieblicher und Anschluß an öffentliche Informations- und Kommunikationsnetze", beschlossen wurde aber nur die Mitwirkung.

Neu ist ferner: Bei Verstößen des Dienstherrn gegen das HPVG kann der Personalrat gerichtlich vorgehen (§92,2), und: Mitglieder in Stufenvertretungen haben Rechtsanspruch auf Mindestfreistellung (§53,2).

Die CDU fürchtet eine "Lähmung" der Behörden sowie die Beeinträchtigung der "Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Kreditinstitute" und will das Gesetz anfechten. – (udi)

Evangelische Kirche

SPENDEN, UM JUGENDLICHE AUSZUBEUTEN

Bielefeld. Die evangelische Kirche in Bielefeld hat einen für die heutige Zeit als besonders gut geltenden Zweck, "Solidarität mit den Arbeitslosen", auf ihre Klingelbeutel geschrieben. Der Erfolg läßt sich bereits sehen: Eltern bezahlen den Lohn von Erzieherinnen in einigen evangeli-

schen Kindergärten. Die "Gemeindebasis" eines Bielefelder Pfarrbezirks soll den Lohn für einen Gemeinde-Sozialarbeiter aufbringen und hat um den dortigen Klingelbeutel herum sogar einen Verein gegründet.

Das alles verläßt angesichts der Idee des Beirats der Geschäftsleitung des evangelischen Johanneswerks in Bielefeld, sowohl was den "guten Zweck" angeht wie auch die Beitreibung der Mittel: Um Schulabgängern, denen sonst Arbeitslosigkeit droht, einen Ausbildungsplatz in einem der in



Keine leichte Arbeit als Praktikant im Krankenhaus oder anderen "gemeinnützigen Einrichtungen"

ganz NRW bestehenden Alten- und Schwerbehindertenheimen sowie in Krankenhäusern des Johanneswerks zu finanzieren, sollen die "lieben Mitarbeiter" (etwa 3 500) ihr Urlaubsgeld spenden. Aber auch kleinere Spenden wären willkommen, so der Beirat der Geschäftsleitung, auch von Freunden des Johanneswerks.

Die Ausbildungsplätze sind Vorpraktikantenstellen, auf denen Real-schulabgänger ein Jahr lang für 200 DM pro Monat in Altenheimen, Schwerbehindertenheimen, Kindergärten und Krankenhäusern oder in Großküchen schuften müssen, um die Voraussetzung für eine Ausbildung als MTA, Krankenschwester, Erzieherin o.ä. zu ergattern. 4 800 DM pro Jahr veranschlagt das Johanneswerk für eine solche Stelle.

Erfreulicherweise ist der Spendenaufruf von Anfang der Sommerferien vor allem bei den weniger Verdienenden auf Ablehnung gestoßen. Knapp 12 000 DM sind bis jetzt gesammelt. 80 Vorpraktikanten könnten neu eingestellt werden. Da reicht's nicht weit. Aber bekanntlich kommt nach dem Missionar die staatliche Gewalt, um die noch Ungläubigen mit Feuer und Schwert zu überzeugen. Norbert Blüm brauchte man bestimmt nicht treiben, derartige christliche Nächstenliebe in Gesetzesform zu fassen. Wenn die Kirche die moralische Tauglichkeit dieser "Solidarität" getestet hat, wird er sich dranwagen. – (wok)

Druckmaschinenbau

AUSBAU DER SCHICHT- UND SAMSTAGSARBEIT

Augsburg. Angesichts einer Steigerung des Auftragseingangs um 50% im abgelaufenen Geschäftsjahr läßt der Vorstand von MAN-Roland verlauten: Mit Investitionen in moderne Fertigungstechnologie werde der Augsburger Produktbereich Rollenmaschinen "die führende Position im Rollen-Druckmaschinenbau" in Europa weiter stärken.

Die Umrüstung des Maschinenparks auf CNC wird systematisch weiterverfolgt. Punktuell wird von 2-Schicht- auf 3-Schicht-Betrieb ausgedehnt. Neuaufgestellte CNC-Maschinen werden in der Regel von Anfang an im 3-Schicht-Betrieb gefahren; die dafür nötigen Bedienungsmannschaften werden z.T. im Werk zusammengefasst, oftmals setzen sie sich jedoch aus übernommenen Lehrlingen oder Neueingestellten zusammen, die grundsätzlich ihre Bereitschaft zur Arbeit in drei Schichten erklären müssen. Bei steigendem Arbeitsanfall werden dann im 2-Schicht-Betrieb zehn Stunden gefahren (z.B. 6-16 Uhr / 16-2 Uhr) und im 2- und 3-Schicht-Betrieb von der Frühschicht noch der Samstag verlangt.

Stillstand großer CNC-Maschinen heißt für Reparaturschlosser, Elektriker, Einsteller selbstverständlich Samstags- und auch Sonntagsarbeit. Wie auch bei sogenannten "echten Engpässen" in der Bearbeitung ohne großes Federlesen Sonn- und Feiertagsarbeit ins Spiel kommt. Bisher zwar relativ selten; jedoch scheint das auf einem Stau in der Konstruktion zu beruhen. Deshalb wird dort die Einführung des CAD forciert. Sobald Konstruktion und Arbeitsvorbereitung das gesteigerte Auftragsvolumen schneller bewältigen, werden die Kapitalisten in der Fertigung das letzte aus den Arbeitern rausholen wollen.

Die ersten Gerüchte über die Vorstellung der Geschäftsleitung zur Arbeitszeitregelung bestätigen diese Absichten andeutungsweise: keine Verkürzung der Arbeitszeit in der Konstruktion und im Schichtbetrieb an CNC-Maschinen. Der Betriebsrat versucht – z.T. anscheinend mit Erfolg –, gegen befristete Arbeitsverhältnisse vorzugehen und ihre Umwandlung in reguläre Arbeitsverträge zu verlangen; z.T. scheint der Betriebsrat die monatliche Genehmigung von Überstunden davon abhängig zu machen. Gegen die Ausdehnung der Schichtarbeit und die direkte Verpflichtung von Neueingestellten z.B. zur Nacharbeit wie auch gegen die Ausdehnung der Arbeitswoche auf das Wochenende hat der Betriebsrat offensichtlich keine eindeutige Position. – (pef)

NATO-Herbstmanöver '84

BEHINDERUNGSAKTIONEN IM RAUM
HILDESHEIM/HANNOVER GEPLANT

Hildesheim. Die diesjährigen Herbstmanöver der NATO werden die der vergangenen Jahre an Größe des eingesetzten Personals und Kriegsmaterials bei weitem übertreffen. In der BRD konzentrieren sich diese Riesenmanöver im sogenannten "Fulda-Gap" und in Niedersachsen hauptsächlich im Raum Hildesheim/Hannover. Allein im niedersächsischen Großmanöver werden doppelt so viele Soldaten wie noch vor drei Jahren in den Einsatz geschickt (wir berichteten in den Politischen Berichten vom 14.7. und 11.8.84).

In dem von der regionalen Aktionskonferenz am 5. August beschlossenen unterstützenswerten Aufruf "Behindert die Herbstmanöver im Raum Hildesheim/Hannover" heißt es am Ende: "Wir rufen auf zu Aktionen gegen diese Kriegsvorbereitungen, gegen die praktischen Kriegssübungen der NATO! Stopp den Herbstmanövern! Abzug aller ABC-Waffen! Weg mit Pershing 2 und Cruise Missile! Keine konventionelle Aufrüstung! Nein zu den NATO-Kriegsvorbereitungen! Kein Friede mit der NATO!" In dem folgendem längeren Zitat heißt es unter der Zwischenüberschrift "Manöver – Übergang zum Krieg":

"Nicht nur die verdächtige Anhäufung der Superlative, die immer größer werdenden Anzahlen von Menschen und Material, auch die zunehmend häufiger auftauchenden Bezüge auf den 2. Weltkrieg (z.B. als Variante des Hitlerschen Blitzkrieges) deuten bereits an, daß das 'Training' für einen Angriffskrieg gegen den Osten bereits in vollem Gange ist. Die Manöverbedingungen werden Schritt für Schritt der vermuteten und geplanten Realität dieses kommenden Krieges angepaßt. Eine Vermutung, die sich nur bestätigt, wenn man sich genauer ansieht, wie und was die NATO in ihren Manövern 'übt':

– Geübt wird der Transport zehntausender NATO-Soldaten 'an die Front', das Gerät für diese Einheiten wird in Depots in der BRD, möglichst nahe am kommenden Kriegsschauplatz gelagert. Sowohl in Hessen als auch in Niedersachsen werden in unmittelbarer Nähe zur DDR-Grenze zahlreiche solche Depots neu gebaut.

– Geübt wird der Einsatz von Militär gegen die Zivilbevölkerung für den Fall von Streik und Widerstand gegen den Krieg.

– Geübt wird – entgegen den wiederholten Beteuerungen von 'Verteidigungsminister' Wörner – das Airland-Battle-Konzept: Dieses Konzept sieht u.a. schnelle und frühzeitige Vorstöße weit ins Hinterland des War-

schauper Paktes vor, ist also eine ausgesprochen aggressive Offensivstrategie. In einem 'integrierten' Einsatz von atomaren, chemischen und konventionellen Waffen soll der Gegner, der Warschauer Pakt, in einer Art 'Blitzkrieg' vernichtet werden: 'Wir möchten mit dem Angriff in die Tiefe die Vernichtung feindlicher Kräfte erreichen, bevor sie in die eigentliche Schlacht eingreifen' (Airland-Battle). Diese Pläne – erst gar nicht mehr als 'Verteidigung' getarnt – werden bereits in Manövern, unter Beteiligung von Bundeswehrtruppen, geprobt.

– Geübt wird regelmäßig auch der Ersteinsatz atomarer und chemischer Waffen durch die NATO. Das heißt: Auch die neuen Mittelstreckenrake-



Herbstmanöver der NATO 1984: "Die größte Mobilmachungsübung seit dem 2. Weltkrieg".

ten werden einen wichtigen Platz im Manövergeschehen haben."

Die besondere militärische Rolle, die die imperialistische westdeutsche Bundeswehr in den Offensivstrategien der NATO gegen den Warschauer Pakt spielt, wird sicher in diesem zitierten Abschnitt nicht ausreichend berücksichtigt. Nicht umsonst tönt Kriegsminister Wörner im Weißbuch '83: "Die Wehrpflichtigen stehen nach ihrem Grundwehrdienst als Soldaten der Reserve zur Verfügung. Daher können die Streitkräfte in drei Tagen um das Zweieinhalbfache auf 1,2 Mio. Soldaten anwachsen." Bedenkt man zusätzlich, daß Ende 1982 4,7 Mio. Männer den Wehrdienst in der Bundeswehr absolviert hatten, so wird deutlich, mit welcher Armeestärke die BRD-Imperialisten rechnen und welche maßgebliche Rolle die Bundeswehr mit ihrem

hohen Personalstand und der stark ausgebauten Panzerwaffe bei einem Eroberungsfeldzug gegen den Osten und der anschließend für die gewünschte Ausbeutung von Land und Leuten notwendigen Besetzung spielen wird.

Allerdings werden auch in dem Aufruf Beispiele für die besondere Aggressivität des BRD-Imperialismus angeführt. "Der Militärputsch in der Türkei wurde 1980 abgesichert durch ein NATO-Manöver, an dem maßgeblich BRD-Truppen beteiligt waren ... Es ist außerdem keine Frage der günstigen landschaftlichen Verhältnisse, daß sich die Herbstmanöver entlang der gesamten DDR-Grenze erstrecken, sondern Ausdruck der Planung der NATO für einen Offensivkrieg gegen den Warschauer Pakt."

In der Zeit vom 19. - 22.9.84 sind Camps und Behinderungsaktionen im Manövergebiet geplant, am Abschlußtag (22.9.) sollen die Manöverbehinderungsaktionen mit der Durchführung mehrerer Autokonvois zusammengefaßt werden und die Aktionsstage mit einer Kundgebung am Nachmittag in Hildesheim beendet werden. Für die geplanten Camps gibt es bereits unterstützende Zusagen von Bauern aus dem Manövergebiet. Das Manöver-Info "Störmanöver", Flugblatt an die Bevölkerung, Plakate, sowie ein beabsichtigtes Flugblatt an die Soldaten, insbesondere der 1. Panzerdivision der Bundeswehr, sollen für die nötige propagandistische Rückenbedeckung der Manöverbehinderungsaktionen sorgen.

Eine Gruppe "Prominenter" hat die Friedensbewegung aufgefordert, ihre Pläne für eine Behinderung von Herbstmanövern aufzugeben. Solche Aktionen lenken den Protest gegen Aufrüstung und Kriegsgefahr in eine falsche Richtung, heißt es in dem Brief, den u.a. Albertz, Böll, Eppler, Lafontaine und Bastian unterzeichnet haben. Das Vorhaben stehe im Widerspruch zum Prinzip der Gewaltfreiheit. Mehrere an der Aktionskonferenz zur Manöverbehinderung teilnehmende Gruppen haben diesen Vorstoß in einer Erklärung zurückgewiesen. Darin heißt es u.a.: "Die Tatsache, daß einige der Unterzeichner des 'Offenen Briefes' führende Sozialdemokraten sind, läßt uns allerdings vermuten, daß es tatsächlich auch diese inhaltliche Stoßrichtung ist, die sie beunruhigt. Gerade die SPD hat bekanntlich größere Probleme, sich gegen die konventionelle Aufrüstung der NATO auszusprechen ..."

Quellenhinweis: Aufruf vollständig abgedruckt in BWK Nachrichtenheft 06, Schul- und wehrpflichtige Jugend v. 10.8.84; Europäische Wehrkunde 5/83; Hannoversche Allgemeine Zeitung v. 11.8.84 – (mio)

Roma/Sinti

ERFASSUNG DURCH
POLIZEI

Hannover. Der Landesverband der Sinti in Niedersachsen wirft der CDU-Landesregierung "getarnten Rassismus" vor. Nach zahlreichen Protesten mußte der Arbeitskreis II der ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren am 20.5.83 zugestehen, daß im polizeilichen Informationssystem INPOL der Zusatz "ZN" (für "Zigeunername") zukünftig entfällt. Auf derselben Sitzung beschloß der Arbeitskreis aber gleichzeitig, in INPOL ein neues Datenfeld zu schaffen für "Beschuldigte oder Tatverdächtige, die keine ständige Bindung an einen festen Wohnort oder einen häufig wechselnden Aufenthaltsort haben". Der niedersächsische Datenschutzbeauftragte hat in seinem Tätigkeitsbericht auf die Möglichkeit hingewiesen, daß aufgrund der Kennzeichnung "HWAÖ" (für "häufig wechselnder Aufenthaltsort") und aufgrund der Eintragung des Namens, mit dem sich Roma und Sinti untereinander anreden, im Datenfeld "Sonstiger Name" alle gespeicherten Sinti und Roma herauszufinden sind.

Die Grünen im Landtag wollten mittels einer Kleinen Anfrage u.a. in Erfahrung bringen: "Hält sie (die niedersächsische Landesregierung) die geplante Speicherung "Sonstiger Name" und "HWAÖ" für Sinti und Roma für diskriminierend?" Die dummste Antwort der Landesregierung: "Das polizeiliche Informationssystem INPOL enthält oder enthielt niemals Dateien ethnischer Minderheiten, sondern grundsätzlich nur Einzelangaben über Straftäter oder Personen, die mit einer Straftat in Verbindung stehen, also z.B. Beschuldigte, Gesuchte oder Zeugen."

Daß alle Roma und Sinti mit einer Straftat in Verbindung gebracht und im Polizeicomputer gespeichert werden, dafür wird gesorgt. Als z.B. Anfang August eine Sippe von 200 Roma in Hannover Quartier bezog, wiegelte die Hannoversche Allgemeine Zeitung auf: "... Diebstahlsanzeigen wurden allerdings noch nicht erstattet. Die Polizei wisse aber, so ihr Sprecher Manfred Bodemann, daß viele Geschäftsleute aus Angst vor Racheakten der Sippe Diebstähle gar nicht erst melden."

Durch bundesdeutsche Gerichtsbarkeit wird dieser Pogrom gefördert, indem Wiedergutmachungsansprüche, die Roma und Sinti erheben, nicht oder spät und widerwillig anerkannt werden. So mußte die 64jährige Sinti Hedwig Strauß 27 Jahre für eine Wiedergutmachung für die im KZ erlittenen Gesundheitsschäden kämpfen. Erst Anfang dieses Jahres erhielt sie



Wiedergutmachung auf Sozialhilfe angerechnet

erstmal eine Abfindungssumme von 20000 DM und eine Entschädigungsrente von 480 DM monatlich. Sofort entschied das Sozialamt, bis 1987 keine Sozialhilfe mehr zu zahlen. Das Verwaltungsgericht schlug zwar als Vergleich vor, die 20000 DM Abfindungssumme aus der Berechnungsgrundlage für Sozialhilfe auszuklamern, die 480 DM monatliche Entschädigungsrente aber werden bis zu einer Entscheidung durch das Hauptverfahren angerechnet. Nach derzeitiger Rechtslage werden Renten nach dem Bundesentschädigungsgesetz auf Sozialhilfe angerechnet.

Quellenhinweis: LTDrs. 10/2400, 10/2612, 10/2933 – (kar)

Ausländer

HAW FORCIERT RÜCK-
KEHR IN DIE TÜRKEI

Hamburg. Das Hamburger Aluminium Werk (HAW) beschäftigt 780 Arbeiter und Angestellte. Ca. 30% sind Arbeiter aus dem Ausland. Von 230 türkischen Arbeitern haben in den letzten 1 1/2 Jahren über 10% ihre Arbeitsverträge aufgelöst. Sie sind in die Türkei zurückgekehrt. Bis 1982 waren Auflösungsverträge noch relativ selten. Die zunehmende Hetze gegen ausländische Arbeiter, die anwachsende gesetzliche Unterdrückung ihrer Interessen und die Arbeitshetze in den unteren Lohngruppen: das zusammen bildete die Grundlage für die Entscheidung, in die Türkei zurückzuziehen.

Die HAW-Personalführung hat diesen Vorgang bereitwillig gefördert. Die erzwungene "Ausreisewilligkeit" kommt ihren Interessen entgegen, alte und kranke Arbeiter auszusortieren. Hatten Belegschaft und Betriebsrat die Kündigung kranker Arbeiter bislang nahezu verhindern können, so bot sich der Personalführung hier Gelegenheit nachzuholen, was sie in den

letzten zwei Jahren nicht geschafft hatte.

Viele der Arbeiter, die ihren Arbeitsvertrag auflösten, waren krank, einige schon monatelang, und es zeichnete sich eine fast vollständige Einschränkung ihrer Arbeitsfähigkeit ab. Hoffnung auf Erwerbsunfähigkeitsrente bestand meistens nicht. Auch Arbeiter, die bereits aus der Krankenkasse ausgesteuert waren (nach 18 Monaten Krankheit) und von Sozialhilfe leben mußten, lösten ihre Arbeitsverträge. Wer Sozialhilfe beantragt, bekommt auf jeden Fall Schwierigkeiten, die Aufenthaltsgenehmigung zu verlängern. Drohende Abschiebung oder aber sich krank zur Arbeit schleppen, das ist die Perspektive, die für ausländische Arbeiter dann besteht.

Die HAW-Personalführung kennt diese Lage der ausländischen Arbeiter. Sie führte Listen, wen man loswerden wollte. Etwa 1/2 Monatsgehalt pro Jahr der Beschäftigung wurde geboten, um Auslösungsverträge zu forcieren. Das sogenannte "Rückkehrhilfegesetz" der Bundesregierung hat HAW dies noch einmal erleichtert. Nach diesem Gesetz konnten ausländische Arbeiter bis zum 30. Juni dieses Jahres einen Antrag auf Auszahlung ihrer Beiträge in die Rentenversicherung stellen und mußten die BRD bis zum 30. September verlassen. Nur unter diesen Voraussetzungen werden ihnen die Rentenbeiträge gleich ausbezahlt. In Zukunft besteht für die Auszahlung zwei Jahre Wartezeit.

HAW hat die freigewordenen Arbeitsstellen z.T. nicht wieder besetzt. Ansonsten wurden junge Arbeiter eingestellt, oft Facharbeiter für angelernte Tätigkeiten, aber unter Facharbeiterlohn. Vor der Einstellung mußten Belege der Krankenkasse über die Krankentage in den letzten drei Jahren vorgelegt werden. Für fünf Einstellungen in den letzten zwei Monaten wurden 150 Bewerber sortiert. – (güt)



Elektrolysehalle.

Münchner Kabelpilotprojekt

DAS RUNDFUNKSYSTEM WIRD NACH DEN FORDERUNGEN DER WIRTSCHAFT GESTALTET

München. Seit dem 1. April 1984 gibt es in München Kabelfernsehen. Zumindest strahlt die "Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation" (MPK) 22 Fernseh- und 24 Hörfunkprogramme für derzeit 1100 verkabelte Haushalte im Münchner Osten aus. Weitere 3000 Anschlußanträge sollen vorliegen. Zum Start des Kabelpilotprojekts mußte die Bayerische Staatsregierung – übrigens als letzte der CDU/CSU-regierten Länder – ein neues Mediengesetz vorlegen, da der Artikel 111a der Bayerischen Verfassung das Rundfunksystem nur auf öffentlich-rechtlicher Basis erlaubt. Der Gesetzentwurf für das neue "Medienerprobungs- und Entwicklungsgesetz" (MEG) ist mittlerweile von der Bayerischen Staatsregierung verabschiedet und liegt dem Senat zur Billigung vor. In Kraft treten soll das Gesetz zum 1. November 1984.

Seit Jahren fordern die Kapitalisten direkteren Zugriff auf das vom Staat betriebene Rundfunksystem. Von der "Öffnung der Medienlandschaft" war viel die Rede, gemeint war der ungehinderte Zugriff der Kapitalisten auf diese Medien. Die Industrie- und Handelskammer München schreibt in ihrer Ausgabe "Industrie und Handel": "Die IHK ist seit 1976/77 der Verwirkli-

chen, das in der Regel örtlich begrenzt ist, aufgehoben werden. Rudolf Mühlentz, Geschäftsführer der für die Durchführung des Kabelpilotprojekts verantwortlichen "Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation" (MPK) sieht das folgendermaßen: "Die Spitzenverbände der bayerischen Wirtschaft planen eine eigene Programmgesellschaft und bereiten vor,

setzes wird in öffentlicher Verantwortung und in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (Landeszentrale) betrieben.

(2) Im Rahmen dieses Gesetzes ermöglicht die Landeszentrale örtlichen und überörtlichen Kabelgesellschaften die Organisation von Rundfunkprogrammen aus den von Anbietern gestalteten Beiträgen.

(3) Die Landeszentrale regelt die Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen durch Betreiber von Kabelanlagen (Betreiber)."

Die Landeszentrale verfügt für die rundfunkrechtlichen Entscheidungen über einen "Medienrat", in dem die "gesellschaftlich relevanten Gruppen" vertreten sind, für die wirtschaftlichen Angelegenheiten ist ein "Verwaltungsrat" zuständig, in dem die Anbieter von Programmen, also die Kapitalisten, angemessen vertreten sind. Und weiter heißt es in der Begründung der Bayerischen Staatsregierung zum MEG: "Die Produktion der Programme erfolgt mit weitgehender eigener Gestaltungsfreiheit durch die Anbieter der Rundfunkprogramme und -sendungen. Das gesamte Programm wird aus Beiträgen der Anbieter zusammengestellt. Landeszentrale und Kabelgesellschaften produzieren nicht selbst. Die Landeszentrale ist insofern mit herkömmlichen Rundfunkanstalten nicht vergleichbar."

Für die Gründung örtlicher Kabelgesellschaften legt der Gesetzentwurf fest: "Art. 22 (2) Örtliche Kabelgesellschaften haben die Aufgabe,

1. lokale Rundfunkprogramme oder lokale Rundfunksendungen als Teil eines landesweiten Rundfunkprogramms aus Beiträgen der Anbieter zu organisieren,

2. andere Dienste auf örtlicher Ebene organisatorisch zu ermöglichen" (gemeint sind Textdienste, Fernwirkdienste etc., die Red.).

Bei der Gründung einer solchen Kabelgesellschaft müssen "die Möglichkeit einer angemessenen Beteiligung erhalten

1. die von dem örtlichen Wirkungsbereich berührten kommunalen Körperschaften,

2. die örtlich gemeinnützigen Organisationen mit kultureller Zielsetzung,

3. die örtlichen Anbieter von Rundfunksendungen einschließlich der örtlichen Zeitungs- und Zeitschriftenverlage".

Nachdem nun die rechtliche Grundlage für ein kommerzielles Rundfunk- und Fernsehprogramm geschaffen wurde, nachdem die Deutsche Bundes-

MPK-Schnupperkanal
Kabel-Kostproben
Die zu Beginn des Vollprogrammes Trailer, MPK-Informationen und aktueller Kabeltext der mit

17.00
SKY-Channel – siehe Tagesprogramm

PKS KK 7

16.06
Programmvorschau / F.A.Z.-Nachrichten

16.10
Hier spielt sich was ab
Kinderprogramm des Otto Meier Verlags, Ravensburg

16.40
Trickfilmzeit mit Adelheid – Paul Revere
Zeichentrick-Jugendserie

17.10
Big Valley – Bordo gibt nicht auf
Westernserie

18.00
Robi, Robi, Robin Hood
Kampf der Bogenschützen

21.30
Frösche
Amerikanischer Horrorfilm, 1972
Mit Jason Millard, Sam Elliott
Regie: George McCowan

23.10
Chicago 1930 – Zwischen den Stühlen
Krimiserie, s/w
anschl.
F.A.Z.-Nachrichten / Programmvorschau

JUGEND SPIEL SPORT KK 8
Bayerischer Rundfunk Kabelprogramm

17.30
Wirtschaftsforum
Aus Industrie, Wissenschaft und Technik

18.00
Polizeinspektion 1
5. Die Reportage

18.30
Klamottenkiste
Larry und die Spione s/w

18.45

Englischer Spielfilm, 1981
Mit Clifford Evans, Oliver Reed u.a.

ZDF 2 KK 9

18.30
Die Biene Maja
Maja und die Spinne Thekla
(Erstsendung 14. 10. 1978)

18.55
ZDF 2 – Ihr Programm

19.00
Heute

19.20
Film-Bühne
Sie küßten und sie schlugen ihn
Französischer Spielfilm, 1959
Mit Jean-Pierre Léaud, Claire Maurier, Albert Remy u.a.
Regie: Francois Truffaut
(Erstsendung 25. 9. 1983)

20.55
Tele-illustrate
(ZDF 17.15 Uhr)

21.25
Der Alte: Von Mord war nicht die Rede
(ZDF 20.15 Uhr)

22.25

ZDF KK 12

16.00
Programmübersicht

16.05
Lucia di Lammermoor

17.59
Kennst du das Land, wo die Zitronen blühen

19.00
Heute

19.25
Rock-Pop In Concert (1982)
Internationale Top-Rock-Musik
Joan Jett, Jethro Tull, ZZ Top, Status Quo, Heart, Saxon
Regie: Horst-Christian Tadey

22.05
Programmlinweise

TV-KULTUR CLUB KK 13
Bayerischer Rundfunk Kabelprogramm

17.45

chung der Kabelpilotprojekte und einem Kabelpilotprojekt in München aufgeschlossen gegenüberstanden. Sie hat rechtzeitig Vorschläge gemacht, die jetzt z.B. im Entwurf eines bayerischen Medienerprobungs- und Entwicklungsgesetzes einen Niederschlag gefunden haben." Und "die neuen Programmanbieter (gemeint sind die Kapitalisten, d. Red.) erhalten ohne unbillige Behinderung durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten eine Chance."

Eine solche Behinderung stellt z.B. die Begrenzung der Werbung beim staatlichen Hörfunk und Fernsehen dar. Außerdem setzen die regional oder bundesweit ausgestrahlten Programme Schranken für die Werbung örtlicher Kapitalisten. Diese Schranken sollen jetzt mit dem Kabelfern-

Beiträge produzieren zu lassen, welche die Angebotspalette um wichtige Elemente bereichern werden. Um dies attraktiv erscheinen zu lassen, ist es natürlich notwendig, auch entsprechende Werbemöglichkeiten zu schaffen. In allen Kanälen kann künftig gewonnen werden, und zwar auch vor 18 Uhr und nach 20 Uhr. Neue Werbeformen wie Sponsor- und Patronatswerbung können erprobt werden."

Bei dem vorliegenden MEG geht es darum, ohne Änderung der Bayerischen Verfassung Kommerzfernsehen zu etablieren. Dazu wurde als öffentlich-rechtliche Institution die "Bayerische Landeszentrale für neue Medien" vorgesehen:

"Art. 2 Öffentlich-rechtliche Trägerschaft, Organisation

(1) Rundfunk im Rahmen dieses Ge-

DER KAMPF UM DEN PRIVATEN MEDIENMARKT

Wenn es um das bevorstehende große Geschäft mit dem Kabel- und Satellitenfernsehen geht, dann sind es zur Zeit in der Hauptsache zwei Exponenten, die versuchen, durch geschickte Weichenstellung zukünftige Marktanteile im großen Stil zu sichern. Da ist einmal der Milliardenkonzern Bertelsmann, der in herkömmlicher Manier und mit langer Buchclub-Erfahrung über Satellit und Kabel das Medium Film an den Fernsehzuschauer-Abonnenten bringen will und bereits jetzt mit RTL-Plus in den Startlöchern für ein Fernsehvollprogramm sitzt. Zum anderen geistert der in der Öffentlichkeit wenig bekannte Dr. Leo Kirch, seines Zeichens Filmhändler und Friedrich-Zimmermann-Intimus, äußerst erfolgreich im Kabel- und Satellitenhintergrund.

Während Bertelsmann mit Klinkenputzern seit Jahrzehnten erfolgreich im Verkauf von bedrucktem Papier ist und nun über ein Fernseh-zusatzgerät die über Satellit verbreiteten publikumswirksamen Filme in die Kabelnetze speisen will, kommt der Privatmann und Millionär Kirch aus der Filmbranche. Die von ARD und ZDF gesendeten Spielfilme werden zu rund 50 Prozent von den diversen Vertriebsunternehmen des Leo Kirch eingekauft. Wo immer in aller Welt – insbesondere in den USA natürlich – Unterhaltungsfilme produziert und verkauft werden, haben die vier Hauptfirmen Taurus, Beta, Beta-Technik und Unitel des Leo

Kirch bereits zugegriffen. Und das seit Jahrzehnten. Für einen, der über derart viel Ware Film verfügt, ist die von bürgerlichen Parteien forcierte Kommerzialisierung der Funk- und Fernsehmedien ein Glücksfall.

Auf das Glück vorbereitet waren allerdings seit einigen Jahren sowohl Bertelsmann als auch Kirch. Über "Strohmann-Firmen" und Firmenbeteiligungen wird das profitträchtige Kabelfernsehen von wenigen Kapitalisten unternehmenspolitisch gegen eine Vielfalt von möglichen Klein- und Kleinstanbietern zugemauert. Während im Kabel- und Satelliten-Vollprogramm die Großverlagsgruppen (WAZ, Springer, Burda, Bauer etc.) die neuen Medien eher als Träger für Werbeeinnahmen begreifen und mit Kapitaleinsatz zögern, greifen Bertels-



Dr. Leo Kirch

mann und Leo Kirch direkt in die Taschen der Zuschauer. Und dabei ist der Filmhändler bislang geschickter vorgegangen als der Konzernriese. Anteile der im Münchner Kabelpilotprojekt sendenden Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) werden von der durch Rewe, Edeka, Volks- und Raiffeisenbanken sowie Versicherungen gesteuerten "Deutschen Genossenschaftsbank" zu rund 46% eben auch von Kirch gehalten. Neben "FAZ"-Nachrichten bietet die PKS – wie es der Kommunikationswissenschaftler Langenbucher titulierte – "alten Schrott". (S. Faksimile S.26). Doch Kirch ist schon an der weiter vorgerückten Front aktiv. Mit 26% ist er über die Tochterfirma Taurus an der Werbefirma "Kabelsignal" beteiligt, die in Klinkenputzermanier Haushalte für Kabelanschlüsse gewinnen will. Und diese Firma bringt auch gleichzeitig das Zusatzgerät für Leo Kirchs Film-Abonnement-Absichten an den Mann. Kirch würde auch Bertelsmann-Filme über diese Schleuse bringen, doch Bertelsmann will in diesem Bereich Kirch nicht mit abkassieren lassen. Die "Teleclub"-GmbH, die das Abonnement-Bein des Leo Kirch darstellt, "gehört dem Mitarbeiter eines Kirch-Justitiars und ist zu allem Überfluß bei der Kabelsignal untergebracht", schreibt die Münchner Stadtzeitung. Doch Bertelsmann hat nachgerüstet. Mit 100-Prozent-Tochter "Neue Medien GmbH" will der Bertelsmann-Vorstand und Exminister der SPD, Lahnstein, den Kirch-Vorschlag aufnehmen.

post 40 Mrd. DM in die Verkabelung investiert, allein 35 Mio. DM sind aus Rundfunkgebühren für das Münchner Pilotprojekt zur Verfügung gestellt worden, geht es nun darum, Kunden für das Kabelfernsehen zu gewinnen. Die Firma Kabelsignal verkauft im Münchner Osten den Anschluß an das Kabelprogramm. Für monatlich 16,25 DM (bei älteren Geräten ist ein von der Bundespost gelieferter Konverter für monatlich zusätzlich 2,50 DM notwendig) sind derzeit 1100 Haushalte ans Kabelfernsehen angeschlossen. Geworben wird mit Argumenten, der Bürger könne nun selber entscheiden, was er sehen will, aus einem größeren Programmangebot auswählen. Diesen Argumenten haben die Betroffenen im Münchner Osten mit Recht große Zurückhaltung entgegengebracht.

Das MEG sichert nicht nur den Kapitalisten die Gestaltung und Einflußnahme auf das Programmangebot, sondern es beinhaltet auch eine Reihe weitergehender Möglichkeiten, die sich aus der Kabelkommunikation ergeben. Darunter fallen die in den Artikeln 31 bis 33 MEG angesprochenen

Dienste. Dort sind vorgesehen Textdienste (ähnlich Btx und Videotext) sowie Fernwirkdienste, die ferngesteuerte Messungen und Beobachtungen der einzelnen Teilnehmer erlauben. Als Beispiel werden genannt: ferngesteuerte Überwachung von Kranken, ferngesteuerte Einbruchsicherung und das Fernmessen von Zählereinrichtungen, z.B. Stromzählern.

"Art. 33 Fernwirkdienste

(1) Fernwirkdienste, bei denen ferngesteuerte Messungen oder Beobachtungen über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines Teilnehmers vorgenommen werden, dürfen nur eingesetzt werden, wenn der Teilnehmer über Verwendungszweck und Wirkungsweise des Dienstes unterrichtet worden ist und einwilligt." Eingeschränkt wird diese Vorschrift mit Absatz 3:

"Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung, soweit der Fernwirkdienst durch eine besondere Rechtsvorschrift zugelassen wird oder von öffentlichen Stellen des Bundes genutzt wird."

Mit dem neuen Medium Kabel und

seinen technischen Möglichkeiten ergibt sich also für den Bürger in zwei Bereichen eine Veränderung gegenüber den bestehenden Verhältnissen: Zum einen wird ihm mit der "Verlockung" einer größeren Auswahl von Programmen ein Mehr an Desinformation direkt ins Haus geliefert, über massive seichte Unterhaltung findet eine gezielte Manipulation der eigentlichen Bedürfnisse statt; diese Angebote dienen dem Zweck, sowohl konsumfördernde Werbebotschaften zu verbreiten als auch gezielt bürgerliche Ideologie zu vertiefen. Zum anderen bereiten Kapital und Staat zusammen ein Netz auf, das eine verstärkte Kontrolle und damit Unterdrückung des Bürgers ermöglicht. Kapitalisten und Staat teilen sich dabei die jeweils abrufbaren Daten für ihre Zwecke.

Quellenhinweis: Gesetzentwurf über die Erprobung und Entwicklung neuer Rundfunkangebote und anderer Mediendienste in Bayern (MEG), Begründung der Bayerischen Staatsregierung zum MEG, Industrie und Handel 4/1984, Münchner Stadtzeitung 6, 7/1984, Die Feder 8/9-1984 – (heb).

LUFTHANSA: VOR-SCHLAG ABGELEHNT

Hamburg. Der ehemalige Wirtschaftsminister Schiller machte für die Lufthansa einen Schlichtungsvorschlag, der in etwa dem in der Metallindustrie entsprach. Ab 1.7.84 Lohn-erhöhung um 3,3% und ab 1.4.85 weiter 2%. Laufzeit bis 31.3.86. Arbeitszeitverkürzung für das Bodenpersonal auf 38,5 Stunden ab 1.4.85. Nach der Annahme dieses Vorschlages durch Lufthansa und ÖTV führte die DAG eine Urabstimmung unter dem fliegenden Personal durch mit dem Ziel der Verkürzung der Laufzeit auf zwölf Monate. 78,9% waren für neue Verhandlungen. — (obj)

BR-WAHL BEI BMW UNWIRKSAM

Auf einer Betriebsversammlung Ende März, wenige Tage vor den Betriebsratswahlen im Westberliner BMW-Motorradwerk, hatte Betriebsführer Glas zwei Mitglieder des alten Betriebsrats — den stellvertretenden Vorsitzenden und den Personalausschuß-Vorsitzenden — als "Halbwahrheiten" verbreitende "unflexible Ideologen" bezeichnet, die "fehl am Platze" seien. Diese Äußerungen im Zusammenhang mit der Andeutung, daß im Fall der

Die Gewerkschaft HBV hat sich gegen die Durchlöcherung des Ladenschlußgesetzes ausgesprochen. Im Rahmen von Messen, Märkten und Jubiläumsveranstaltungen würden immer mehr Einzelhandelsgeschäfte an Sonntagen geöffnet. Der zunehmende Sonntagsverkauf führe dazu, daß für die Beschäftigten im Einzelhandel auf kaltem Wege die 7-Tage-Woche eingeführt werde. Die Gewerkschaft sei nicht bereit, diese Entwicklung hinzunehmen, erklärte der 2. Vorsitzende der HBV, Steinborn. — (gba)

Wiederwahl dieser Betriebsräte außertarifliche Leistungen gekürzt würden, sah das Westberliner Arbeitsgericht jetzt für ausreichend an, um die Betriebsratswahl für unwirksam zu erklären. Darüberhinaus bezeichnete das Arbeitsgericht die Herstellung und Bezahlung einer Wahlzeitung durch die Werksleitung für die von ihr favorisierte "Mannschaft der Vernunft" als eine Beeinflussung der Wähler, die ebenfalls ausreiche, die Wahl für unwirksam zu erklären. Nach § 119 BetrVG wäre "mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe" zu bestrafen, wer die Wahl eines Betriebsrates behindert oder beeinflusst. — (maw)



13. MONATSGEHALT UNTER BESCHUSS

Bremen. Bürgermeister Koschnick (SPD) wollte zunächst, daß die "gutverdienenden Beamten" generell auf ihr 13. Monatsgehalt verzichten, aus Solidarität mit den Arbeitslosen. In Bremen gibt es ca. 310 Beamte, Richter, Professoren, Senatoren, die ein Gehalt zwischen 5900 und 13000 DM beziehen. Danach ließ Koschnick verbreiten, die Weihnachtsgartifikation sollte einheitlich auf 2000 DM gekürzt werden. Der Gesamtpersonalratsvorsitzende lehnt die Vorschläge Koschnicks ab: "Das Gehalt ist als Jahreslohn zu sehen, der in 13 Teilen ausgezahlt wird." — (wob)

STREIK GEGEN BAföG-KÜRZUNG

Essen. Die 400 Studierenden des Ruhrkollegs Essen streiken seit Montag, 13.8., weil ihnen das BAföG für den Monat August gestrichen wurde. Durch Erlaß von 1982 im Rahmen der bundesweiten Kürzung und Umstellung des BAföG auf Darlehen wurde für die Studierenden des zweiten Bildungsweges das BAföG um einen Monat auf elf Monate im Jahr gekürzt. Im Ferienmonat August erhielten sie jetzt kein BAföG mit der Begründung, sie könnten eine Ferienarbeit annehmen. Die wenigsten fanden Arbeit. Einige waren aufgrund der Kürzung gezwungen, nach den Ferien zu arbeiten. Sowieso kann man von den monatlichen BAföG-Zahlungen — Höchstsatz 650 DM — kaum leben. Gestreikt wird mit dem Ziel, die Strei-

chung rückgängig zu machen. Am 17. August fand eine Demonstration in Essen statt, an der sich auch eine Delegation vom Dortmunder Kolleg beteiligte. In Paderborn und Bielefeld wird ebenfalls gestreikt. — (mab)

BETRIEBSVEREINBARUNG GEKÜNDIGT

Hamburg. Mit einer kollektiven Betriebsratsbefragung protestierten die Kollegen aus dem Drucksaal gegen die Kündigung der gesamten Betriebsvereinbarung durch die Geschäftsleitung von Brillant Offset. Sie war noch während des Streiks ausgesprochen worden, angeblich wegen zu erwartender Änderungen im Tarif und daraus entstehender Kosten. In der Betriebsvereinbarung sind neben Arbeitszeitregelungen besonders für die Kollegen aus dem Drucksaal wichtige Festlegungen enthalten: Puderlohn (40 DM/Monat), Arbeitszeug und 3,50 DM/Std. bei unterbesetzter Druckmaschine. — (pea)

ARBEIT JA, ABER FLEXIBEL

Hamburg. Das Arbeitsgericht verurteilte kürzlich die Firma Peek & Cloppenburg, 10331 DM Lohn nachzuzahlen, da ein Arbeitsverhältnis geschlossen wurde ohne feste Arbeitszeit, sondern nach betrieblicher Notwendigkeit. Der Arbeitnehmer wurde ohne Kündigung nicht mehr zur Arbeit bestellt und klagte. Der Kapitalistentraum ging diesmal nicht in Erfüllung: vollständige Unterwerfung der Arbeitskraft unter die Kapitalverwertung. — (grk)



Mit 72% der Belegschaft haben die 6200 Arbeiter und Angestellten des GM-Werks in Antwerpen (Belgien) am 9. August die Einführung von vier Samstagsschichten abgelehnt. Die Kapitalisten hatten für eine zusätzliche Frühschicht jeden Samstag eine Zulage von 60% angeboten. Sie begründeten ihren Vorstoß damit, so die "Produktionsverluste" durch den Streik in der BRD aufholen zu wollen. Die belgische Regierung unterstützt solche Angriffe seit mehreren Jahren mit der Aufhebung von gesetzlichen Schranken gegen Nacht- und Wochenendarbeit. Bild: Demonstration gegen die Lohnsenkungspolitik der Regierung in Antwerpen, April 1984. — (rül)

IG Chemie Baden-Württemberg**MEINUNGSUMFRAGE ERGIBT KLARES
VOTUM GEGEN INTENSIVIERUNG**

Ende Juni hat die IG Chemie das Ergebnis der Fragebogenaktion "Arbeitszeitverkürzung contra Arbeitslosigkeit" bekanntgegeben. An der Umfrage haben sich fast 25000 Beschäftigte (darunter über ein Viertel Nichtorganisierte) aus 219 Betrieben beteiligt. In diesen Betrieben arbeiten insgesamt 82 % der im Organisationsbereich der IG Chemie Baden-Württemberg Beschäftigten, so daß bei einer Rücklaufquote von 27 % das Ergebnis als durchaus repräsentativ angesehen werden kann. Das Ergebnis der Umfrage weist drei wesentliche Mehrheitsmeinungen nach:

1.) Die Arbeitsplatzargumentation, unter der die Frage der Arbeitszeitverkürzung fast ausschließlich auch innerhalb der IG Chemie von der Führung her verhandelt wurde, wird von den meisten Beschäftigten stark angezweifelt. Jeweils nur weniger als ein Drittel glaubt, daß Arbeitszeitverkürzung allgemein oder in der eigenen Abteilung Arbeitsplätze sichern, Kündigungsgefahr abbauen oder neue Arbeitsplätze schaffen kann.

2.) Eine deutliche Mehrheit stellt sowohl hinsichtlich der Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung als auch hinsichtlich befürchteter negativer Auswirkungen das Problem der Arbeitsintensivierung in den Vordergrund.

3.) Aus der Beantwortung von gleich fünf Fragen zu Lohnverzicht ("wenn ...") geht hervor, daß den meisten Beschäftigten Lohnerhöhungen unverzichtbar sind. Das einzig unklare Ergebnis der Frage, ob Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich annehmbar sei, ist wohl eher auf die sehr unklare Formulierung der Frage zurückzuführen.

Als Konsequenz aus der Fragebogenaktion hält die IG Chemie fest, daß ein Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung auf alle Fälle erfolgen muß. Aber "Arbeitszeitverkürzung sowie Lohn- und Gehaltszuwachs sind natürlich auf der Kostenseite in Zusammenhang zu sehen". In Sachen Intensivierung hat das Umfrageergebnis der Bezirksleitung offenbar zu denken gegeben. Noch im Sommer soll eine Aktion gegen regelmäßig geleistete Überstunden unter dem Motto "Überstunden schaffen keine Arbeitsplätze" beginnen, und "im Herbst '84 werden wir – nach intensiven Diskussionen mit den Vertrauensleutkörpern unserer Betriebe – Vorschläge zur Verringerung des Leistungsdrucks unterbreiten".

Dokumentiert
"Arbeitszeitverkürzung – Arbeitslosigkeit"
Umfrageergebnisse (Auszüge)

Frage	Antworten %			
	ja	n.wn	ka	
Arbeitszeitverkürzung wird Arbeitsplätze sichern	32	48	17	3
Durch Arbeitszeitverkürzung verhelfen diejenigen, die Arbeit haben, den Arbeitslosen zu einem neuen Arbeitsplatz	30	47	19	4
Arbeitszeitverkürzung wird in meinem Betrieb Arbeitsplätze sichern	23	48	25	4
Arbeitszeitverkürzung würde in meiner Abteilung neue Arbeitsplätze schaffen	18	63	14	5
Arbeitszeitverkürzung würde in meiner Abteilung die Gefahr von Kündigungen abbauen	23	51	20	6
Ist der Leistungsdruck an Ihrem Arbeits-	69	24	4	3

platz gestiegen?

Machen Sie regelmäßig Überstunden? 17 78 0 5

Arbeitszeitverkürzung könnte in meinem Betrieb die Arbeitshetze verringern 12 69 14 5

Arbeitszeitverkürzung kann zu einer intensiveren Arbeitsbelastung führen 74 12 10 4

Arbeitszeitverkürzung würde zu mehr Streß für mich führen 63 22 10 5

Arbeitszeitverkürzung würde in meiner Abt. zu weniger Krankheitszeiten führen 14 54 27 5

Arbeitszeitverkürzung muß mit breiten begleitenden Maßnahmen (z.B. Besetzungsplan an den Maschinen und Festlegen einer Höchstleistung ...) geplant und eingeführt werden, damit weiterer Personalabbau durch Rationalisierung verhindert wird 60 12 20 8

Sind Sie mit der Entwicklung Ihres Einkommens in den vergangenen Jahren zufrieden gewesen? 36 55 3 6

Haben die Arbeitnehmer in der letzten Zeit verstärkt Schwierigkeiten, mit ihrem Verdienst auszukommen? 62 18 13 5

Viele Arbeitnehmer können nicht auf Überstunden verzichten 40 18 28 14

Für mehr Freizeit würde ich Lohnverzicht in Kauf nehmen 22 66 5 7

Wenn durch Arbeitszeitverkürzung die Arbeitsplätze sicherer würden, würde ich auf einen Lohnausgleich verzichten 35 47 10 8

Für eine frühere Pensionierung würde ich niedrigere Rente in Kauf nehmen 41 44 8 7

Wenn durch Arbeitszeitverkürzung der Streß am Arbeitsplatz verringert würde, würde ich Lohnverzicht in Kauf nehmen 24 55 11 10

Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich wäre für mich nicht annehmbar
Meine Interessen bei einer Arbeitszeitverkürzung wären vorrangig: 42 40 9 9

Herabsetzung des Rentenalters auf 58 Jahre durch Gesetz oder Tarifrrente 87

Ich würde andere Formen der Arbeitszeitverkürzung vorziehen (z.B. längeren Urlaub, Bildungsurlaub, Sabbatjahr ...) 34

Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden 32

Bezahlte Erholzeiten und Pausen während der täglichen Arbeitszeit 23

Verkürzung der Schichtzeit (durch Einführung einer weiteren Schicht) 20

Verteilung der Arbeit auf Teilzeitarbeitsplätze (z.B. zwei oder drei Leute teilen sich einen oder mehrere Arbeitsplätze) 17

(mögliche Antworten: ja/nein/weiß nicht/keine Antwort)
Quellenhinweis: "Arbeitszeitverkürzung contra Arbeitslosigkeit" / Ergebnisse der Fragebogenaktion; IG Chemie, Bezirk Baden-Württemberg Mai 1984. – (sth)

Reproduktion

KEIN ZEICHEN FÜR WOHLSTAND: AUTOBESITZ IN ARBEITERHAUSHALTEN

Der trotz wirtschaftlicher Krise nach wie vor vorhandene relative Wohlstand der westdeutschen Arbeiterbevölkerung ließe sich allein schon an dem weit verbreiteten und immer noch zunehmenden Autobesitz ablesen, ist eine der gängigen Behauptungen der Verteidiger der Marktwirtschaft. Tatsächlich aber spiegeln die Daten über den PKW-Besitz nach Einkommen, verschiedenen Familienzuständen und Alter, wie sie in den Schaubildern und Tabellen auf Seite 31 dargestellt sind, vielmehr genau die Klassenspaltung und die unvollständige Reproduktion der Arbeiterbevölkerung wider.

Aus dem Schaubild über die Abhängigkeit des PKW-Besitzes vom Haushaltseinkommen geht hervor, daß eine Sättigung des Bedarfs nach einem individuell gebrauchbaren Fortbewegungsmittel erst bei Nettoeinkommen von mehr als 4000 DM möglich wird, also um einiges über den Einkommen des größten Teils der Lohnabhängigen. Darunter verläuft die Kurve steil, schon geringfügige Einkommenssenkungen bewirken, daß die Autohaltung im davon betroffenen Haushalt beträchtlich erschwert wird.

Woher aber kommt die auf den ersten Blick doch beträchtlich Motorisierung bei fast einem Fünftel der Haushalte mit allerniedrigsten Einkommen, die viel zu dem in der öffentlichen Meinung vorhandenen Eindruck beiträgt, der Autobesitz sei allen gesellschaftlichen Klassen zu-

gänglich? Für diese Haushalte ist der Besitz eines Autos meist kein Glücksumstand ihrer Reproduktion, sondern bittere Notwendigkeit, die sich aus den Arbeits- und Lebensumständen ergibt und mit allergrößter Enge bei Wohnung, Kleidung und Essen bezahlt werden muß. Soweit hier tatsächlich noch ein Ersatz des verschlissenen Autos stattfindet – das vielleicht noch angeschafft wurde, als das Einkommen höher war –, können diese Schichten zum überwiegenden Teil nur einen Gebrauchtwagen beschaffen (s. Schaubild 2). Daß bei solchen Käufen beträchtliche Qualitätsunterschiede bestehen – etwa zwischen einem ein Jahr alten Mercedes und einem bei der nächsten TÜV-Abnahme zur Verschrottung anstehenden Kleinwagen –, ist noch gar nicht berücksichtigt.

Aber auch in den Arbeiterhaushalten, in denen zumindest einer regelmäßig zu durchschnittlichen Bedingungen und durchschnittlichem Lohn beschäftigt ist, verläuft der Reproduktionskreislauf des Autos keineswegs vollständig und ungestört. Der Anteil der gebraucht gekauften PKWs bleibt bei Nettoeinkommen um die 2000 bis 3000 DM mit rund 40 bis 50% hoch. Erst ab den Einkommen, die bei den akademisch gebildeten Lohnabhängigen üblich sind, sinkt der Gebrauchtwagenanteil deutlich.

Zugleich beginnt bei den Mittelschichten der Anteil der Haushalte mit Zweitwagen rasch zu steigen.

Während bei den Einkommen um die 4000 DM hierfür durchaus noch tatsächliche Reproduktionserfordernisse der Grund sein mögen – er ist Ingenieur, sie Lehrerin auf einer weiter entfernten Schule –, geht die Kurve dann in eine Sättigung über bei den Haushalten, in denen der Zweitwagen zum Verleben der Revenue gehört wie die Brillanten von Madame.

Die Abhängigkeit des PKW-Besitzes vom Alter deutet darauf hin, daß die Kapitalisten in der BRD die Arbeiterbevölkerung im Schnitt früh verschleiben und die verschlissene Arbeitskraft dann schlecht oder gar nicht mehr bezahlen. Der Anteil der PKW-besitzenden Haushalte steigt an bis zur Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen, was der üblichen Lebenserfahrung entspricht, da dann in aller Regel die berufliche Etablierung abgeschlossen ist. Allerdings geht dann der PKW-Besitz bei der Gruppe der 45- bis 55-Jährigen bereits wieder zurück, obwohl hier eigentlich im gesellschaftlichen Durchschnitt durch die Beendigung der Kindererziehung eine finanzielle Entspannung in der Reproduktion zu erwarten wäre. Abgruppierungen, Entlassung und Neueinstellung zu schlechteren Bedingungen – all das scheinen die Kapitalisten in solchem Umfang gegen ältere Arbeiter anzuwenden, daß sich die Folgen statistisch meßbar in einer Einschränkung der Reproduktion ablesen lassen. Daß dies tatsächlich der Fall ist, dafür spricht auch der deutliche Rückgang des Automobilbesitzes bei der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen, von denen ein erheblicher Teil wegen Verschleiß bereits frühverrentet ist.

Quellenhinweis: Wirtschaft und Statistik 4/84, Stat. Jahrbuch 1979 und 1984 – (alk)



Der Motorisierungsgrad in den kleinen Gemeinden ist bedeutend höher als in den Großstädten: Die Verbilligung der Reproduktion bei der Miete muß mit hohen Aufwendungen fürs Auto und langen Fahrzeiten bezahlt werden. Daß immer weniger Lohnabhängige in der Lage sind, ihr abgenutztes Fahrzeug zu ersetzen, ist eine wesentliche Ursache wachsender Unfallzahlen. Einen Absatz "boom" erzielen nur noch Fahrzeuge, die in den Konsum der Mittelklassen eingehen.

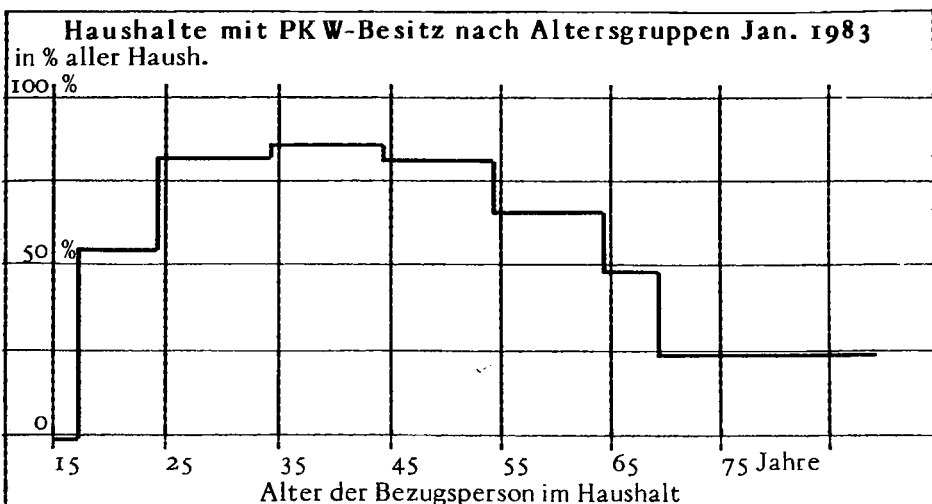
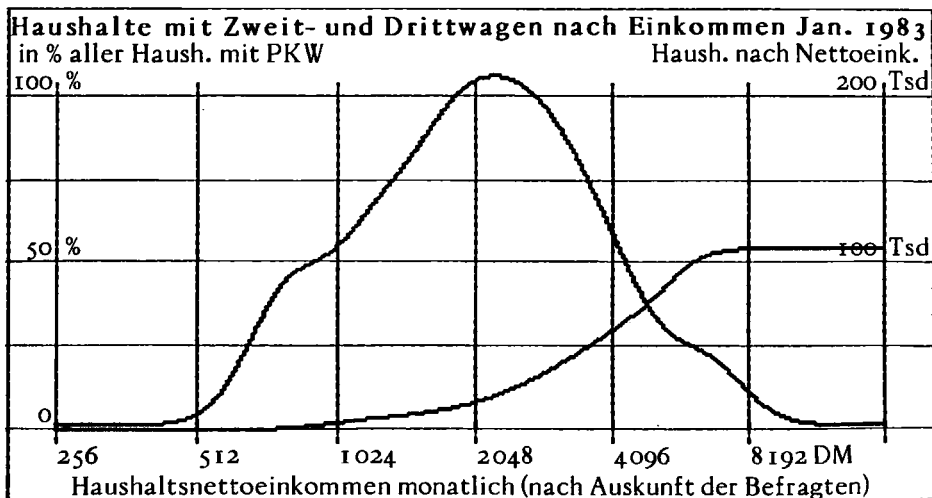
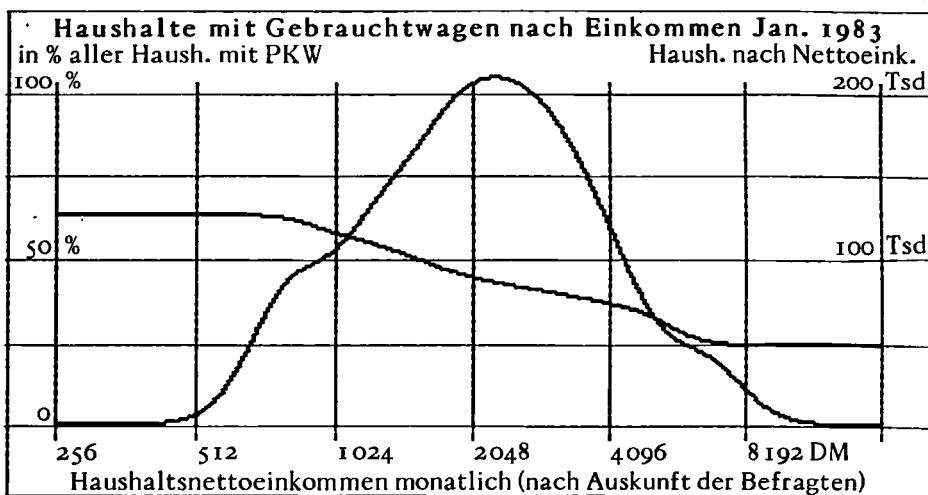
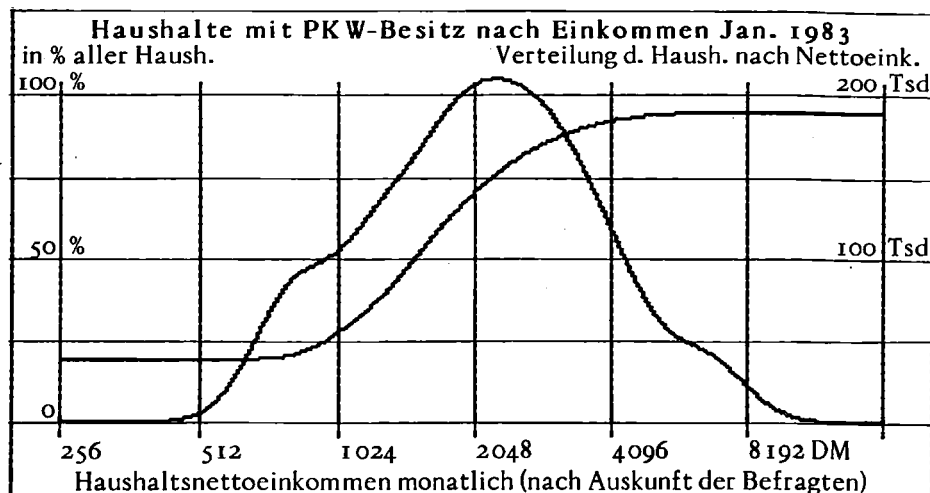


Tabelle 1: Private Haushalte mit PKW (1962-1983)

Von je 100 Haushalten waren mit PKW ausgestattet					
1962	1969	1973	1978	1983	
27	44	55	62	65	

Tabelle 2: PKW-Ausstattung nach Haushaltsgröße (Jan. 1983)

von ... Tsd. Haushalten				
7317	6957	4153	3289	1738
mit ... Pers.				
I	2	3	4	5 u.m.
besaßen ... % PKWs				
29,6	69,4	88,6	92,1	92,8

Tabelle 3: PKW-Ausstattung nach Haushaltstyp (Jan. 1983)

von ... Tsd. Haushalten				
5114	2203	628	5686	8091
vom Typus				
Frau allein	Mann allein	allein mit	verh. ohne	verh. mit K.
besaßen ... % PKWs				
21,4	48,4	58,9	70,1	92,0

Tabelle 4: PKW-Ausstattung nach Größe der Wohngemeinde (Jan. 1983)

von ... Tsd. Haushalten				
3 119	5 428	5 610	4 423	4 899
in Gemeinden mit ... Tsd. Einw.				
unter 5	5 - 20	20 - 100	100 - 500	500 u.m.
besaßen ... % PKWs				
77,2	71,7	66,2	60,3	54,1

Tabelle 5: Zweit- und Drittwagen in Haushalten (Jan. 1983)

von 15,3 Mio. Haushalten mit PKW hatten ... PKW					
1		2		3 u. mehr	
Zahl der Haushalte in Tsd.					
12685		2320		308	
in % der PKW-besitzenden Haush.					
82,8		15,2		2,0	

Jeweils ohne Haushalte von Ausländern sowie ohne Haushalte mit über 25000 DM Nettoeinkommen monatlich. — Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983, Wirtschaft und Statistik 4/1984.

Indiana Jones und der Tempel des Todes KOLONIALTRUPPEN ERMÖGLICHEN ERFOLGREICHE ABENTEUER



Der Held führt den Kampf gegen das Böse, das am Hofe eines indischen Fürsten herrscht

Die Werbung für diesen Film lockt: "Das Abenteuer hat viele Gesichter. Indiana Jones zeigt sie alle." Die Produzenten haben das Kinostück konzipiert als Fortsetzung des kassefüllenden Films "Der Jäger des verlorenen Schatzes". Derselbe Hauptdarsteller verkörpert denselben Doktor der Archäologie, der erneut auf die risikoreiche Suche nach verschwundenen Schätzen geht. Die Mischung der Filmbestandteile strebt eine Identifizierung des Publikums mit dem vielseitigen Helden an. Er ist auf dem Parkett einer Bar gewandt, er trotzt den Gefahren im Dschungel. Die Frau, die ihn begleitet, kreischt beständig in gefährlichen Situationen und verhält sich auch sonst so, wie der Regisseur wohl meint, daß frauliche Dummheit einem Helden auf den Wecker fällt. Ein kleiner Chinesen-Junge ist Diener und Adoptivsohn in einem, dessen kindliche Anhänglichkeit die moralische Größe des weißen Helden betont.

Der Film verbindet rücksichtliche gesellschaftliche Ansichten mit einer abwechslungsreichen Handlung. Die Mischung erzielt Wirkung. Die Kinosäle sind voll.

Zwei wesentliche Bestandteile prägen die beiden Filme dieser Reihe: Die magischen Wirkungen von bestimmten religiösen Kultgegenständen und daß die Fil-

me in Zeiten spielen, in denen die Imperialisten als Kolonialherren Völker unterdrückten. Dieser Film spielt 1935 und in der Hauptsache im vom britischen Kolonialismus beherrschten Indien. Die Magie wird zwar im Gegensatz zum ersten Film diesmal ironisch abqualifiziert als "Gespenstergeschichten", aber der Ablauf der Handlung beruht darauf, daß über magische Praktiken ein indischer Priester, der Menschenopfer vollzieht, das Volk unterdrückt. Die Versatzstücke für das Schau-dern des Publikums sind nicht neu. So viele Gesichter wie angekündigt hat dieses Abenteuer denn doch nicht.

Die Handlung des Films ist so entwickelt, daß der Zuschauer die Einsicht gewinnt, in der Zeit des Kolonialismus konnten treffliche Abenteuer im Kampf gegen die bösen einheimischen Herrscher und ihre unmenschlichen Machenschaften erlebt werden, und der gute Zivilisierte mußte zur Befreiung der armen Menschen diesen Kampf einfach aufnehmen. Daß die Abenteuer aber auch gut ausgehen, dafür sorgt das rechtzeitige Eingreifen der britischen "Schutztruppen". In der höchsten Not, als der Held nicht mehr ein noch aus weiß – er hängt überm Abgrund, unten die Krokodile – da tauchen die Kolonialtruppen auf und knallen

die Unterdrücker und ihre Mannschaften ab. Das Publikum kann aufatmen. Die Kolonialtruppen hatten, wie ersichtlich, eine wichtige Aufgabe. Das Reich der Abenteuer bedurfte ihrer. Die Abenteuer-Wunschvorstellungen der Zuschauer erhalten so bestimmte Prä-

gungen, imperialistische Kolonialtruppen sind dann begrüßenswerte Einrichtungen zur Rettung und Erhaltung des Guten in der Welt. Die Verbreitung solcher reaktionären Geschichtsauffassungen ist kein nebensächliches Abfallprodukt dieses Films. – (gba)

Westfront 1918

EIN DEFAITISTISCHER FILM ÜBER DEN ERSTEN WELTKRIEG

Der Filmregisseur Pabst drehte den Film "Westfront 1918" im Jahr 1930. Der Film wendet sich gegen jede Verherrlichung des Krieges, indem das Schicksal von vier Soldaten der deutschen Armee, die im ersten Weltkrieg an der Westfront gegen Frankreich eingesetzt sind, gezeigt wird. Keiner der Soldaten überlebt, sie werden in mörderischen Einsätzen verheizt. Pabst zeichnet ein realistisches Bild von den Lebensumständen an der Front und im Deutschen Reich, dem Hunger der einfachen Soldaten und der Familien, der zerstörerischen Wirkung, die der Krieg auf die persönlichen Verhältnisse der Soldaten hat, den grauenhaften Zuständen in den Lazaretts und dem relativen Wohlbefinden der Offiziere in der Etappe und der Reichen im Deutschen Reich und den betrügerischen Versuchen der Heeresleitung, die Stimmung der Truppe zu heben. Er tritt für die Verbrüderung des deutschen und französischen Volkes gegen den Krieg ein. Einer der Soldaten vertritt die These,

daß "alle", die am Krieg teilnehmen, "alle", die nicht gegen den Krieg kämpfen, auch "Schuld" haben am Krieg. Welche Klassen die kriegstreibenden sind, bleibt im Dunkeln. Die Aufführung des Films wurde sofort nach der Regierungsübernahme durch die Faschisten im Jahr 1933 verboten. Das ZDF zeigte den Film aus Anlaß des 70. Jah-



Filmplakat von 1930

restages des Beginns des ersten Weltkrieges und wird noch zwei weitere, später von den Faschisten verbotene Filme über den ersten Weltkrieg zeigen. – (uld)

US-Armee

VERDAMMT GUTE SOLDATEN SOLLEN SICH ENTFALTEN KÖNNEN

"Verlorene Söhne durchbummeln die Zeiten / Verdammte in alle Ewigkeit. / Erbarm Dich, Herr, unserer Wenigkeit / Bah! Yah! Yah!" Diese Verse des kolonialbegeisterten Engländers Kipling hat James Jones zum Motto seines 1951 in den USA erschienenen Buches

"Verdammt in alle Ewigkeit" gewählt, das durch Zinnemanns Verfilmung 1953 weltberühmt wurde. Der Film wurde am 18.8. im Fernsehen gezeigt. Jones war selber 1941 auf Hawaii stationiert, wo die Geschichte spielt. Geschildert werden die Kämpfe in der

Armee aus der Sicht eines Eigensinnigen, der sich weigert, Werkzeug für die Karriere seiner Vorgesetzten zu sein. Lieber läßt er sich schikanieren, als daß er durch die Fortsetzung seiner Boxerlaufbahn Menschen gefährdet. Als jedoch sein Freund im Militärgefängnis umgebracht wird, folgt er wie immer seinem Gewissen, tötet den Verantwortlichen und flieht. Kriegsdienstverweigerung läßt sich so nicht begründen. Folgerichtig treibt ihn dasselbe Gewissen, sich bei Beginn der Bombardierung von

Pearl Harbour durch die Japaner zu seiner Einheit durchzuschlagen. Dabei wird er, da er auf Anruf nicht stehenbleibt, erschossen. Obwohl die Schinderei in der Armee angegriffen wird, ist der Film nicht pazifistisch. Er wirbt für eine Armee, die aus anständigen Gemeinen und solchen Vorgesetzten wie dem gerecht denkenden Spieß bestehen sollte, der selbst seine Liebe opfert, um das Muster eines Soldaten zu bleiben. (Quellenhinweis: James Jones, Verdammte in alle Ewigkeit, Fischer TB 1124, – anl)

Fernsehkriminalserie

WIE EINSTIMALS DJANGO

– KOTTAN ERMITTELT

Die Serie "Kottan ermittelt" richtet sich an Leute, die die üblichen Fernsehkrimalfilme mit dem preußisch-deutschen, brutalen, aber gerechten Kommissarsbeamten nicht ansehen wollen. Die vom österreichischen Fernsehen produzierten und vom ZDF derzeit monatlich ausgestrahlten Filme stellen folgende Typen vor: den Polizeipräsidenten – dumm, strebt weitere Karriere an; Kommissar Schramml – ebenfalls dumm, aber eben Rangstufen tiefer; Kommissar Kottan – das Individuum, mit Schwächen, ein Held fürs Mittelklassenpublikum, das in gewisser Distanz zum Staatsapparat steht. Kottan heißt den Präsidenten ein Arschloch, führt auch sonst lockere Sprüche auf den Lippen und ironisiert die Rolle des Polizisten und gelegentlich des ganzen Films (z.B. in der am 12.8. gesendeten Folge: Kottan begrüßt den Mörder, dargestellt von einem in der "Tatort"-Kriminalserie auftretenden Schauspieler: "Jetzt darfst auch mal bei mir mitspielen"). Dazu spricht er Wiener Dialekt (gemäßigt), was anheimelnde Stimmung schafft. Die Schwäche Kottans: Er hat Schwierigkeiten mit der Frauenemanzipation – verkörpert durch seine Mutter und seine Ehegattin. Der Trick: Statt eine Polemik gegen reaktionäre Positionen zu entwickeln,

reißt die Serie ein "kritisches Thema" an und macht dann Witze, die keinem weh tun. Kottans feste Freundin, eine Prostituierte, verbündet sich mit seiner Ehefrau, als Kottan mit einem jungen Mädchen anbandelt. Bei allem Klamauk, den Kottan veranstaltet, steht aber fest: Er vertritt das Gesetz und bringt die Verbrecher zur Strecke. So verstummte die anfängliche Kritik von Reaktionären an der Serie, sie mache die Polizei lächerlich. Der "antiautoritäre" Kottan bringt ja doch staatstragende Gedanken auf den Bildschirm. Er bleibt ein Abklatsch jenes Westernhelden, der vor einigen Jahren große Popularität besaß und doch bloß die künftige Beamtengeneration an Recht und Gesetz mahnte. – (alk)



Kommissar Kottan und Präsident – ein beamtenrechtliches Verhältnis

Alte Oper Frankfurt

VORBEUGE-ZENSUR – WIE WIRD EIN PRESTIGE OBJEKT FINANZIERT

Die CDU hat mit OB Wallmann an der Spitze die neue Alte Oper in Frankfurt für über 160 Millionen DM zu einem Kult- und Kongreßtempel wieder auf- und damit Frankfurts Prestige weiter ausbauen lassen. Die jährlichen Folgekosten werden zwischen 10 und 15 Mio. DM geschätzt.

Dies ist der Hintergrund jenes kulturellen Fingerhakeln, das seit zwei Monaten die Kulturgemüter Frankfurts beschäftigt. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Alten Oper Frankfurt, OB Wallmann, hat den Generalmanager Schwab am 10. Juli fristlos gefeuert. Dieser hatte zuvor Anlauf genommen und war mit beiden Füßen ins Fettaßbrot gesprungen: Im Rahmen der "Frankfurt Feste '84" hatte er Fassbinders Theaterstück "Der Müll, die Stadt und der Tod" als "Anstoß zum Nachdenken über die letzten Dinge" ins Programm nehmen wollen.

Fassbinders Stück, nach dessen Willen nur in Frankfurt oder aber im Ausland aufzuführen, basiert auf einem Roman von Zwerenz. Es behandelt die dreckigen Sanierungsgeschäfte im Frankfurter Westend. Die Hauptfigur ist ein reicher Jude, der sich an "den Leuten" rächen will, indem er alte Häuser aufkauft, sie abreißen läßt, neue drauf baut und diese teuer verkauft. Ein Polizeipräsident bringt denjenigen eigenhändig um, der den Juden verrät, weil dieser seine gewerbsmäßige Konkubine umgebracht hat.

Das ist typisch Fassbinder, aber ebenso brandaktuelles Frankfurt. Wallmann ist die Sache zu heiß geworden. Zu Beginn des Kommunalwahlkampfes soll ein Thema als kulturelle Erbauung öffentlich verhandelt werden, das er gerade jetzt gerne unter dem Teppich haben möchte: Sanierung! Das Bahnhofsviertel steht zur Sanierung auf dem Plan, das heißt billiger Wohnraum soll vernichtet werden, weil Büro- und Geschäftsräume sowie Läden für das Handels- und Dienstleistungskapital errichtet werden sollen. Deshalb Spielverbot! Das Stück zeige antisemitische Züge: Die neue Alte Oper, "einst zum großen Teil mit dem Geld Frankfurter Juden aufgebaut" (Gauland, Referent des OB), soll jetzt Schauplatz der Judenverfolgung werden, denn, "daß aber der reiche Jude (im Fassbinderstück, d. Verf.) im Milieu von Schlägern und Zuhältern zuhause ist, daß er Mitarbeiter dienstbar macht für niedere Bedürfnisse ... das entspricht dem üblen faschistischen Bild vom Juden, darin liegt der Antisemitismus" (der stellv. Kreisvors. d. FDP).

Antisemitismus hat in Frankfurt im Zusammenhang mit Sanierung Tradition. Die Grundstücksspekulanten und Vertreter im Frankfurter Westend der sechziger Jahre waren zum großen Teil jüdischer Abstammung, die bürgerliche Presse hat zu allen Zeiten darüber gern Indiskretionen rausgelassen. Tatsächlich aber verfängt der Antisemitismus unter den arbeitenden Menschen in Frankfurt weniger als behauptet, denn es war wohl bekannt und begrüßt, als sich Jugendliche aus der jüdischen Gemeinde vor gut zehn Jahren an den Demonstrationen gegen die Sanierung im Westend beteiligten. Der Antisemitismus indessen wird durch Wallmann und den SPD-Kulturdezernenten Haverkamp praktiziert. Nicht nur, weil sie den Haß gegen die Sanierungsgeschäfte gern auf die Kapitalisten jüdischer Abstammung lenken wollen, sondern z.B. auch dadurch, daß seit Wallmanns Amtsantritt 1981 durch die Stadtverwaltung die Wiedererrichtung des jüdischen Museums verschleppt wird. Hauptsächlich ist die Maske gefallen, als letztes Jahr der Nazi-Ideologe Ernst Jünger von Wallmann den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt überreicht bekam. Ersterer ist bekannt durch seine Kritik am Antisemitismus wegen seiner mangelnden Radikalität: "Der Stoß gegen die Juden ist immer viel zu flach angesetzt, um wirksam zu sein." Er fordert, daß "für den Juden in Deutschland auch der leiseste Wahn, in Deutschland Deutscher sein zu kön-

nen, unvollziehbar werde" und: "er wird sich vor seiner letzten Alternative sehen, die lautet: in Deutschland entweder Jude zu sein oder nicht zu sein." Bei der Debatte um die Preisverleihung an Ernst Jünger hatte der CDU-Stadtrat Brück diesen Antisemitismus in Schutz genommen: "Nein, es ist die Frage, ob es richtig ist, dem hier weilenden Gast, der aus einem völlig anderen Kulturkreis kommt, die Anpassung an unsere Kultur abzuverlangen."

Wallmann und Haverkamp hatten, nach dem Rauschschuß des Generalmanagers der neuen Alten Oper, den für das Fassbinderstück bereits engagierten Schauspielern eine "Nichtspielfrist" bis zum 31. März 1985 aufgezwungen. Der Ablauf der Frist fällt genau in die Zeit der Kommunalwahlen. Dagegen gab es Kampf. Sie haben es nicht geschafft, den Termin noch weiter zu verschieben, sondern er ist jetzt auf den 31.12.1984 festgelegt worden. Nicht zuletzt wegen des politischen Drucks, den u.a. der Schriftstellerverband der IG Druck und Papier ausgeübt hat, als er sich öffentlich gegen die Zensur aussprach. — (jst)

Deutsche Demokratische Republik

DAS VOLK DER DDR HAT MIT DEN NAZIS GRÜNDLICH AUFGERÄUMT

Im Gegensatz zur BRD hat es in der DDR nach der Befreiung vom Faschismus und der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 tatsächlich eine Entnazifizierung gegeben. Industrielle, Banken und Großgrundbesitzer, die die faschistische Diktatur und die Neuordnung Europas durch Krieg betrieben hatten, wurden in der damaligen sowjetisch besetzten Zone enteignet und, sofern sie nicht vorher in den Westen geflüchtet waren, verurteilt. Die öffentliche Verwaltung, die Justiz, die Schulen und alle Wirtschaftsbereiche wurden von NS-Anhängern gesäubert. Alle diese Maßnahmen erfolgten in Umsetzung der Kontrollratsbeschlüsse, die von allen Besatzungsmächten unterzeichnet waren. Allein die Sowjetunion gewährleistete mit ihren Befehlen und Verordnungen, daß diese Bestimmungen nicht nur auf dem Papier standen, sondern in dem von ihr besetzten Gebiet auch in die Tat umgesetzt wurden.

Als die Entnazifizierung in der SBZ schon weitgehend abgeschlossen war, sah sich die sowjetische Regierung zu einer ausführlichen Kritik im Kontrollrat genötigt. Sokolowski im Kontrollrat u.a.: "Die Entmilitarisierung Deutschlands und vor allem die Liquidierung seines Rüstungspotentials werden nicht durchgeführt. Der Beschluß über die Demokratisierung Deutschlands wird nicht erfüllt ... Das alles zeugt davon, daß die Beschlüsse der Konferenzen von Jalta und Potsdam durch die Besatzungsbehörden der amerikanischen, der britischen und der französischen Zone zum Scheitern gebracht werden. Diese Beschlüsse wurden durch die Regierungen aller im Kontrollrat vertretenen Mächte gefaßt. Aber Beschlüsse fassen ist etwas anderes als sie durchführen."

Wie wurde die Demokratisierung in der damaligen SBZ und heutigen DDR durchgeführt? Die Kontrollratsbeschlüsse Nr. 2, 10, 24, 38 legten fest: Verbot der NSDAP und aller ihrer Gliederungen, Beschlagnahmung des Vermögens von NS- und Kriegsverbrechern, Bestrafung derselben, wobei die Strafen vom Todesurteil bis zur Aberkennung der Ehrenrechte reichten. Die Kontrollratsbeschlüsse differenzierten ziemlich genau zwischen Hauptschuldigen, Belasteten, Mitläufern usw. Mit dem Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 ermöglichte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) die Bildung von Parteien und Gewerkschaften: "1. Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetäti-

gung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen." (1) Tags drauf trat die KPD mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, die SPD reorganisierte sich, und bis Anfang August gründeten sich die Christlich Demokratische Union und die Liberal-Demokratische Partei. Am 14. Juli bildeten diese Parteien einen Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Sie bildeten Landes- und Provinzialverwaltungen. Zunächst wurde die öffentliche Verwaltung von Nazi-Elementen gesäubert. Als Beispiel sei das Thüringer Gesetz vom 23.07.45 angeführt:

"§ 2 Beamte, Angestellte und Arbeiter, die vor dem 1. April 1933 in die ehemalige Nationalsozialistische Arbeiterpartei (NSDAP) eingetreten sind ('alte Kämpfer') werden aus dem öffentlichen Dienst entlassen ... § 3 Beamte, Angestellte und Arbeiter, die vom 1. April 1933 ab in die NSDAP eingetreten sind, werden grundsätzlich in folgenden Fällen aus dem öffentlichen Dienst entlassen: a. Beamte vom Regierungsdirektor bisheriger Einordnung aufwärts bzw. die ihnen in der Besoldungsordnung gleichstehenden Beamten und Angestellten ..." Entlassungskriterien waren außerdem Funktionen innerhalb der NSDAP und ihrer Gliederungen, z.B. in der NSDAP vom Zellenleiter an aufwärts, bei der SA vom Scharführer an aufwärts, in der Hitlerjugend vom Bannführer an aufwärts sowie alle Mitglieder der SS, ausgenommen die Wehrpflichtigen, außerdem bestimmte Ordensträger.

Auf Befehl der SMAD sollten die Gerichte reorganisiert werden, wie sie zum 1. Januar 1933 bestanden hatten. Alle früheren Mitglieder der NSDAP mußten aus dem Justizapparat gesäubert werden. Ca. 80% der Richter hatten der NSDAP oder ihren Gliederungen angehört. Hilde Benjamin, die damit in ihrem Bezirk betraut war, schreibt dazu: "Ich fand aber immerhin einige Juristen im Bezirk, die nicht Mitglieder der Nazi-Partei gewesen waren und die sich als Vormundschafts- oder Grundbuchrichter von der Nazirechtsprechung ferngehalten hatten oder von den Nazis ferngehalten worden waren. Sie stellte ich am 14. Mai dem sowjetischen Kommandanten des Bezirks Steglitz vor ... Die Vorgeschlagenen wurden überprüft, einige aufgesucht, und so wurde am 14. Mai 1945 das Bezirksgericht Steglitz mit drei neu ernannten Richtern eingesetzt. 'Und Sie sind Staatsanwalt', sagte der Kommandant. Und auch das schien mir selbstverständlich, daß der Rechtsanwalt, der Arbeiter gegen die Weimarer Reaktion verteidigt hatte, nun Staatsanwalt zur Verteidigung des neuen werden des Staates war." (2) Die "Deutsche Volkszeitung" aus Sachsen berichtete am 12.12.45: "Um dem Personalmangel abzuwehren, aber vor allem auch, um die Justiz auf eine demokratische Basis zu stellen, sind in der Provinz Sachsen Richter aus dem Volk, die über genügend Fachkenntnisse verfügen, eingestellt worden. Die Ausbildung erfolgt durch antifaschistische Richter." Diese Gerichte verhandelten alle zivil- und strafrechtlichen Sachen, begannen selbsttätig die Aburteilung von Naziverbrechern, und sie rehabilitierten gemäß dem Befehl 228 der SMAD alle Personen,

Plakat des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) mit der Aufschrift: "Hinaus mit den Kriegerinteressenten und Naziaktivisten aus den Betriebsleitungen und Verwaltungen. Stärkt die Gewerkschaften, werdet Mitglied!" Als erste Aufgabe der Gewerkschaften wurde dies vom vorbereitenden Gewerkschaftsausschuß am 15. Juni 1945 benannt.



die wegen politischer Handlungen gegen das NS-Regime verurteilt worden waren.

Die SMAD hatte festgelegt, daß ab dem 1. Oktober an den Schulen wieder unterrichtet werden sollte. Im August erließen die Länderverwaltungen dazu Verordnungen, als Beispiel die sächsische Verordnung: "Diejenigen Lehrer und Beamten der Schulbehörde, die sich gegen die Interessen des Volkes vergangen haben und nicht im Amt bleiben dürfen, sind sofort zu entlassen und den Arbeitsämtern zu melden ... Alle Lehrer, die von der Naziregierung infolge einer antifaschistischen Betätigung aus dem Amt gebracht wurden, sind sofort in den Schuldienst zu übernehmen und bei fachlicher Eignung in leitende Stellungen zu bringen ... Lehrpläne und Schulbücher aus der Nazizeit sind zu vernichten." Da 78% der Lehrer Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen gewesen waren, wurde die überwiegende Mehrheit entlassen. So fehlten mindestens 40000 Lehrer. In Kurzlehrgängen erhielten Arbeiter, Bauern und Angestellte die notwendigen Kenntnisse und 15000 von ihnen begannen 1945/46 als "Neulehrer".

Für die Säuberung der Wirtschaft wurden ähnliche Kriterien angewandt wie in der öffentlichen Verwaltung. Zur Durchführung wurden Ausschüsse aus einem Wirtschaftsbeauftragten, je einem Vertreter der Parteien, einem Gewerkschaftsvertreter und einem Vertreter des jeweils betroffenen Betriebes gebildet. Die Landesverwaltungen legten fest: "Die Arbeitsämter sind angewiesen, die Entlassenen schnellstens in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Sofern die Entlassenen einen gelernten Beruf haben ..., soll die Eingliederung im Beruf aber in nachgeordnete Stellungen erfolgen. Sofern die Entlassenen ohne Beruf sind, erfolgt der Einsatz zum Tiefbauarbeiterlohn bei der Aufräumung der von den Nazis verwüsteten Städte und Gemeinden, beim Straßenbau, bei der Wiederherstellung der Schienen und Verkehrswege, bei der Kohlegewinnung und bei der Landwirtschaft." In Gesetzen über die Aufgaben der Betriebsräte im Oktober 1945 nannten die Landesverwaltungen ausdrücklich die Säuberung der Betriebsleitungen von den Nazis. Die Entnazifizierung in den Betrieben und in der Landwirtschaft war aber unmittelbar mit der Eigentumsfrage verbunden.

Am 29. Oktober beschloß die Landesverwaltung von Sachsen die Enteignung von Flick: "Zahlreiche deutsche Monopolkapitalisten gehen ihrer Verurteilung als Kriegsverbrecher entgegen. Zu ihnen gehört einer der Hauptvertreter des räuberischen deutschen Monopolkapitalismus, Friedrich Flick, der auch im Bundesland Sachsen große monopolistische Konzernbetriebe in Händen hatte. Zur Sicherung der Demokratie und des Friedens beschließt daher die Landesverwaltung Sachsen, die dem Kriegsverbrecher Flick gehörigen und im Bundesland Sachsen gelegenen Unternehmungen mit allen ihren Beteiligungen und Rechten, sowie alle sonstigen im Besitz des Kriegsverbrechers Flick befindlichen Vermögenswerte im Bundesland Sachsen zu enteignen und in das Eigentum des Bundeslandes zu überführen." Im Mai 1945 rief der Block der antifaschistischen Parteien zum Volksentscheid auf über die Enteignung von Kriegs- und Naziverbrechern. Solche Volksentscheide wurden in allen Ländern durchgeführt, und mit großer Mehrheit wurden die Enteignungen beschlossen. 82% der Bevölkerung in Sachsen stimmte damit u.a. für: "Das ganze Vermögen der Nazi-Partei und ihrer Gliederungen und die Betriebe und Unternehmen der Kriegsverbrecher, Führer und aktiven Verfechter der Nazi-Partei und des Nazistaates wie auch die Betriebe und Unternehmen, die aktiv den Kriegsverbrechern gedient haben und die der Landesverwaltung Sachsen übergeben wurden, werden als enteignet erklärt und in das Eigentum des Volkes überführt." Nach der Einschätzung des FDGB war die Entnazifizierung in den Betrieben Ende 1946 vollzogen.

Für die Umgestaltung auf dem Land erließen die Länder- und Provinzverwaltungen gleichlautende Verordnungen über die demokratische Bodenreform. Darin legten sie fest: "Die Bodenreform muß die Liquidierung des feudalkonjunkturalen Großgrundbesitzes gewährleisten und der



Aufteilung des Bodens während der Bodenreform

Herrschaft der Junker und Großgrundbesitzer im Dorfe ein Ende bereiten, weil diese immer eine Bastion der Reaktion und des Faschismus in unserem Lande darstellten und eine der Hauptquellen der Aggression und der Eroberungskriege gegen andere Völker waren." Enteignet wurden der Grundbesitz aller NS- und Kriegsverbrecher und aller Besitz über 100 ha Land, die Kirchen waren von der Enteignung ausgenommen. Der enteignete Boden wurde aufgeteilt an landlose und arme Bauern, Handwerker, Flüchtlinge. Durchgeführt wurde die Bodenreform von Kommissionen, die z.B. auf Gemeindeebene aus fünf bis sieben Bauern bestanden, die von den Landarbeiterversammlungen gewählt wurden. Von solch einem enteigneten Betrieb berichtet die Zeitung "Neues Deutschland" am 24. September 1970: "Dem historischen Akt war eine angestrenzte Tätigkeit der Gemeindekommissionen für Bodenreform vorangegangen. Das von ihr aufgeteilte Gut Kränzlín II war ein typisches Beispiel der politischen Notwendigkeit der Liquidierung des Großgrundbesitzes. Über 300 Hektar, das ist mehr als die Hälfte des zur Gemeinde Pläntz gehörigen Landes, hatten die Junker von Rathenow zusammengekauft ... Letzter Besitzer waren ein Rittmeister a.D. Scherz und dessen Sohn. Scherz junior hatte es in einem feudalen Kavallerieregiment zum Leutnant gebracht und wurde Sturmführer bei Hitlers Reiter-SA. Mit seiner Reitpeitsche verprügelte er das deutsche 'Gesinde', aber vor allem die 'Ostarbeiter'." Da die Großgrundbesitzer und Junker allenthalben Sabotageakte gegen die Bodenreform versuchten bis hin zu tätlichen Angriffen gegen die Kommissionen, erließen die Landräte den Auftrag, die Enteigneten innerhalb von drei Tagen in andere Kreise oder Provinzen auszuweisen.

Im Februar 1948 löste die SMAD die Entnazifizierungskommission auf, da deren Aufgaben erfüllt waren. Walter Ulbricht, Parteivorsitzender der SED, begrüßte diesen Befehl: "Im Gegensatz zu gewissen Politikern in Westdeutschland sind wir der Meinung, daß nicht die Werktätigen und der Mittelstand die Träger des Faschismus waren, sondern die Konzern-, Bankherren und Großgrundbesitzer, die den Faschismus zur Macht brachten, um das eigene Volk und andere Völker besser ausbeuten und unterdrücken zu können. Deshalb wurden in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Einvernehmen mit den antifaschistisch-demokratischen Parteien, den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen die faschistischen Verbrecher bestraft und enteignet. Die einfachen Nazimitglieder jedoch wurden nicht vor die Entnazifizierungskommission gestellt."

Quellenhinweis: (1) Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Staatsverlag der DDR; (2) Wir sind die Kraft, Dietz-Verlag Berlin; weitere Quellen: Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland; Sammelheft Befehle des Obersten Chefs der SMAD; Geschichte-Lehrbuch für Klasse 10, Verlag Kultur und Wissen, Berlin. – (gug)

EG-Süderweiterung

VOM "SÜDGÜRTEL" ZUR EROBERUNG KOLONIALER UND NEOKOLONIALER POSITIONEN IN AFRIKA

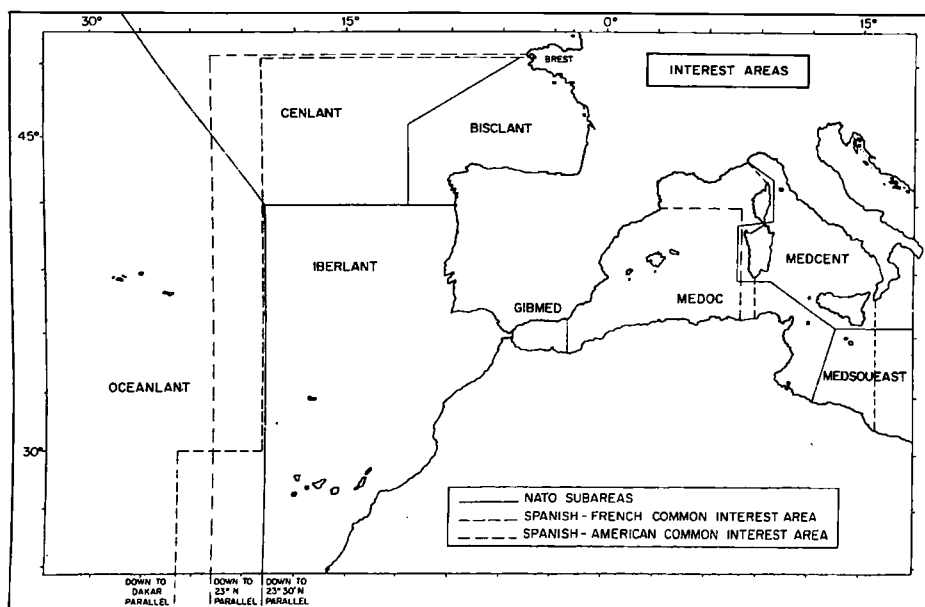
Welche Interessen die westdeutschen Imperialisten mit der Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG verfolgen, ist aus den Regierungsverlautbarungen oder den Erklärungen von CDU/CSU, FDP oder SPD nicht zu erfahren. Obwohl feststand, daß der Beitritt beider Länder noch während der Amtszeit des neuen Europäischen Parlaments stattfinden sollte, erwähnte etwa die CDU/CSU im Wahlkampf zum Europäischen Parlament den Beitritt nur beiläufig: "Das freie Europa stärkt die freiheitliche Demokratie in Westeuropa. Spanien wie Portugal sind europäische Kulturnationen und gehören als demokratische Staaten zu uns." Im Wahlprogramm der "Europäischen Liberalen und Demokraten" (FDP) hieß es: "Die Erweiterung der Gemeinschaft sollte in er-

Interessen und dem Wunsch nach einer Sicherung der Energieversorgung wird gerade das Verhältnis zu den Mittelmeeranrainern unter eindeutig sicherheitspolitischen Aspekten betrachtet. Die besondere 'regionale Verantwortung' für den Mittelmeerraum wird dabei einmal im engeren militärstrategischen Sinn als Sicherung der Südflanke der NATO verstanden, erstreckt sich aber auch auf Sicherheitspolitik im weiteren Sinne, das heißt die Stabilisierung der politisch-ökonomischen Systeme der südeuropäischen Staaten. Ein Szenario, in dem sozialistische oder von einer Volksfront regierte Staaten des südlichen Europas eine Koalition bilden, der gegenüber ein isoliertes Kern-Europa sein bürgerlich-liberales, marktwirtschaftliches System zu verteidigen

und zu lenken, sie ist auch ein wesentlicher Grund für das Projekt "EG-Süderweiterung". Die westdeutsche Finanzbourgeoisie und ihre Politiker und "Experten" waren sich schon früh klar, gegen welche Gegner sich diese Süderweiterung richten sollte: Gegen die Arbeiterbewegung in den Beitrittsländern und in Italien, gegen die Bauern in diesen Ländern, gegen alle Kräfte, die den Ausbeuterklassen in den Beitrittsländern wie in den imperialistischen Staaten entweder schon feindlich gesonnen waren oder bald feindlich gesonnen sein würden, wenn sie die Folgen des EG-Beitritts zu spüren bekommen. Ebenfalls 1977 beschrieb ein Dieter Dettke, außenpolitischer Referent der SPD-Bundestagsfraktion, die "sicherheitspolitischen Probleme" der Süderweiterung so: "Die Europäische Gemeinschaft ist auf dem Wege, durch die Erweiterung nach Süden ein gewaltiges Konfliktpotential zu erben. Dadurch entstehen Probleme für die innere Struktur der EG, und ihre Fähigkeit, Konflikte zu bewältigen, wird auf eine harte Probe gestellt ... Es ist nicht auszuschließen, daß sich in den neuen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft revolutionäre Entwicklungen, ja Bürgerkriege entwickeln können ..." Leider fehle der EG noch das für solche Entwicklungen notwendige Instrumentarium: "Auf absehbare Zeit hat die Europäische Gemeinschaft keine einsetzbaren Machtmittel, die es erlauben würden, als sicherheitspolitische Ordnungsmacht aufzutreten."

Das war 1977. Seitdem hat die BRD beharrlich auf die Festigung der politischen, juristischen und "sicherheitspolitischen" Zusammenarbeit unter den EG-Staaten gedrängt und mit der "Wiederbelebung der WEU" einen weitreichenden Erfolg erzielt. Jeder weitere Ausbau dieser sicherheitspolitischen Zusammenarbeit innerhalb der EG bedeutet auch eine weitere Ausdehnung der Möglichkeiten der EG, mittels gewaltsamer Intervention in den künftigen Mitgliedsländern der EG die Interessen der imperialistischen und einheimischen Ausbeuter zu verfechten.

Die strategischen Interessen der BRD bei der "Süderweiterung" der EG erschöpfen sich jedoch nicht in der Verwandlung dieser Länder in einen halbkolonialen "Südgürtel" und der gewaltsamen Sicherung westdeutscher Interessen in diesen Ländern. Die westdeutschen Imperialisten verweisen selbst auf die Möglichkeiten weiterer Einmischung in und von Geschäften mit Lateinamerika, die sich aus dem Beitritt der beiden Länder er-



NATO-Kommando- bzw. Interessengebiete um Spanien, Portugal und Nordafrika: Wie eine Klammer um die Staaten des Maghreb. Bild: Österreichische Militärische Zeitschrift 3/1983

ster Linie unter politischen Aspekten gesehen werden. Alle europäischen, freien, demokratischen Länder sollten rechtzeitig die Möglichkeit erhalten, der Gemeinschaft beizutreten ..." Die SPD schließlich teilte in ihrem Wahlprogramm lediglich mit, die Aufnahme Spaniens und Portugals in die EG sei "notwendig".

Sechs Jahre zuvor, als die Beitrittsanträge von Spanien und Portugal gerade gestellt worden waren, schilderte eine der "wissenschaftlichen" Experten der BRD für diese Süderweiterung, die Darmstädter Professorin Beate Kohler, die Interessen der BRD und der besitzenden Klassen in Spanien und Portugal so:

"Abgesehen von handelspolitischen

gen sucht, erweckt insbesondere in der Bundesrepublik keine angenehmen Gefühle ... So liegt es nahe, von einem Beitritt Griechenlands, Portugals und auch Spaniens eine stärkere Einbindung in die 'westeuropäische Staatengemeinschaft' und eine Stabilisierung im Falle gesellschaftlicher Umwälzungen beispielsweise in Italien zu erhoffen. Bündnisse und internationale Organisationen als Instrumente internationaler gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung sind keineswegs eine neue Erscheinung in der internationalen Politik".

Die "Stabilisierung der Südflanke" veranlaßte in den folgenden Jahren die Imperialisten dazu, einen Militärschritt in der Türkei herbeizuführen

SPANIEN UND PORTUGAL – ZWEI ALTE KOLONIALMÄCHTE

Sowohl Spanien als auch Portugal werden in der Öffentlichkeit zu meist als außenpolitisch schwache und unbedeutende Mächte dargestellt, obwohl beide Staaten sowohl über eigene Kolonien wie auch über enge Beziehungen zu ihren ehemaligen Kolonien verfügen. Westdeutsche Politiker haben mehrfach hervorgehoben, daß sie die Mitgliedschaft Spaniens und Portugals in der EG unter anderem deshalb betreiben, weil beide Staaten enge Beziehungen zu ihren früheren Kolonien in Afrika und Lateinamerika haben, die die BRD-Imperialisten nutzen wollen zum Ausbau ihrer eigenen Positionen. So erklärte z.B. Bundeskanzler Kohl anlässlich seines Besuchs in Spanien am 17./18. Mai 1983:

"In diesem Konzert (d. EG-Staaten, d. Verf.) wird Spaniens vor allem dort besonderes Gewicht haben, wo es sich – z.B. in Iberoamerika – auf traditionelle, geschichtlich begründete Beziehungen stützen kann ... Gemeinsame Projekte beider Seiten, etwa in Lateinamerika, sollen gefördert werden."

Spanien soll eine Mittlerfunktion einnehmen, die es wegen der kolonialen Bindungen an lateinamerikanische Bourgeoisien und seinem Kolonialbesitz in Afrika spielen kann. Z.B. hält die spanische Bourgeoisie enge Verbindungen zur argentinischen. Der frühere argentinische Präsident Peron hielt sich während seiner Exilzeit in Spanien auf. Nach der Ablösung der Militärjunta in Argentinien sind solche Verbindungen wertvoll. Brasilien bezieht knapp 30% seiner Importe aus Spanien. Zwischen beiden Staaten bestehen mehr als zehn Kooperationsverträge, u.a. über Kern-Technologie und Rüstungszusammenarbeit.

In Afrika hält Spanien die von Marokko beanspruchten Presidios-Inseln besetzt. Knapp 15000 Soldaten sind auf den spanischen Truppenstützpunkten Ceuta und Melilla stationiert. Die vor Afrika gelegenen Kanarischen Inseln sind ebenfalls zum Truppenstützpunkt ausgebaut. Auf diesen Inseln kämpft die Bewegung für die Unabhängigkeit der Kanarischen Inseln (MPAIC) für die Selbständigkeit. Die MPAIC ist 1982 von der OAU als Befreiungsbewegung anerkannt worden. Sowohl Ceuta und Melilla als auch die Kanarischen Inseln haben sich für die spanische Reaktion und die deutschen Imperialisten als Stützpunkte gegen die Revolution in Spanien und gegen den Befreiungskampf in Afrika bewährt. Im Krieg gegen die Volksfrontregierung in Spanien 1936 wa-

ren die Inseln Sammelpunkt der Franco-Truppen. In den 60er und 70er Jahren dienten sie als Basis für den Kolonialkrieg gegen das Volk der West-Sahara, den Spanien mit Hilfe von Waffenlieferungen aus der EG führte.

Noch immer hält die spanische Bourgeoisie die 1968 unabhängig gewordene Republik Äquatorial-Guinea in halbkolonialer Abhängigkeit. Spanien zahlt seit dem Putsch 1979 einen "Entwicklungshilfe"-Betrag in Höhe des Staatshaushalts; 100 spanische Offiziere haben das Kommando im Heer. 80% der Kaffee- und Kakao-Exporte gehen nach Spanien. Die Ebert-Stiftung bezeichnete 1983 die spanische Tätigkeit in Äquatorial-Guinea als "unglücklich" und bot Mithilfe in der "Entwicklungspolitik" an.

Portugal hat außer der Kolonie Makao auf dem chinesischen Festland, den Azoren und Madeira enge Verbindungen zu seinen früheren afrikanischen Kolonien Kap Verde, Guinea Bissau, Mosambik und Angola aufzuweisen. Wenige Jahre nach Unabhängigkeit dieser Länder hat die portugiesische Bourgeoisie bereits wieder Positionen erobert, die den Weg für weitere imperialistische Ausplünderung dieser Staaten weisen: Die portugiesische Ölgesellschaft Petrogal besitzt einen 10%-Anteil an der Agip, die auf portugiesische Vermittlung in der angolanischen See nach Öl bohrt. Portugal hat inzwischen Entschädigungen für beschlagnahmtes Kolonialvermögen in Höhe von knapp 40 Mio. DM gegenüber Angola durchsetzen können und verhandelt über Entschädigungen für Konzerne aus anderen Staaten.

Im September 1982 schlug der portugiesische Staatspräsident Eanes vor, an Stelle der kubanischen Soldaten in Angola eine portugiesisch-französische "Friedenstruppe" in Angola



Spanische Kommandantur in Ceuta. 9000 Soldaten sind hier stationiert.



Madeira 1972 – portugiesische Soldaten auf dem Weg nach Angola.

zu stationieren, falls dies eine Lösung der "Namibia-Frage" fördern könnte. Die angolansische Regierung lehnte ab. In Mosambik hat die portugiesische Regierung bereits wieder Truppen unterbringen können. Dort hält sich eine portugiesische Schützenpanzer-Einheit mit Ausbildungsauftrag auf.

Mit Madeira und den Azoren bringt Portugal zwei Inselgruppen in die EG ein, die bereits als Militärstützpunkte für US- und NATO-Truppen ausgebaut sind. Die Stützpunkte sollen sowohl für die Sicherung des Nachschubs aus den USA als auch für Operationen gegen den anti-imperialistischen Kampf im südlichen Afrika und Lateinamerika genutzt werden. 1977 schrieb die "Europäische Wehrkunde":

"Eine Spitze des Dreiecks Lissabon, Azoren, Madeira weist in den Südatlantik. Gerade nach dem Rückzug Großbritanniens aus dem Marinestützpunkt Simonstown in Südafrika kann es dem Westen nicht gleichgültig sein, wer das südatlantische Machtvakuum füllt. Die Entwicklung in Schwarzafrika zeigt, daß eine stärkere Orientierung an machtpolitischen Erfordernissen ... geboten scheint."

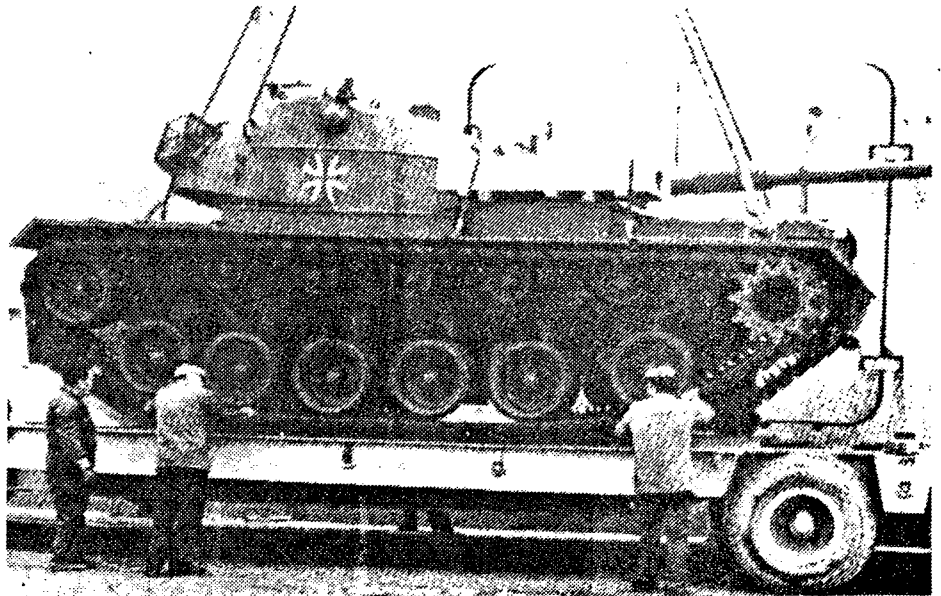
Die Stützpunkte auf den Azoren und Madeira sind entsprechend dieser Aufgaben eingerichtet: Dort befinden sich von der BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien und Portugal gebaute und betriebene Überwachungszentren, Flugplätze und Nachschublager. Die USA nutzte die Stützpunkte, um Israel im Krieg, 1973 mit Nachschub zu versorgen, Großbritannien benützte die Azoren und Madeira im Krieg gegen Argentinien, sie waren Stützpunkte im Kolonialkrieg Portugals in Afrika.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, 1980 bis 1984; Collin Legum, African Contemporary Record, London 1984; Europäische Wehrkunde, Nr. 8/1977

geben sollen. Tatsächlich verfügen die spanische und die portugiesische Bourgeoisie über umfangreiche Verbindungen zu lateinamerikanischen Bourgeoisien, die die Imperialisten in der EG nach einem Beitritt der beiden Länder für ihre Interessen nutzen wollen. Wir vermuten aber, daß die zusätzlichen Einflußmöglichkeiten der EG im Mittelmeerraum und auf dem afrikanischen Kontinent sehr viel weitreichender sind und sehr viel schneller von der EG zu Erpressungen und Einmischungen genutzt werden.

Die Süderweiterung der EG soll der entscheidende Schritt sein zum Aufbau einer unumschränkten Kontrolle der EG über das Mittelmeer und alle Mittelmeerländer und von da aus für einen verstärkten nekolonialen Zugriff der EG auf Afrika. Auf einer Anhörung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags im Jahr 1978 beschrieb der damalige ZDF-Korrespondent und heutige Staatssekretär im Verteidigungsministerium Lothar Ruehl ein das gesamte Mittelmeer und die umliegenden Länder umfassendes europäisches "Sicherheitsinteresse":

"Während Westeuropa im Norden und in der Mitte des Kontinents bis zur Balkanhalbinsel gegenüber Osteuropa geschlossen in einem politisch und militärisch organisierten Bündnis ... zusammengefaßt ist ... hat es keine feste, sichere oder auch nur erkennbare Sicherheitsgrenze im Mittelmeerraum. Seine Südfassade ist seit dem Ende der französischen Herrschaft über Algerien von keiner Gegenküste im Mittelmeer gedeckt ... Der Mittelmeerraum ist ein schwer kontrollierbares Spannungsfeld, auf dem seit dem Ende der französischen und britischen Machtpräsenz keine vorherrschende Macht mehr wirkt – zum ersten Mal in der Geschichte seit Karthagos Aufstieg ... Für Westeuropa



Seit 1964 liefert die BRD Portugal Militärhilfe und erteilt "Ausbildungshilfe". Bild: Verladung eines M-48A3-Panzers für Portugal

stellt sich das Sicherheitsproblem in diesem Raum dreifach: in der Begrenzung, in der Abhängigkeit und in der Gefährdung. Sicherheit umschließt dabei neben der militärischen gegenüber bewaffneten Angriffen oder Unterbrechungen der Seeverbindungen die wirtschaftliche des europäischen Handels und der Rohstoffzufuhr, des freien Zugangs zu fremden Küsten, Häfen und Märkten und den europäischen Investitionen dort ..."

Gleich drei aggressive Ziele der BRD hat Ruehl damit formuliert:

- erstens: Die EG muß das Mittelmeer beherrschen;
- zweitens: Die EG muß ihre "Gegenküste" am Mittelmeer kontrollieren, sprich: die afrikanischen Staaten am südlichen Ufer des Mittelmeers inkl. Malta und Zypern müssen von der EG abhängig werden bzw. ihre Abhängigkeit von der EG muß vertieft werden;

den;

– drittens: Diese Abhängigkeit muß nicht nur militärischen Zugang der EG zur südlichen Mittelmeerküste bedeuten, sondern auch die Öffnung dieser Staaten für Waren- und Kapitalexporte aus der EG.

Die Aufnahme Portugals und Spaniens wird die Imperialisten in der EG, darunter an führender Stelle die BRD, diesem Ziel einen großen Schritt näherbringen. Die gesamte Nordküste des Mittelmeers (ausgenommen die jugoslawische und albanische Adriaküste und die Türkei) wird dann "EG-Territorium" sein, das davor liegende Meer "EG-Meer". Zusätzlich gewinnt die EG die portugiesischen Kolonialgebiete der Azoren, Madeira, die spanischen (ebenfalls kolonial besetzten) Kanarischen Inseln sowie Ceuta und Melilla und somit eine Reihe von Stützpunkten, die schon heute die

CDU/CSU IN SPANIEN: IHR MANN IST FRAGA

Nach der Niederlage des Franco-Faschismus haben alle westdeutschen bürgerlichen Parteien mit Geld, Personal, Ausbildungsstätten und Propagandaschriften an der Etablierung des nach-francistischen spanischen Staates gearbeitet und jeweils auf ihre Art den Einfluß der BRD in Spanien zu stärken versucht.

Die SPD, die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Sozialistische Internationale sorgten dafür, daß die sozialistischen Positionen und Vertreter aus der sozialdemokratischen PSOE gedrängt wurden.

Die CDU setzte mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrer finanziellen wie politischen Unterstützung zunächst auf die Zentrumspar- tei UCD des damaligen Ministerprä- sidenten Suarez. Die CSU knüpfte

von Anfang an direkte Beziehungen zu Manuel Fraga Iribarne, dem vormaligen faschistischen Franco-Minister und heutigen Führer der Alianza Popular (AP). In Alicante baute die CSU eine großräumige Tagungs- und Organisationsstätte der Hanns-Seidel-Stiftung auf. Wie spanische Zeitungen mit Bildern belegt haben, trafen sich direkt nach dem Ende des Franco-Regimes hier Vertreter der Kirche und der neu gegründeten Alianza Popular mit Vertretern der CSU und Strauß. Bereits damals soll Strauß vertreten habe, daß die AP die Mitte aufsaugen müsse, um zu einer Volkspartei nach dem Muster der CSU zu werden.

Mit dem Sieg der sozialdemokratischen PSOE und der Sammlungspolitik Fragas zerfiel das Zentrum der UCD. Damit auch die CDU auf die Unterstützung Fragas einschwenken konnte, war dessen öffentliche Reinwaschung als Vertreter des Franco-Fa-

schismus notwendig. Dazu wurde er im Mai dieses Jahres zu einem Besuch in die BRD eingeladen. Dieser Besuch bestand nicht nur aus Gesprächen mit Kohl und dem bayerischen Ministerpräsidenten sowie Hubschrauberbesichtigungen der Grenze zur DDR. Fraga wurde – als Vertreter einer Oppositionspartei – direkt von Bundespräsident Carstens empfangen. Damit stand einem Einschwenken der CDU auf die Förderung Fragas nichts mehr im Wege.

Das Ziel von CDU und CSU ist, aus der AP Fragas, die gegenwärtig bei Wahlen ca. 30% Stimmen erhält, eine reaktionäre Sammlungsbewegung zu machen, die ihren Zulauf aus einer demagogischen reaktionären Kritik am Ordnungs- und Rationalisierungskurs der Regierung Gonzales erhalten soll.

Quellenhinweis: El Pais, 8.4. und 14.5.84

Möglichkeit bieten, die (von Marokko besetzte) DVR Sahara, Marokko und Algerien wenn nötig auch militärisch zu bedrohen. Da die Bundesregierung fest entschlossen ist, die "sicherheitspolitische Zusammenarbeit" der EG auszuweiten, kann man davon ausgehen, daß die EG diese Möglichkeit militärischer Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent auch bald nutzen wird.

Die EG wird also mit dem Beitritt Portugals und Spaniens nicht nur "Mittelmeermacht". Sie wird auch wieder nordafrikanische Kolonialmacht. Zudem sind Staaten wie Marokko, Algerien und Tunesien schon jetzt wirtschaftlich stark von der EG abhängig. 1977 lieferten diese Staaten mehr als die Hälfte ihrer Ausfuhren und über zwei Drittel ihrer Agrarausfuhren in die EG. Nach dem Beitritt Portugals und Spaniens wird die EG diesen Staaten noch brutaler die Preise insbesondere bei agrarischen Produkten diktieren können.

Diese Rückgewinnung kolonialer Bastionen und neokolonialer Einfluß- und Plünderungsmöglichkeiten im Norden Afrikas soll sodann ergänzt werden durch eine mindestens ebenso energisch verfolgte Einflußnahme der EG im südlichen Afrika. Unter den westdeutschen imperialistischen Politikern ist heute unstrittig, daß alles Unglück auf dem afrikanischen Kontinent mit der portugiesischen Niederlage im Kolonialkrieg gegen die Völker von Angola, Mozambique und Guinea-Bissau begann. Kein Wunder: hatten die westdeutschen Imperialisten doch den portugiesischen Kolonialkrieg mit umfangreichen Waffenlieferungen, mit Krediten, mit der Bereitstellung von Söldnern und – seit 1964 – mit einer intensiven militärischen Zusammenarbeit zwischen den portugiesischen Streitkräften und der Bundeswehr unterstützt und auf einen Sieg gehofft, um ihren Einfluß im südlichen Afrika auszubauen.

Nun wollen sie einen neuerlichen Anlauf zur Plünderung und Unterdrückung des südlichen Afrika nehmen. Die Übersicht auf Seite 37 zeigt, daß sie sich dabei viele verbliebene Verbindungen Portugals in seine früheren Kolonien zunutze machen können. Insbesondere der portugiesische "Vorschlag" der Entsendung von "Garantietruppen" ins südliche Afrika hat großes Interesse unter allen Imperialisten in der EG gefunden, wenn er nicht sogar auf deren Betreiben vorgetragen worden ist. Die Zeitschrift "Europäische Wehrkunde" schreibt in ihrer Juli-Ausgabe aus Anlaß des Besuchs des südafrikanischen Premierministers Botha in Bonn:

"Auch deutsche Interessen stehen auf dem Spiel. Bei seinem Besuch in Bonn am 5. Juni hat Premier Botha Bundeskanzler Kohl ausdrücklich die Aufgabe des südafrikanischen Engagements in Namibia angeboten, falls

KP PORTUGAL GEGEN EG-BEITRITT

Die Kommunistische Partei Portugals (PKP) bekämpft einen Beitritt Portugals zur EG. Die PKP geht davon aus: Die EG ist "eine Vereinigung, die von den Interessen der großen Mächte und der großen internationalen Monopole beherrscht wird und sich dabei auf die Ausbeutung der Arbeiter und der weniger entwickelten Länder stützt."

Die PKP hatte bereits den Beitritt zur EFTA 1972 abgelehnt, denn er würde zu einer "Verschlechterung der Lage der großen Massen der portugiesischen Bevölkerung führen sowie zur Akzeptierung einer internationalen Arbeitsteilung, die die portugiesische Wirtschaft... den Interessen der Potentaten der Banken und der Industrie der großen imperialistischen Länder opfern würde".

Die PKP weist auf die Interessen der nationalen Bourgeoisie an einem EG-Beitritt hin. Das ZK schrieb 1972: "Die faschistische Politik gegenüber den Bewegungen der imperialistischen Integration ist das Ergebnis des Klassencharakters des Faschismus als Diktatur der Monopole, die sich mit dem Imperialismus und den Großgrundbesitzern verbündet haben."

Auch nach dem Sturz des Caetano-Regimes 1974, als die PKP für einige Monate an den provisorischen Regierungen beteiligt war, blieb die PKP bei der Ablehnung eines EG-Beitritts. Auf dem VIII. Parteitag 1976 erklärte Generalsekretär Cunhal: "Die Integration Portugals in die EWG wird nicht zur Unabhängigkeit führen, sondern zur Unterwerfung."

Die PKP bekämpft den EG-Beitritt, weil ihn die Reaktion betreibt,

um die Arbeiterbewegung zu unterdrücken. Der IX. Parteitag 1979 erläuterte: "Unter dem Vorwand der Integration wird die Absicht verfolgt, Portugal ein mit den Ländern des Gemeinsamen Marktes identisches 'Wirtschaftsmodell' aufzuzwingen. Mit der Wiederherstellung des staatsmonopolistischen Kapitalismus würde dies gleichzeitig die Revision der Rechte der Arbeitnehmer und die Liquidierung der Nationalisierung... der Agrarreform und anderer wirtschaftlicher Organisationsformen von nichtkapitalistischer Dynamik bedeuten."

Auf dem X. Parteitag 1983 griff Cunhal erneut die sozialistische Regierung an, weil sie den Antrag auf EG-Beitritt als "politische Waffe im Innern Portugals" gebraucht, um die Nationalisierungen und die Agrarreform zu bekämpfen.

Quellenhinweis: V. Isenberg, Die Kommunisten Spaniens und Portugals und die EG, Berichte des Bundesinst. f. ostwissensch. und int. Studien 36/1980)



Ein Sieg der Arbeiterbewegung: Sturz des Caetano-Regimes 1974.

die Bundesregierung Garantien für die Verwaltung und Sicherheit des Landes im Interesse der Deutschstämmigen... übernimmt". Dies, so die Wehrkunde, sei wohl nicht möglich: "Dazu ist die Bundesregierung, deren tatsächlicher Einsatz für ihre frühere Kolonie bisher schon äußerst dürftig, distanziert und rückläufig war, weder gewillt noch in der Lage". Woher auch immer die "Europäische Wehrkunde" dieses mit unüberhörbarem Bedauern vorgetragene Urteil über den Willen der Bundesregierung nimmt, eine andere Möglichkeit der Intervention sieht sie schon: "Es zeichnet sich dort eine neue Konstellation ab, an der die USA, Sambia und auch Portugal Interesse zeigen". Gemeint ist das "Angebot" Portugals, weitere Truppen ins südliche Afrika zu entsenden!

Sollte dieser Coup gelingen, so wäre die EG wieder mit Truppen im südlichen Afrika präsent. Daß die BRD über ihr seit 1964 mit Portugal beste-

hendes militärisches "Hilfsabkommen" auf diese Truppen wesentlichen Einfluß nehmen wird, ist sicher. So wäre dann die BRD mit der "Süderweiterung" nicht nur in den neuen Mitgliedsstaaten als unterdrückende und ausbeutende Macht tätig. Sie hätte auch noch gleich zweifach ihre Position mittels der EG auf dem afrikanischen Kontinent verstärkt: Als Kolonialmacht im Norden und als neokoloniale "Garantiemacht" mit portugiesischen Truppen im Süden.

Quellenhinweis: Bundestag, Auswärtiger Ausschuß, Anhörung zur Süderweiterung der EG, 1978; Europa-Archiv 9/82 und 23/82; Europäische Wehrkunde 7/84; H. Hasenpflug und B. Kohler (Hrsg.), Die Süd-Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, Hamburg 1977; Ch. Deubner, Spanien und Portugal, Der unsichere "Europäische Konsens"; C. Legum, Africa Contemporary, London 1984 – (rül, alk, chc, uld)



Zivilschutznovelle

Noch im Herbst will die Bundesregierung dem Bundestag den Entwurf eines "Zivilschutzgesetzes" zuleiten. Danach kann die Bundesregierung bzw. das für "Zivilschutz" zuständige Innenministerium künftig schon im "Spannungsfall" jeden Mann über 18 Jahren zum "Zivilschutz" zwangsrekrutieren. Krankenhäuser müssen auf

die "Bewältigung einer plötzlich anfallenden großen Zahl von Verletzten" vorbereitet sein, alle Beschäftigten und Ausgebildeten in Gesundheitsberufen sollen registriert und im "Spannungsfall" zwangsweise eingezogen werden. Der Gesetzentwurf ist das bislang weitreichendste Zwangsgesetz, das auf Grundlage der Notstandsgesetze in Kraft treten soll.

US-Präsidentschaftswahlen

Die Show des republikanischen Parteikonvents ist gerade zu Ende gegangen und Präsident Reagan erneut als Präsidentschaftskandidat der Republikaner bestätigt. Wie weit haben die Republikaner nach vier Jahren Reagan, einer Staatsverschuldung ohne gleichen, massiver Kriegsvorbereitung und einer hitzigen Vorkriegskonjunktur die Wahlplattform von 1980 umgeschrieben? Unter welchen Forderungen wollen die Demokraten Reagan jetzt aus dem Weißen Haus vertreiben, und mit welchem Programm waren sie 1980 angetreten? Welchen Einfluß hat Jacksons Regenbogenkoalition auf die Wahlplattform der Demokraten?



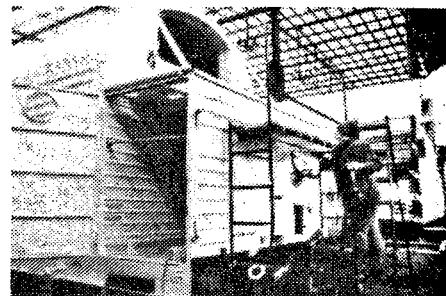
Aktionseinheit gegen Nazis

Die im Dezember verbotene ANS/NA und ihre Nachfolgeorganisation "Antikommunistische Vereinigung Pinneberg" bauen seit Oktober 1983 Stützpunkte im Kreis Pinneberg auf. Zurückgreifen können sie auf die Tradition der "Hansa-Bande", die 1979 das kleine Dorf Bokel terrorisierte. Nazischmierereien und Drohungen ge-

gen VVN und "Antifaschistisches Bürgerkomitee" sind passiert. Die im Komitee zusammengeschlossenen Antifaschisten organisierten eine Unterschriftensammlung, Aktionstage sowie eine Demonstration am 30. Januar gegen die Faschisten; eine Telefonkette ist gebildet. Die Parteien verharmlosen die Nazis, die CDU greift den "Totalitarismus von links und rechts" an.

Konferenz der RGW-Staaten

Die "Wirtschaftsberatung der Mitgliedsländer des RGW auf höchster Ebene" vom 12. bis 14. Juni 1984 beschloß die Schwerpunkte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den RGW-Staaten für die nächsten Jahre. Die RGW-Mitgliedstaaten beschlossen keine grundlegenden Änderungen gegenüber der letzten, 1969 durchgeführten Konferenz. Die Regierungen der RGW-Staaten erwarten nach wie vor, durch wirtschaftliche Beziehungen zu den kapitalistischen und imperialistischen Staaten eine beschleunigte Wirtschaftsentwicklung zu erreichen. Allerdings wollen die Regierungen durch verstärkte Kooperation im RGW Abhängigkeiten vom Weltmarkt mildern.



Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte
erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:
Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.
Politische Berichte sowie ein Nachrich-

tenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM. Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 74 57
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 104 19-507
Bankleitzahl 370 100 50

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 2–13): Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung (S. 14–19): Wolfgang Müller; für Reportagen und Berichte regional (S. 20–29): Günter Baumann; für Sozialstatistik (S. 30–31): Alfred Küstler; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 32–35): Angela Lux; für Spezialberichte (S. 36–39): Ulrike Detjen. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.